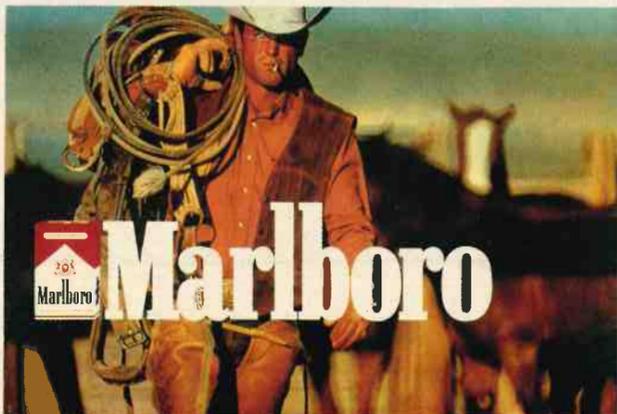
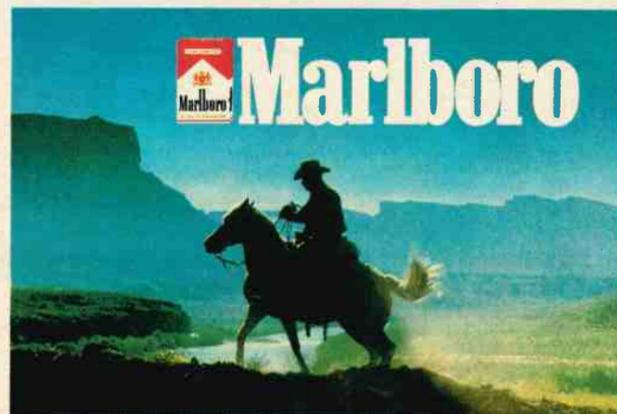


9 Quadratmeter Marlboro Country. Für 15 Mark.



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,9 mg Nikotin und 13 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

Motiv-Nr. W/82



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,9 mg Nikotin und 13 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

Motiv-Nr. T/82



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,9 mg Nikotin und 13 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

Motiv-Nr. L/83



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,9 mg Nikotin und 13 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

Motiv-Nr. O/83

Unser Angebot für alle Freunde der Marlboro: 3,56 m x 2,52 m Marlboro Country - farbige Riesenposter mit Motiven aus der Welt von Freiheit und Abenteuer. Alle Poster sind Originalplakate aus der Marlboro Werbung. Sie bestehen aus acht Teilen und kommen mit genauer Anweisung zum Aufkleben ins Haus. Für DM 7,- (pro Plakat) gibt's die gleichen Motive auch im verkleinerten Format 70 cm x 50 cm.

Lieferung erfolgt wahlweise per Nachnahme oder gegen Verrechnungsscheck im Briefumschlag. Geben Sie bitte Anzahl, Motiv-Nr. und Größe der gewünschten Plakate an. Marlboro Poster-Aktion - Postfach 445 - 8000 München 50. Lieferung gegen die übliche Zustellgebühr (nur bei Großpostern) und solange Vorrat reicht. Nur an Erwachsene über 18 Jahre.



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,9 mg Nikotin und 13 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

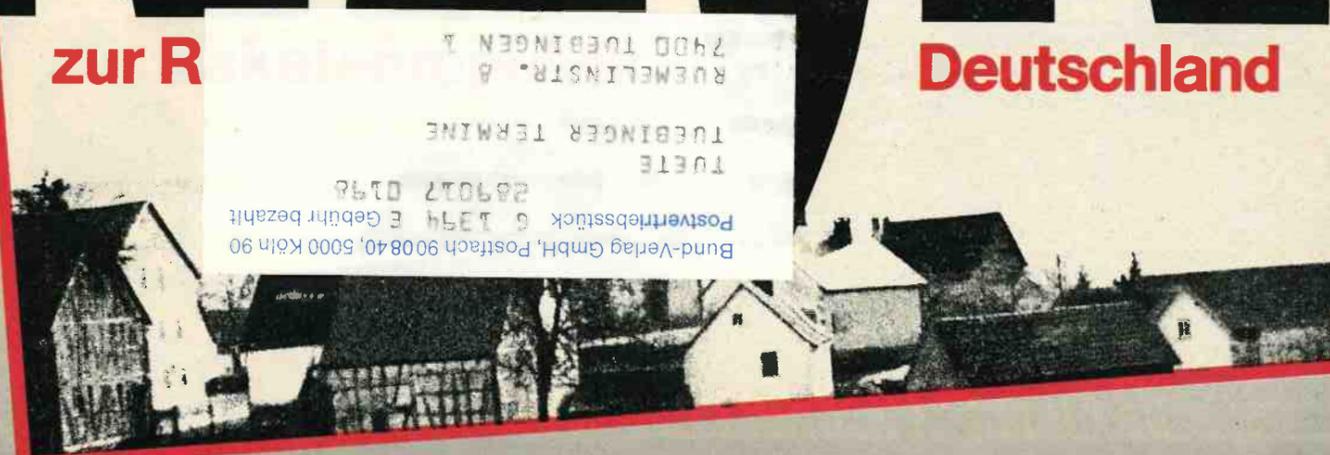
RAM

Köln, 1. Oktober 1983
13. Jahrgang, Heft 10
Preis 1,50 DM
Österreich: ö. S. 12
Schweiz: sfr 1,80
Luxemburg: lfr 35

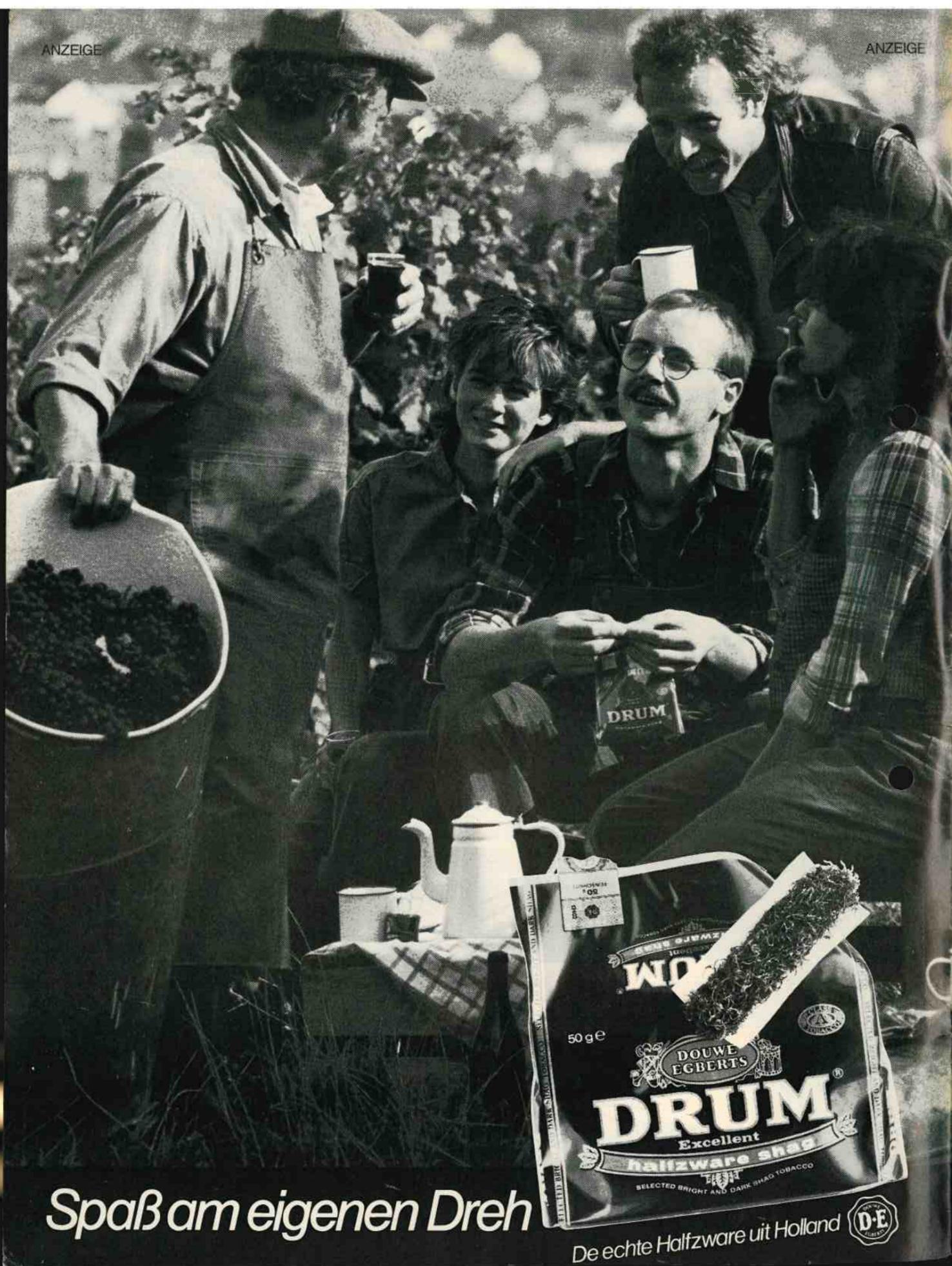
EXTRA

NEHM

zur Rücksendung
Deutschland



Bund-Verlag GmbH, Postfach 900840, 5000 Köln 90
Postvertriebsstück 6 1394 E Gebühr bezahlt
289027 0198
TUETE
TUEBINGER TERMINNE
RUEMELINSTR. 8
7900 TUEBINGEN 1



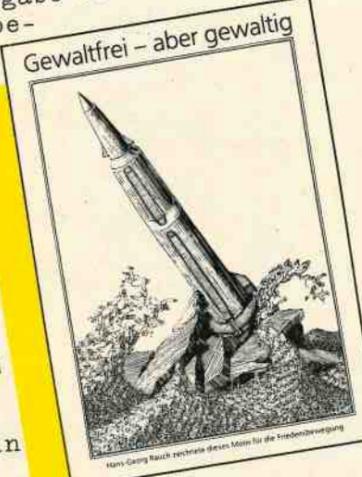
Spaß am eigenen Dreh

De echte Halfzware uit Holland



'ran intern Diese 'ran-extra-Ausgabe werden

viele in die Hand bekommen, die den Namen „'ran“ zum ersten Mal hören. Und „alte“ Leser des DGB-Jugendmagazins rätseln, ob dies wirklich ihre Zeitschrift ist. Sie ist es - nur mit einem neuen „Gesicht“, mit neuen Rubriken und - aus gutem Grund - mit einem Schwerpunktthema. Ob diese Ausgabe ein „Ein-Themen-Heft“ sein sollte, darüber gab es lange Diskussionen in der Redaktion. Denn wir verstehen den 'ran-Untertitel „Ein politisches Jugendmagazin“ eben auch bezogen auf Unterhaltung, Freizeit, Musik, Film, Sport usw. In der November-Ausgabe ist die Mischung wieder vorhanden. Bis dahin hoffen wir auf viele Leserreaktionen . . . und vielleicht den einen oder anderen neuen Abonnenten (siehe Seite 51) ●●●●



Viel Wirbel hat die 'ran-Enthüllung eines gescheiterten Anwerbeversuchs des Verfassungsschutzes bei der niedersächsischen Gewerkschaftsjugend ('ran 9/83) verursacht. Neben Tageszeitungen griffen mehrere Rundfunkanstalten das brisante Thema auf. Und im niedersächsischen Landtag fragte der SPD-Abgeordnete Otto Graeber, ob man damit rechnen müsse, daß die DGB-Jugend - der größte demokratische Jugendverband in der Bundesrepublik - in Zukunft zum staatlichen Bespitzelungsobjekt werde. Die Antwort steht noch aus. ●●●● „Was - Du in Mutlangen?“ „Was - Ihr seid auch dabei?“ Die Überraschung war beidseitig: Die Schwäbisch-Gmünder IG Metall - waren erstaunt über die Teilnahme von 'ran-Redakteur Dieter Gaarz an der Blockade des Pershing-Raketendepots. Und umgekehrt. Dabei hatten der örtliche DGB und seine Gewerkschaften die Mutlanger Friedensaktion längst vor Beginn ohne großes öffentliches Aufsehen „unterwandert“: „Wir haben die Blockierer mit technischen Hilfsmitteln, vom Megaphon bis zum Druck von Flugblättern, und personell unterstützt. Zwei Bezugsgruppen der Blockade bestanden aus Kolleginnen und Kollegen, die neben ihrer Arbeitszeit noch gewaltfreies Training absolvierten“, berichtete IGM-Sekretär Rainer Hohm. ●●●●

LESEBRRIEFE	4
KOMMENTAR: Nachspiel	5
GEWALTFREIER WIDERSTAND	9, 10, 11
Heinrich Böll: „Raketen bringen keine Sicherheit“	11
Ziviler Ungehorsam und Demokratie	12, 13, 14
Lernziel: Gewaltfrei	14
Rechtsfragen sind Machtfragen	16, 17, 18, 19
CARTOONS	
KONTROVERS: RÜSTUNG-ARBEITSPLÄTZE	20, 22, 23
Für den Frieden produzieren	
Standpunkte:	24
Rheinmetall-Betriebsrat	25
Ludwig Hettling, Betriebsrat VFW-Focker	26, 27
'RAN-AKTUELL	
'RAN-POSTER: Atomwaffen-Standorte	28, 29
FRIEDENSBEWEGUNG VOR ORT: ZUM BEISPIEL HEMER Gegen die „rollenden Zeitbomben“	30, 31
'RAN-GESCHICHTE: Kampf dem Atomtod	32, 33
FRIEDENSARBEIT IN DER DDR: Schwerter zu Pflugscharen	34, 35, 36
PREISAUSSCHREIBEN	37
GAST IN 'RAN Ina Deter: Es ist eine Minute vor zwölf	39
US-SOLDATEN UND FRIEDENSBEWEGUNG: „Keine Berührung, keine Probleme“	40, 41
HIROSHIMA-KINDER ERZÄHLEN: Der Tag an dem die Bombe fiel	42, 43
THYSSEN-NIEDERRHEIN AG, OBERHAUSEN: Atomwaffenfreie Lehrwerkstatt	45
ROCKOPER: BERGPREDIGT	46
MUSIK-SZENE	47
RÜSTUNGSEXPORT: Tod als Kassen-Schlagler Der Rüstungs-Filz	48, 49 50
FOTO-SATIRE	52, 53
TIPS & TERMINE	54
KURZ VOR SCHLUSS	54
BRIEF DES MONATS: Friedensblockaden ohne Arbeiter?	55
Impressum	51

LESERBRIEFE

'ran 8/83: Polizei und Demonstranten, 'ran-Intern

Das mit dem „In-den-Rücken-Fallen“ von TAZ und GRÜNEN ist doch wohl ein Scherz von Euch. Fangt doch in 'ran auch endlich 'mal an mit der Gewalt-Diskussion! Dann kann es Euch nicht mehr passieren, daß Ihr so unqualifiziert über TAZ und GRÜNE berichtet.

Klaus Weber
8208 Kolbermoor

'ran 8/83: „Der Sport-Mäzen Bayer AG“

Was kann den Sieg eines Sportlers schmälern? Ein defekter Haarfrön, ein nicht in seinen Beruf übernommener Azubi oder fehlende Spinde? Des einen Freud, des anderen Leid. So einfach schwarz-weiß kann normalerweise nur ein „schwarzer Politiker“ malen! Ich sehe die Problematik auch als Gewerkschaftsmitglied etwas anders. Sollte man nicht lieber sagen, daß etwas für die Förderung des Sports getan wird, ist sehr lobenswert, denn wer fördert ihn sonst? Täte es der Staat in diesem Maße, wären wir der DDR doch sicherlich einigen zu gleich. Zu der Kehrseite, Herr Scheler, kann ich nur sagen: „Steter Tropfen höhlt den Stein“. Argumentieren und nicht aufgeben, gemeinsam kämpfen und nie das Ziel aus den Augen verlieren, muß Ihr Anliegen sein. Freuen Sie sich mit den Sportlern über jeden Sieg. Es sind Menschen, die diese Leistungen vollbringen und kein Konzern.

Kyra Hanakam
5090 Leverkusen 3

'ran 8/83: Postlehrkräfte fühlen sich um ihre Ausbildung betrogen

Nun ist es amtlich. Die Angst, die die Auszubildenden des Fernmeldeamtes 2 Dortmund seit drei Jahren ausstehen mußten, ist nun vorüber. Von 63 Azubis des Prüfungsjahrganges 1983 bekam nicht ein einziger einen ausbildungsgerechten Arbeitsplatz. Nach einer 3jährigen hochqualifizierten technischen Ausbildung sah die Einsatzplanung der Bundespost folgendermaßen aus: Ein Teil die-

ser 63 Kolleginnen und Kollegen dürfen nun, fern ihrer Heimat, in Frankfurt auf dem Verschiebebahnhof Pakete transportieren. Ein privilegierter Teil der ehemaligen Azubis sind im Raum Dortmund als Pförtner, Wagenwäscher, Paketpacker und im Briefdienst eingesetzt. Eine Rückführung dieser Kräfte in den technischen Dienst ist nicht vorgesehen.

Personalrat beim Fernmeldeamt 2 Dortmund
— Jugendvertretung —
4600 Dortmund

'ran 9/83: 'ran-Laser über 'ran

Ich finde die Anzeige auf Seite 37 in 'ran 9/83 schlecht, denn die deutschen Stromversorger (DWK, Preußen Elektra und Konsorten) nutzen täglich diese Mittel, um uns ins Gedächtnis zu rufen, daß wir Strom und AKW brauchen. Diesmal stellen sie Ampeln neben ein Kraftwerk, das nächste Mal einen Säugling in einen sogenannten „Brutkasten“ neben ein AKW. Oh, wie böse sind die, die was gegen AKW haben, die wollen, daß Kinder an belebten Kreuzungen überfahren werden oder Frühgeborenen der lebensnotwendige Strom abgestellt wird. Ich möchte Euch bitten, Eure Anzeigen inhaltlich etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Am besten wäre natürlich eine 'ran ohne Werbung.

Christine Meier
3000 Hannover 91

Anm. d. Red.: Auch uns wäre eine 'ran ohne Werbung am liebsten. Aber ohne Anzeigen ließe sich 'ran in dieser Form nicht finanzieren. Wir versprechen: Kein Anzeigenkunde wird uns unsere redaktionelle Unabhängigkeit nehmen.

Ich lese sporadisch Eure Zeitschrift und finde, daß es ein sehr konstruktives Jugendmagazin ist. Ich bin der Meinung, daß ein Jugendmagazin nicht an der Wirklichkeit der Jugend vorbei konzipiert werden darf (siehe BRAVO), sondern ein Jugendmagazin sollte die brennenden Problematiken, die das Leben der Jugend bestimmen, kritisch

reflektieren. Diesem Anspruch kommt 'ran in befriedigender Weise nach.

Volker Szezinski
2350 Neumünster

Leider muß ich Euch mitteilen, daß ich hiermit mein Abo kündige. Ich finde 'ran zwar nach wie vor im großen und ganzen gut, doch ich fühle mich für 'ran inzwischen ganz einfach zu alt. Ich wünsche mir für unsere Zukunft, daß 'ran bleibt, wie es war und ist: kritisch und radikal-demokratisch und vorbehaltlos weiter empfehlenswert! Macht weiter so, denn so wie 'ran jetzt ist, besitzt es einen notwendigen Stellenwert im bundesdeutschen, reaktionären Blätterwald. Seid weiterhin Sand im Getriebe dieser eingespielten Verdummungsmaschinerie, die im Auftrag des Kapitals ihre Konsumenten mit den „richtigen“ Informationen füttert, um so Widerstand gegen diese Machtpolitik gar nicht aufkommen zu lassen.

Heiner Ganzken
8460 Schwandorf

Durch Zufall kam ich an die Juni-Ausgabe von 'ran, war begeistert und abonnierte diese „andere“ Jugendzeitschrift.

Miriam Haardt
3413 Moringen

Ich habe Eure Zeitschrift nun fünf Jahre aufmerksam gelesen und für gut empfunden. Nun bin ich 26 Jahre alt und meiner Meinung nach der Jugendzeitschrift entwachsen. Was mir nicht gefällt, ist Eure TV- und Kino-Seite und das gesamte Layout. Ich finde sie etwas altmodisch gestaltet. Da mir das BAFöG bis auf 200 Mark gestrichen wurde (der Aufschwung kommt) und ich davon nicht 'mal meine Miete bezahlen kann, muß ich mein Abo leider kündigen.

Elke Winkler
5090 Leverkusen

Ich habe mir vor kurzer Zeit einen Stoß 'ran-Hefte aus der Bücherei ausgeliehen. Ich finde die Hefte einfach Spitze. Endlich einmal eine Jugendzeitschrift, die man auch lesen kann. Echt super! In einem 'ran-Heft '82 ha-

be ich die von Euch zur Verfügung gestellten Werbemittel gelesen. Wenn Ihr diese Artikel noch führt, bitte ich Euch, mir möglichst viele zuzuschicken. Ich würde sie wirklich verteilen. Es wäre einsame Spitze, wenn das klappen würde.

Renate Paul
8000 München 70

'ran 9/83: 'ran-Intern: „Praktische Solidarität“ der Kölner IG Metall

Leider haben wir aus Eurer Zeitung erfahren, daß die IG Metall Köln 200 Exemplare abbestellt hat. Wir finden: das ist eine Riesensauerei. Auf jeden Fall werden wir in den Betrieben, in denen wir vertreten sind, 'ran weiter verbreiten. Denn 'ran hat durch seine gute Aufmachung und seine informativen Artikel viele Diskussionen angeregt. Außerdem finden wir es ganz schön unsolidarisch, Euch, die ihr als Gewerkschafter für unsere Rechte eintretet, als Damen und Herren zu titulieren. Deshalb weiter mit 'ran – auch in Köln.

Arbeitskreis Klein-Mittelbetriebe
Handwerk in der IG Metall Köln
(folgen neun Unterschriften)

'ran 9/83: Streit um die Volksbefragung

Bei jeder 'ran (ich lese sie seit vier Jahren) schwanke ich, ob ich Eure Zeitung gut oder mies finden soll. Das betrifft Eure Kritikfähigkeit der eigenen Gewerkschaft gegenüber. Mal kritisiert Ihr die Oberfunktionäre, wie in der 'ran-Intern-Meldung, dann wieder steckt Ihr den Kopf in den Sand. Warum, zum Beispiel, drückt Ihr Euch vor einer Kritik, daß der DGB heute eine Volksbefragung gegen die Atomrüstung ablehnt, während er sie 1958 noch selbst gefordert hat? Es mag ja vielleicht ganz mutig sein, daß Ihr in einer Gewerkschaftszeitung überhaupt über das Thema Volksbefragung schreibt. Aber wenn schon, dann hättet Ihr nicht auf halbem Wege stehenbleiben soll. Von „meiner“ Zeitung erwarte ich, daß sie klar Stellung nimmt.

Wilfried Peters
2800 Bremen 41



Dieter Gaarz, 'ran-Chefredakteur

Nachspiel

Die Raketen kommen. Das Poker der Genfer Zahlenjongleure kann mir meine Angst vor den unkontrollierten und unkontrollierbaren Militärapparaten in Ost und West nicht nehmen. Dazu hätte es als „Beweis“ nicht einmal mehr des brutalen Jumbo-Abschusses bedurft: Diese Welt der gegenseitigen Bedrohung, Abschreckung und Nach-Nachrüstung hat den Frieden nicht sicherer gemacht.

Und wir? Ich habe die Sorge, daß die Initiatoren der Friedensbewegung mit der Fixierung auf den „Raketenerbst 1983“ einen verhängnisvollen Fehler gemacht haben. Denn was ist, wenn zur Jahreswende der Raketenanmarsch anrollt? Was ist mit denen – vor allem Jugendlichen –, die felsenfest davon überzeugt sind, durch Demonstrationen in Hunderttausenderstärke, durch millionenfache Unterschriftensammlungen und durch Sitzblockaden ließen sich Pentagon- und Kreml-Strategen umstimmen? Wer hat sich denn getraut zu sagen, daß wir einen längeren Atem

brauchen? Daß auch aus Niederlagen Siege wachsen können?

Meine Sorge ist, daß für allzu viele der Friedensbewegten mit dem Jahr 1984 der große Frust beginnt, die Flucht in die Resignation, bei einigen vielleicht sogar die Flucht in die Gewalt.

Noch ist Zeit, die Weichen zu stellen. Immerhin: Die militärische Abschreckungs- und Rüstungs-ideologie ist angeknackst: Heute lehnen nach Meinungsfragen über zwei Drittel aller Bundesbürger die Neustationierung von Raketen ab. Hätte es dieses Bewußtsein schon vor ein paar Jahren gegeben, wären die Milliarden-Projekte TORNADO und AWACS nicht so widerstandslos durchgepaukt worden (und ließen sich damit jetzt wirkungsvolle Arbeitsbeschaffungsprogramme finanzieren). Und könnte dieses Bewußtsein ausgebaut werden – wer weiß: Vielleicht ist der nächste Bundestagswahlkampf mit dem Slogan „10 Prozent weniger Rüstung – 500 000 neue Arbeitsplätze“ zu gewinnen...

Doch noch kann ich daran nicht glauben. Denn dieser Friedensherbst muß ein Nachspiel haben. Sorgen wir dafür, daß Aktionen nicht zu Politik-Ersatz werden.

Und sorgen wir dafür, daß wir glaubwürdig bleiben. Das ist Chance und Nagel-

probe für zweischeinbar erstarrt geglaubte Institutionen, in denen ein frischer Wind zu wehen beginnt: den Kirchen und der organisierten Arbeiterbewegung. Beide können ein Stück moralischer Glaubwürdigkeit verkörpern. Glaubwürdiger als z.B. die Grünen mit ihren untauglichen Versuchen (siehe Krefeld und Loccum), sich ja nicht von Steineschmeißern und Pseudoautonomen abgrenzen zu wollen. Und glaubwürdiger natürlich auch als die Aktivisten und ihre Helfer von der 0,2-Prozent-Partei DKP, deren schon fast peinlicher Opportunismus um ihr Zipfelchen Einfluß dann enden wird, wenn's um die Inhalte einer umfassenden Friedensstrategie geht.

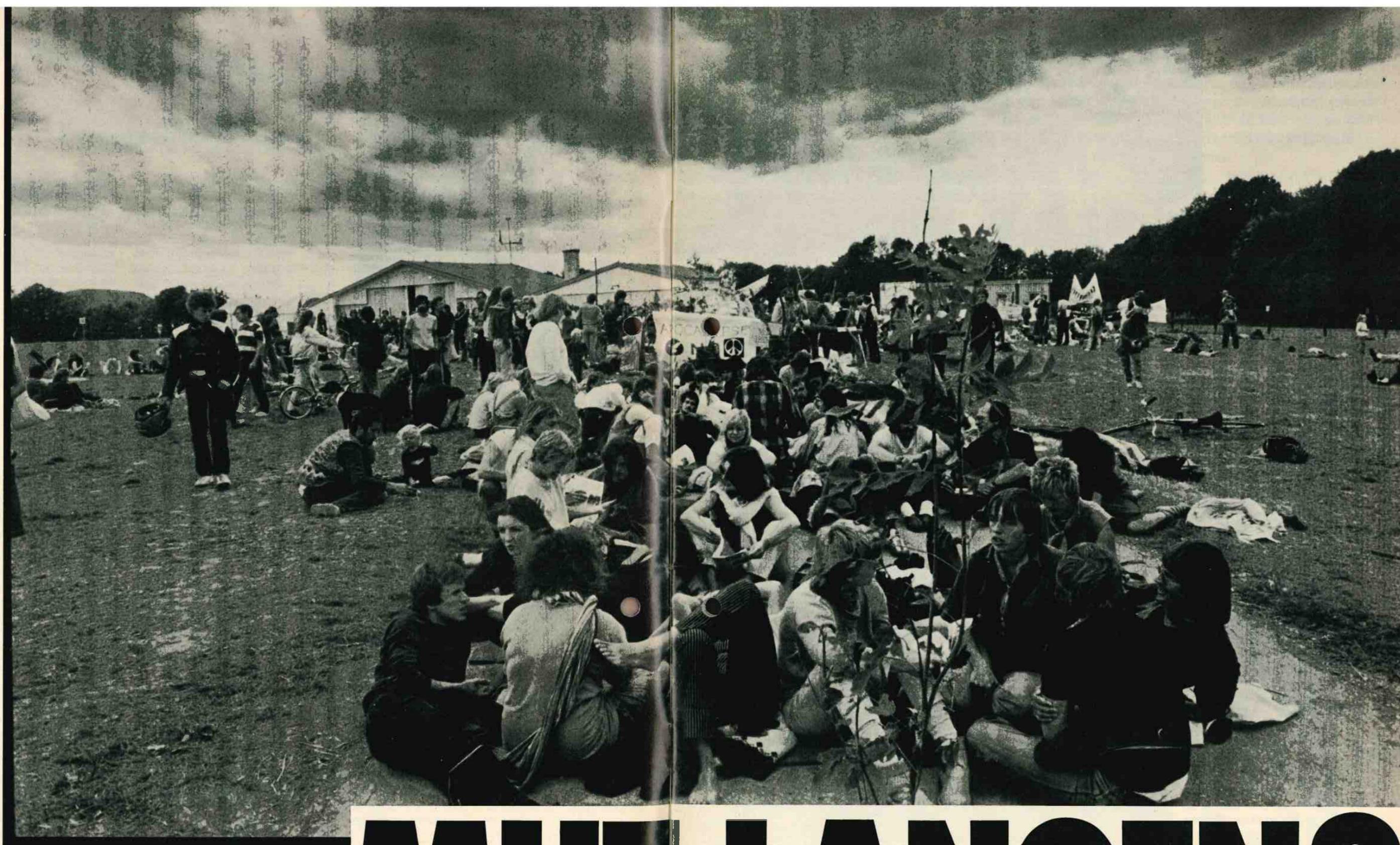
Denn: Die Fixierung der Friedensbewegung auf den Widerstand gegen neue amerikanische Mittelstreckenraketen – so notwendig sie aktuell sein mag – kann nur ein Zwischenspiel ein. Der Kampf gegen die Militarisierung der Politik ist eine Herausforderung an die Men-

schen in Ost und West. Mir kann keiner erzählen, daß ein Leipziger oder Dresdner Jugendlicher nur amerikanische Pershings als Bedrohung empfindet. Der sieht in sowjetischen SS 20-Raketen vermutlich eine genauso große Gefährdung wie ich – eventuell sogar eine noch größere, weil er im Gegensatz zu mir nicht offen sein NEIN zur Rüstung sagen darf.

Und dieses NEIN zur Rüstung ist mehr als der Kampf gegen die Nachrüstung: Machen wir Ernst mit der Forderung nach einem atomwaffenfreien (West-Ost-)Europa. Machen wir Ernst mit der schrittweisen Senkung des Verteidigungshaushalts und der Umverteilung zugunsten der Entwicklungshilfe. Machen wir Ernst mit der Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion. Machen wir Ernst, der Militarisierung der Köpfe Einhalt zu gebieten; entwickeln wir eine Friedenspädagogik, die beim Thema Kriegsspielzeug anfängt und bei Alternativen der sozialen Verteidigung aufhört.

Wann, General Rogers von der NATO und Marshall Kulikow vom Warschauer Pakt, wann sehen Sie endlich ein, daß es für uns gleich ist, atomare Startrampe oder atomare Zielscheibe zu sein? Unser Denken folgt nicht länger Ihrer militärischen Logik; Ihre Raketen, Panzer und U-Boote bringen uns keinen Frieden.

Wir sind nicht länger Ihre Kugeln auf dem Billardtisch, die Sie nur anstoßen müssen, damit sie in die richtige Richtung rollen. Machen Sie Ihr Kriegsspiel ohne uns!



Gewaltfreier Widerstand:

Wird unser **MUT LANGEN?**

Unter den zahlreichen Prominenten, die in der Bundesrepublik aktiv mitmachen beim Widerstand gegen neue Atomraketen, gegen die Hochrüstung in Ost und West, gehört der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll. Weshalb er sich wehrt, darüber hat für 'ran Ursula Hürzeler mit ihm gesprochen.

'ran: Die Blockade in Mutlangen ist am 1. September: 44 Jahre nach dem Ausbruch des 2. Weltkrieges. Sie waren damals auch Soldat. Kommt da nicht vieles wieder hoch?

Böll: Mir kommt nur hoch, daß jener Krieg ein konventioneller Krieg war. Konventionell – das Wort ist ja so beliebt geworden. Also ein Krieg ohne Atombomben, ohne Gas, doch mit ungeheurer Zerstörung. Nicht nur in der Sowjetunion, auch in Deutschland, in Holland, in England, in allen besetzten Ländern. Und dieser konventionelle Krieg hat 55 Millionen Tote in Europa gefordert. Ich halte es für wichtig, das festzustellen. Konventioneller Krieg, das tönt fast so wie Schützenfest oder klingt wie Nachmittagstee bei der Tante Edith oder wie sie heißt ... Konventioneller Krieg: das war ein fürchterlicher Krieg, wie wir alle wissen, und sich zu überlegen, wie ein unkonventioneller Krieg aussehen würde, das wäre eigentlich der Ansatzpunkt.

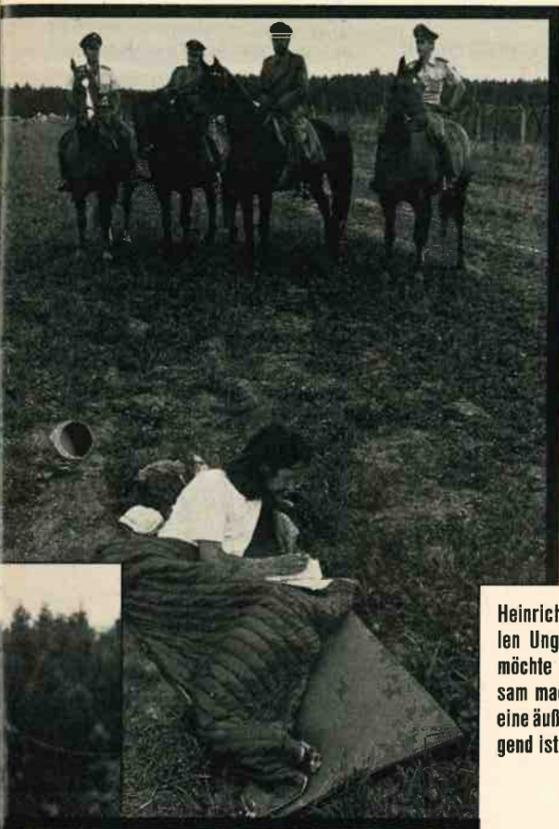
'ran: Alle Politiker – auch jene, die für den NATO-Doppelbeschluß und somit im schlimmsten Fall für neue Raketen eintreten – erklären, daß sie den Frieden wollen. Glauben Sie das nicht, oder sagen Sie einfach: Die wollen zwar den Frieden, aber sie sehen die aktuelle Bedrohung nicht?

Böll: Ich habe immer wieder und überall deutlich gesagt, daß nicht die Friedensbewegung allein den Frieden will. Ich unterstelle niemandem, daß er Krieg will. Ich glaube nicht, daß diese Sorte Verrückter irgendwo in einer Regierung sitzt. Die Frage ist nur, ob rüsten, immer weiter rüsten, nachrüsten, nach-nachrüsten den Frieden sicherer macht. Ich glaube nicht nur, ich bin überzeugt davon, daß für Deutschland, ich sage jetzt Deutschland, also für die Bundesrepublik und die DDR, das Aufstellen von neuen Raketen keine erhöhte Sicherheit bringt. Daß die sowjetische Rüstung bedrohlich ist, werde ich keinen Augenblick leugnen. Auch nicht leugnen, daß die sowjetische Politik bedrohlich ist. Die Frage ist nur, ob die Bedrohung durch die Aufstellung neuer Raketen geringer wird. Ich glaube, daß sie schlimmer wird.

'ran: Wie denn?
Böll: Es ist unbestritten, daß die kleine Bundesrepublik das am meisten mit Atomwaffen bestückte Land der Erde ist. Schon jetzt. Und die Bedrohung durch die sowjetische Rüstung würde ja nicht einmal erheblich geringer, wenn der Herr Andropow alle SS 20-Raketen wegzöge. Die sowjetischen



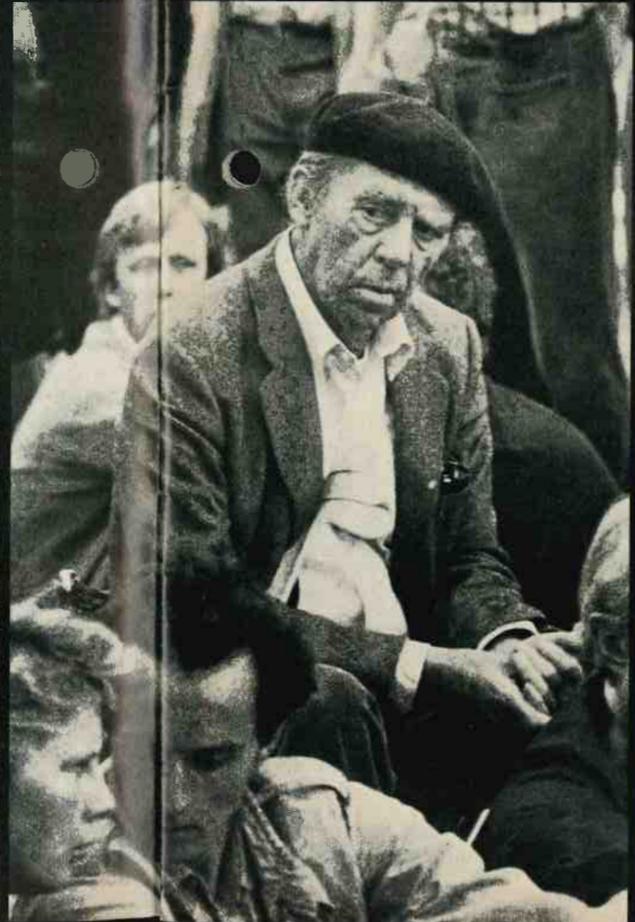
Gewaltfreier Widerstand: In Mutlangen verlief die Blockade friedlich, oft aber werden Demonstranten wegen „Nötigung“ verhaftet. Ob die Justiz durch den geballten Protest umdenkt?



Heinrich Böll: „Was den zivilen Ungehorsam betrifft, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß Gehorsam eine äußerst fragwürdige Tugend ist.“



„Wer davon überzeugt ist, daß das atomare Wettrüsten ein Verbrechen ist, weil es früher oder später zum Atomkrieg führt, ist zum Widerstand verpflichtet.“
(Wolfgang Sternstein)



„Raketen bringen keine Sicherheit“

Raketen, die ja das Hauptargument für die neuen amerikanischen Raketen sind, machen offenbar nur 5 Prozent der sowjetischen Rüstung aus. Es bleiben noch genug seegestützte Raketen übrig. Das hat jedenfalls ein amerikanischer Experte gesagt. Sehen Sie, ich glaube, daß die ganze Raketenzählerei vollkommen sinnlos ist, vollkommen sinnlos, weil die schon bestehende Rüstung auf beiden Seiten genügt, um beide Seiten zu vernichten.

„Es gibt Notsituationen, in denen man Regeln verletzen darf, vielleicht sogar muß“

'ran: Sie leisten Widerstand, gewaltfreien Widerstand. Ihnen – und uns – wird vorgeworfen, gewaltfreie Aktionen bedeuten eigentlich auch Gewalt, seien illegal. Und ziviler Ungehorsam gefährdet den inneren Frieden und somit die Freiheit.

Böll: Ich antworte darauf: Es gibt Notsituationen, in denen man Regeln verletzen darf, vielleicht sogar muß. Und der innere Frieden wird durch die Raketen gestört, das ist die Sache. Was den zivilen Ungehorsam betrifft, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß Gehorsam eine äußerst fragwürdige Tugend ist. Gerade in unserer Geschichte. Die Kritiker sollten sich darüber informieren, wieviele Menschen aufgrund von Gehorsam gestorben sind.

'ran: In einem offenen Brief in der FAZ wird Ihnen vorgeworfen – unter dem Titel: Wenn das Einsperren von Soldaten zum Volkssport wird – daß Sie durch Blockaden die Soldaten in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken. Die Männer könnten dann nicht zu ihren Frauen, Freundinnen. Und die würden sich auch nicht vor Ihre Tür setzen.

Böll: Dem, der sich vor meine Tür setzen würde, dem kann ich nur sagen: Ich habe

keine Atomraketen im Haus. Und wenn man in einer Armee ist, die sich ausrüsten läßt mit Atomraketen, dann kann man auch zwei oder drei Tage Eingesperrtsein über sich ergehen lassen. Im übrigen habe ich gelesen – ich weiß nicht, ob es stimmt, daß sich die amerikanische Polizei in der amerikanischen Armee vor allem mit Drogenfällen befassen muß. In 9 von 10 Fällen. Ich könnte mir vorstellen, daß der eine oder andere Soldat in Panik gerät, wenn ihm der Stoff ausgeht. Vielleicht versorgen sich die amerikanischen Soldaten vor einer Blockade früh genug mit dem notwendigen Nachschub.

'ran: Zu Mutlangen: Das war ja erst der Anfang. Es wird viele andere Blockaden und Proteste geben in diesem Herbst. Der Widerstand ist da. Trotzdem hat Bundeskanzler Kohl gesagt, er lasse sich dadurch nicht irritieren. Es werde stationiert, falls es in Genf nicht zu einer Einigung kommen sollte. Was versprechen Sie sich vom Widerstand?

„Ich verspreche mir nichts – wir können die Raketen ja nicht wegtragen“

Böll: Ich verspreche mir nichts. Wir können ja die Raketen nicht wegtragen. Wir können aber daran erinnern, daß alle Politiker fest zugesagt haben, daß in der Bundesrepublik nur dann stationiert wird, wenn das andere Länder auch tun. Und ich sehe noch keine Raketen in Holland oder in Belgien. Und noch keine in England. Zudem: Es hat ja durch die Friedensbewegung auch ein Umdenken stattgefunden bei den Politikern. Von Bonn ausgehend in Madrid, Holland, New York. Man vergißt ja so leicht, daß gerade in Amerika die Friedensbewegung stärker ist als hier bei uns. Und – wer weiß – viel-

leicht könnte es doch noch ein Wirkung haben. Zudem: es ist ja schon einmal in der Bundesrepublik gegen den Willen der Bevölkerung aufgerüstet worden – bei der Remilitarisierung in den Fünfzigerjahren. Aber ich wäre als Politiker nicht stolz darauf, gegen den Willen der

„Nur bei den Deutschen riskiert man es, die Raketen einfach hinzusetzen“

Bevölkerung eine solche Maßnahme zu ergreifen. Die Frage ist nur: Könnte eine deutsche Regierung – welche auch immer – die Stationierung verhindern. Also: Wie souverän ist die Bundesrepublik wirklich? Ist sie so unabhängig? Ich habe da meine Zweifel.

'ran: Souverän in bezug auf die Vereinigten Staaten?

Böll: Ja, denn offenbar riskiert man es nicht, den Holländern die Raketen einfach hinzusetzen. Sondern nur bei den Deutschen.

'ran: Herr Böll, Sie wollen sich nicht als Literat in einen elfenbeinernen Turm sperren lassen, sondern sich auch aktiv am politischen Leben beteiligen. Beispielsweise jetzt durch den Widerstand gegen die Hochrüstung, gegen neue Raketen.

Böll: Ja. Ich sehe da keinen Widerspruch. Auch als Zeitgenosse will ich dabei sein.

'ran: Und in Mutlangen waren Sie bei einer „Prominentenblockade“. Es wird andere geben, mit vielleicht „bunter“ zusammengewürfelten Leuten. Da wird es vielleicht weniger „edelmütig“ zugehen. Haben Sie Angst, daß es zu Gewalttätigkeiten kommen wird, daß jemand durchdreht, egal auf welcher Seite auch immer?

Böll: Angst nicht, aber ich muß damit rechnen, daß bezahlte Provokateure auftauchen. Von welcher Seite, will ich gar nicht bestimmen. Was ich fürchte, ist, daß es

dann anders zugeht als mit den Prominenten. Ich halte den Begriff übrigens für schwachsinnig.

'ran: Aber Sie sind doch prominent...

Böll: Jaja, aber es ist an und für sich ein pseudofeudaler Begriff, den die Demokraten sich geschaffen haben, weil sie auch ihren sogenannten Adel haben müssen. Ich demonstriere da als Bürger der Bundesrepublik Deutschland, und ich möchte auf keinen Fall, daß ich anders behandelt werde als die anderen Teilnehmer. Notfalls würde ich mich selbst anzeigen, um gleichbehandelt zu werden.

„Nein, ich lebe nicht von Visionen, ich bin ganz in dieser Gegenwart drin“

'ran: Leben Sie von Visionen?

Böll: Nein, auch nicht. Ich bin ganz in dieser Gegenwart drin.

'ran: Ich frage nach den Visionen, weil ja gerade auch Jugendliche in einer Zeit der Umweltzerstörung, der Hochrüstung, der schlechten Berufsaussichten und dem großen Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich von einem Schriftsteller vielleicht Leitlinien verlangen. Eine Perspektive. Eine Vision. Das können Sie also nicht anbieten?

Böll: Ich glaube, man verißt beim Protest gegen die Hochrüstung den finanziellen Aspekt der Sache. Und die Vision einer Welt, in der kein Kind mehr Hungers sterben muß, die möchte ich schon gern verbreiten. Da sehe ich den Zusammenhang mit Rüstung. Jede Rakete, jede Granate, jedes Geschosß ist völlig überflüssig angesichts einer Welt, in der Kinder und Erwachsene an Hunger sterben. Und Frieden ist ja auch eine Vision.

*ran-Interviewerin Ursula Hürzeler arbeitet für das Schweizer Radio in Bonn

Ziviler Ungehorsam ist kein Aufruf zu Gesetzlosigkeit und Chaos. Ganz im Gegenteil, er setzt die Achtung vor dem Gesetz voraus. Wer zivilen Ungehorsam gegen die Gesetze leistet, die er für ungerecht hält, ist verpflichtet, alle Gesetze, die er für gerecht hält, freiwillig und nicht aus Angst vor Strafe zu beachten.

● Die Gesetzesübertretung muß offen geschehen. Wer bürgerlichen Ungehorsam leistet, muß bereit sein, die dafür vorgesehene Strafe auf sich zu nehmen. Er wird jedoch die Rücknahme des Gesetzes, das er für ungerecht hält, fordern.

Mag man einwenden: wer sagt denn, daß diejenigen, die zivilen Ungehorsam leisten, recht haben? Selbstverständlich können sie irren, so wie jeder Mensch, jedes Gericht, jede Organisation und Institution irren kann. Daraus ergeben sich zwei klare Formulierungen:

– die Bereitschaft, die eigene Überzeugung ständig zu

überprüfen, sie in Frage stellen zu lassen und selbst in Frage zu stellen;

– Verzicht auf Gewalt bei der Verfolgung politischer Ziele, da Gewalt irreversible Fakten schafft und zu den angestrebten Zielen in Widerspruch steht.

Die Unterscheidung zwischen „anständigen“ Bürgern, die von ihrem verfassungsmäßigen Recht auf Demonstration Gebrauch machen, und den „Kriminellen“, die Gesetze übertreten, läßt sich so nicht aufrechterhalten. Thoreau saß wegen Steuerverweigerung aus Protest gegen die Sklaverei und den Krieg gegen Mexiko im Gefängnis. Gandhi saß insgesamt sechs Jahre im Gefängnis, weil er die rassistischen Gesetze in Südafrika und die Kolonialgesetze der Engländer in Indien übertrat. Martin Luther King saß sechsunddreißigmal im Gefängnis, weil er zum zivilen Ungehorsam gegen eine Regierung aufrief, die Rassendiskriminierung duldet, obwohl sie

ihrer Verfassung nach verboten ist. Die Brüder Berrigan sitzen im Gefängnis, von zahlreichen Dissidenten in den Ländern Osteuropas ganz zu schweigen. Lauter Kriminelle?

Man mag weiterhin einwenden, in einem totalitären System oder einer Diktatur kann es eine Rechtfertigung für bürgerlichen Ungehorsam geben, aber in einer Demokratie? Nun, Thoreau, King, die Berrigans und viele andere lebten beziehungsweise leben in einer Demokratie. Für sie stand dennoch fest: auch ein demokratischer Staat kann Unrecht tun, der einzelne kann folglich auch dem demokratischen Staat gegenüber zum zivilen Ungehorsam verpflichtet sein.

Bürgerlicher Ungehorsam, so wird schließlich behauptet, sei undemokratisch, weil hier eine Minderheit versuche, der Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen. Das ist

falsch. Wo immer die Mehrheit beschließt, Unrecht zu tun, hat der einzelne oder die Minderheit die Pflicht, sich diesem Beschluß zu widersetzen, indem sie sich weigert, an diesem Unrecht mitzuwirken. Wer davon überzeugt ist, daß das atomare Wettrüsten ein Verbrechen ist, weil es früher oder später zum Atomkrieg führt, ist zum gewaltfreien Widerstand verpflichtet, wenn er an diesem Verbrechen nicht mitschuldig werden will.

Gewaltfreier Widerstand zielt darauf ab, durch massenhaften Widerstand das von der Mehrheit beschlossene Unrecht undurchführbar zu machen und durch freiwillig auf sich genommene Nachteile die Mehrheit davon zu überzeugen, daß sie Unrecht tut. Sein Ziel ist es also, die Mehrheit zu gewinnen. Ziviler Ungehorsam und Demokratie schließen sich also keineswegs aus, sie ergänzen sich vielmehr.

* Dr. Wolfgang Sternstein ist Friedens- und Konfliktforscher und gilt – auch wenn er es selbst nicht gern hört – als so etwas wie der „theoretische Kopf“ der gewaltfreien Bewegung.

ANZEIGE

ANZEIGE

Athenäum

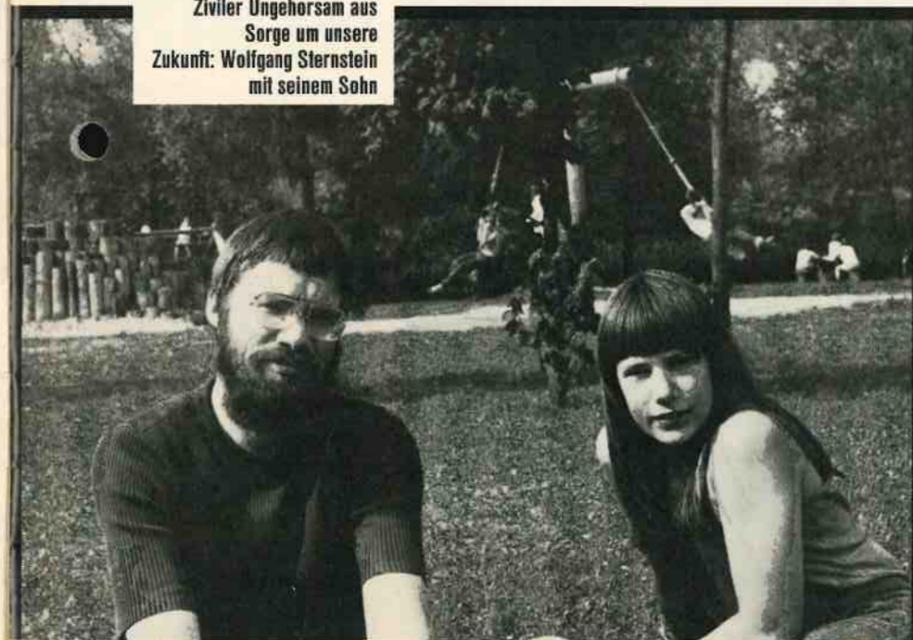


Chaos, Panik, Hunger, Auflösung aller sozialen Ordnung. In der Luft Millionen Tonnen Staub und Asche.

200 Seiten, kt. DM 19,80

In seinem erschütternden Tagbuch aus dem 3. Weltkrieg schildert der Journalist Anton Andreas Guha das Geschehen vor und nach einer Atombombenexplosion mitten in Deutschland.

Athenäum Verlag · Königstein/Ts.



Ziviler Ungehorsam aus Sorge um unsere Zukunft: Wolfgang Sternstein mit seinem Sohn

Ziviler Ungehorsam und Demokratie

kollegen, wenn allen der Streß im Nackensitzt; Rainer, wie er beim Autofahren schon 'mal Langsamfahrer zur Seite scheidet; Marion, wie sie mit Freunden hilflos einer Disco-Schlägerei zugesehen hat. Claudia erzählt, sie habe vor wenigen Wochen einmal bewußt Gewalt mit Gewalt beantwortet und sei eigentlich stolz auf sich: Bei einer der üblichen Mädchen-Anpöbeleien in der Fußgängerzone („Hee Kleine, laß mal Deine Titten sehen“) habe sie sich umgedreht und „den Typen“ eine geschossen.

„Wißt Ihr was“, meint Dorothee, „wir spielen gemeinsam diese Szene einmal nach und überlegen dabei, ob man sich den Ablauf auch anders vorstellen kann.“ Wieder ein Rollenspiel. Und für alle ganz neue Erfahrungen. Denn Klaus spielt das „angemachte Mädchen“ und Claudia den Anmacher-Typen. Marion ist ein männlicher Passant („Aber nicht so'n Kleiderschrank-Typ“), der seine Hemmungen überwindet und sich einmischt. Wir spielen das ganze zwei-, dreimal durch, zwischendrin kommt ein Stück tatsächlicher Aggressivität hoch („Halt Dich da 'raus.“), hinterher fühlen wir uns alle geschlaucht. Aggressives Verhalten – und auch seine Duldung – fällt uns eben allemal leichter, als den Mut aufzubringen, „gegen den Strom zu schwimmen“, sagt Uli.

Es ist Nachmittag geworden. Das schöne Wetter hat uns in den Garten getrieben. Wir sitzen oder liegen auf dem Rasen, um uns herum Vogelgezitscher, es fällt mir schwer, meine Gedanken auf Pershing II und SS 20 zu lenken. Wir üben „Konsensprinzip“. Als dieser „Programmunkt“ am Morgen von unseren Trainern vorgeschlagen wurde, gab es viele „Oohs“ und „Was soll der theoretische Kram?“. Dabei

ist dieser „theoretische Kram“ eine sehr praxisbezogene Angelegenheit – und eine der wichtigsten Grundlagen für gewaltfreie Aktionen dazu. Denn gewaltfreie Aktionen sind keine Spontanhandlungen. Sie setzen gut vorbereitete Kleingruppen („Bezugsgruppen“) voraus, wo jeder jeden kennt, wo sich alle aufeinander verlassen können. Und wo Entscheidungen in der Gruppe nicht von politischen Obermuftis oder durch Mehrheitsabstimmung gefällt werden, sondern durch ein Modell, bei dem sich keiner „untergeben“ fühlen muß: eben durch das Konsensprinzip. Dabei soll jeder jede Entscheidung mittragen können.

Wir diskutieren darüber, ob der heutige „Trainingstag“ nicht doch noch einen „handfesten“, praktischen Abschluß haben sollte. Martina schlägt eine „Schweigen für den Frieden“-Aktion in der Heidelberger Fußgängerzone vor. Willi eine symbolische Mahnwache in den Abendstunden vor dem nahegelegenen US-Hauptquartier. Klaus unterbricht: „Erst will ich wissen, was genau das Ziel einer solchen Aktion sein sollte. Außerdem sag' ich schon 'mal gleich, daß ich bei nichts mitmachen werde, bei dem nur einseitig die Amerikaner angegriffen werden.“ Schärfe kommt in die Diskussion. Dorothee mischt sich ein: „Ich glaube, wir haben uns etwas übernommen. Wir kennen uns viel zu wenig, um jetzt plötzlich eine Aktion aus dem Ärmel zu schütteln. Ganz egal, was wir jetzt planen würden – einige von uns würden sich überfahren fühlen.“

Später, als sich alle im Plenum wiedertreffen, wird klar: Dieser „Übungstag“ kann erst ein Anfang sein. Wir verabreden untereinander neue Treffen. Spätestens im Herbst sehen wir uns wieder.

Als die Arbeiter sich zu Gewerkschaften zusammenschlossen, als sie ihr Kampfmittel, den Streik, entdeckten, reagierten die damals Herrschenden mit Polizei, Strafe und Gefängnis. Ihre Gerichte verurteilten die Streikenden wegen Erpressung und Nötigung. Als 1968 Studenten und junge Arbeiter gegen Vietnamkrieg und Springerpresse auf die Straße gingen, die Auslieferung der BILD-Zeitung verhinderten und Straßenbahnen mit ihren Körpern blockierten, wurden viele verurteilt wegen Landfriedensbruch und – wieder – wegen Nötigung.

1983 planen Menschen aller politischen Richtungen und sozialen Schichten, mehr als nur mit Worten gegen das zu protestieren, was sie als unmittelbare Gefährdung ihres Lebens begreifen: die Stationierung neuer US-amerikanischer Raketen. Sie sind bereit, sich gewaltlos an Blockaden zu beteiligen, Raketentransporte aufzuhalten.

Für Innenminister Zimmermann ist alles klar: „Gewaltloser Widerstand ist Gewalt.“ Für normale Menschen ist das Unsinn, nicht unbedingt aber für Juristen, die sich an Herrschaftserhaltung beteiligen. Und darüber muß sich jeder klar sein, der an Blockaden teilnimmt. Der Bundesgerichtshof hat den Gewaltbegriff so „ausgeleiert“ (so der führende Strafrechtskommentar), daß Sitzstreik und sogar lautstarke Vorlesungsstörung als Gewalt interpretiert wurden. Jeder, der bei Aktionen bürgerlichen Ungehorsams mitmacht, läuft Gefahr, bestraft zu werden – ein Risiko, nicht aber Gewißheit. Denn es gibt viele positive Zeichen – Zeichen, die es noch nie in der deutschen Geschichte gegeben hat. Mehr als 500 Richter und Staatsanwälte haben sich in einer mutigen Aktion an die Seite der Friedensbewegung gestellt. Was werden sie tun, wenn sie Anklagen fertigen oder Urteile fällen sollen? Wie werden sie auf ihre Kollegen einwirken?

Rechtsfragen sind Machtfragen!

Herbert Lederer:*

Es gibt bereits erste gute Urteile. Ein Stuttgarter Richter konnte an einem Sitzstreik vor einer US-Militäreinrichtung nichts Verwerfliches entdecken und sprach frei. Ein Richter in Verden (Niedersachsen) befand, daß bei der Blockade eines Depots, in dem auch Atomsprengköpfe gelagert sind, die Demonstranten „hehre Ziele“ verfolgt hätten, und sprach sie frei. Selbst der Richter am Bundesgerichtshof Heinz Recken meint, daß „eine akute Lebensgefahr“, die mit der Stationierung verbunden ist, „andere Rechte gewährt“. Und er fragt sich, ob ihm angesichts der Bedrohung „nicht als Bürger eines Tages auch das Recht auf Notwehr“ zustehe. Strafrecht ist Nötigung nur, wenn das eingesetzte Mittel, die Gewalt, im Verhältnis zum Zweck „verwerflich“ ist, d. h. als sittlich nicht gerechtfertigt angesehen wird. Blockadeteilnehmer haben jedoch gute, aner kennenswerte Argumente, auch in einem Strafverfahren:

Bei der Stationierung geht es um das höchste Rechtsgut überhaupt – das Leben. Demonstranten geht es dabei um die Beseitigung eines verfassungswidrigen Zustands. Für die Stationierung gibt es keine gesetzliche Grundlage, wie für viele der Rechtsprofessor Wolfgang Däubler herausgearbeitet hat. Mehreren Meinungsumfragen zufolge ist die Mehrheit des Volkes gegen die Stationierung, sie wird aber nicht gefragt, ihr Wille nicht berücksichtigt.

Wer kann es da verdenken, wenn Menschen keine andere Wahl mehr sehen, als sich mit ihrer gesamten Person in die Friedensaktionen einzubringen? Von diesem geballten Protest, da bin ich sicher, wird die Justiz nicht unberührt bleiben. Auch Streiks waren einmal Nötigung. Heute lachen wir darüber.

* Herbert Lederer ist Rechtsanwalt in Essen und spezialisiert auf politische Strafrechtsfälle.

ANZEIGE

LBS

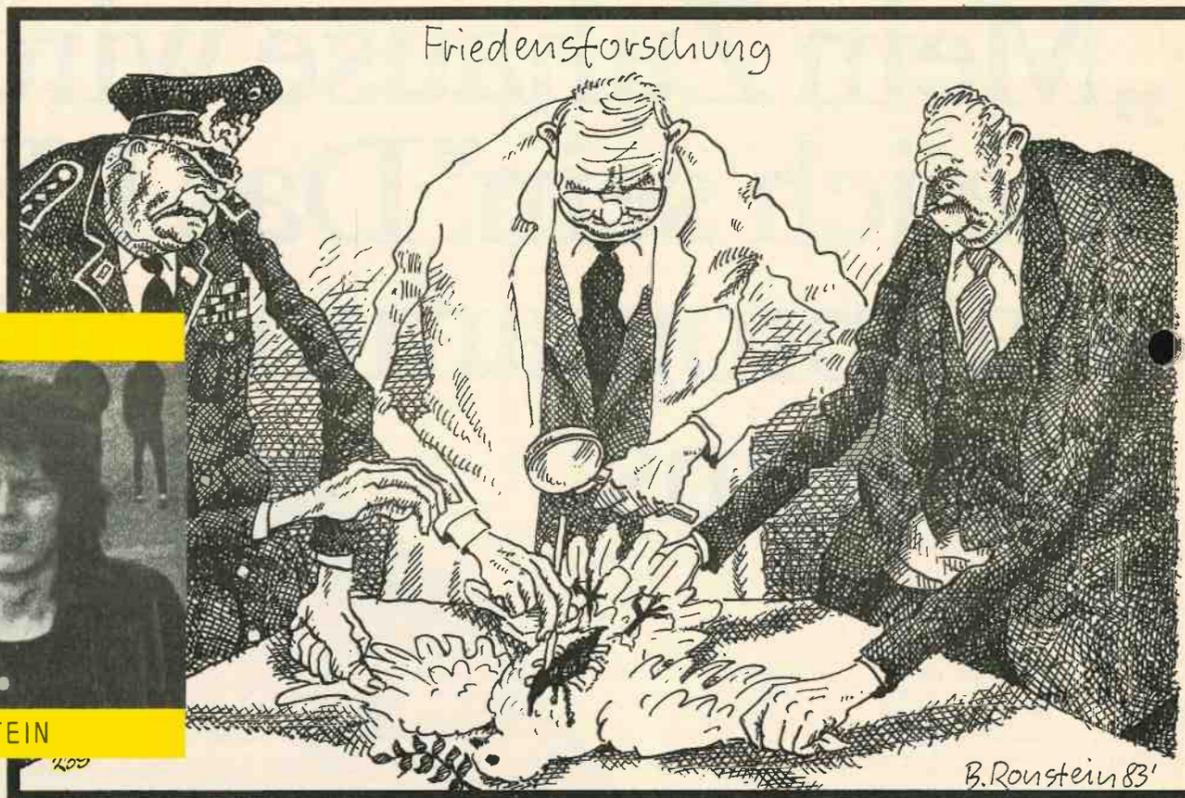
Bausparkasse der Sparkassen

ANZEIGE

„Mein Zuhause wird wie ich sein.“ Das LBS-Maßprogramm paßt wie Jeans.

Junge LBS-Bausparer sichern sich viele Vorteile schon bei kleinen Sparbeiträgen. Guthaben-Zinsen, die bekannte 14%ige Bauspar-Prämie oder 23% Arbeitnehmer-Sparzulage nach dem 624-Mark-Gesetz bringen Sie weiter. Und später kommen Sie mit dem günstigen LBS-Darlehen leichter zu dem Zuhause, in dem Sie nach eigenen Ideen leben können. Das individuelle LBS-Maßprogramm ist deshalb eine kleine Verabredung wert. In Ihrer LBS-Beratungsstelle oder Sparkasse. Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.





B. RONSTEIN



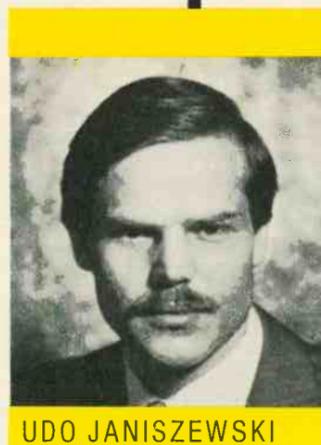
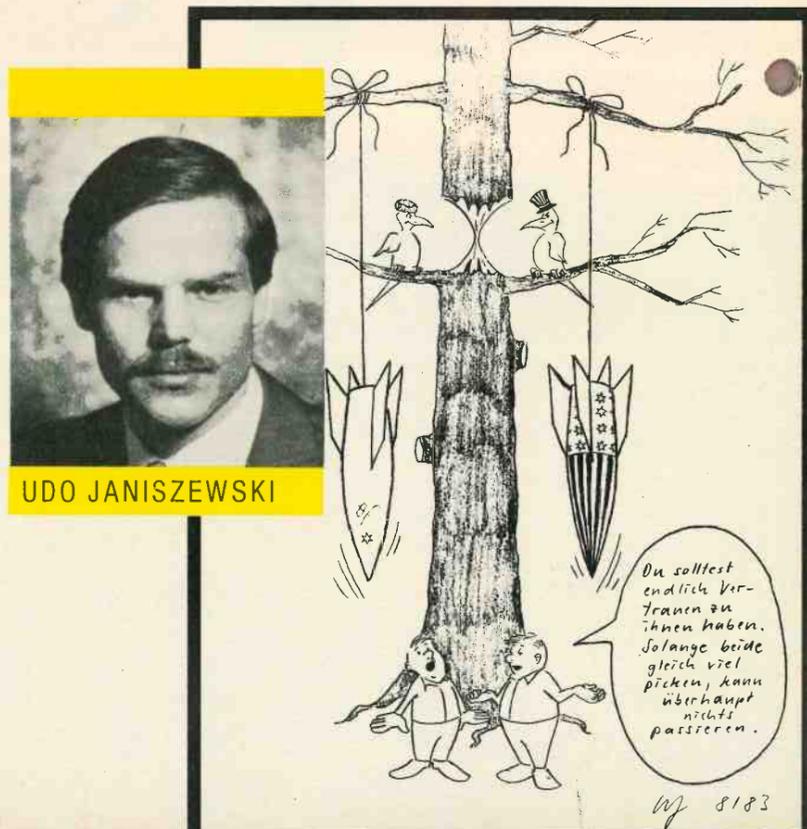
FREIMUT WÖSSNER



Thema Frieden:

'ran-Cartoonisten

nehmen Stellung

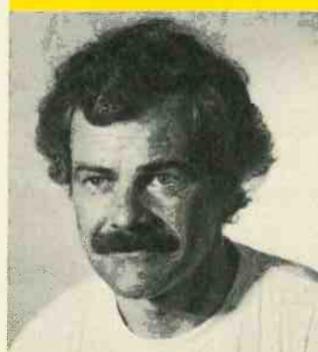
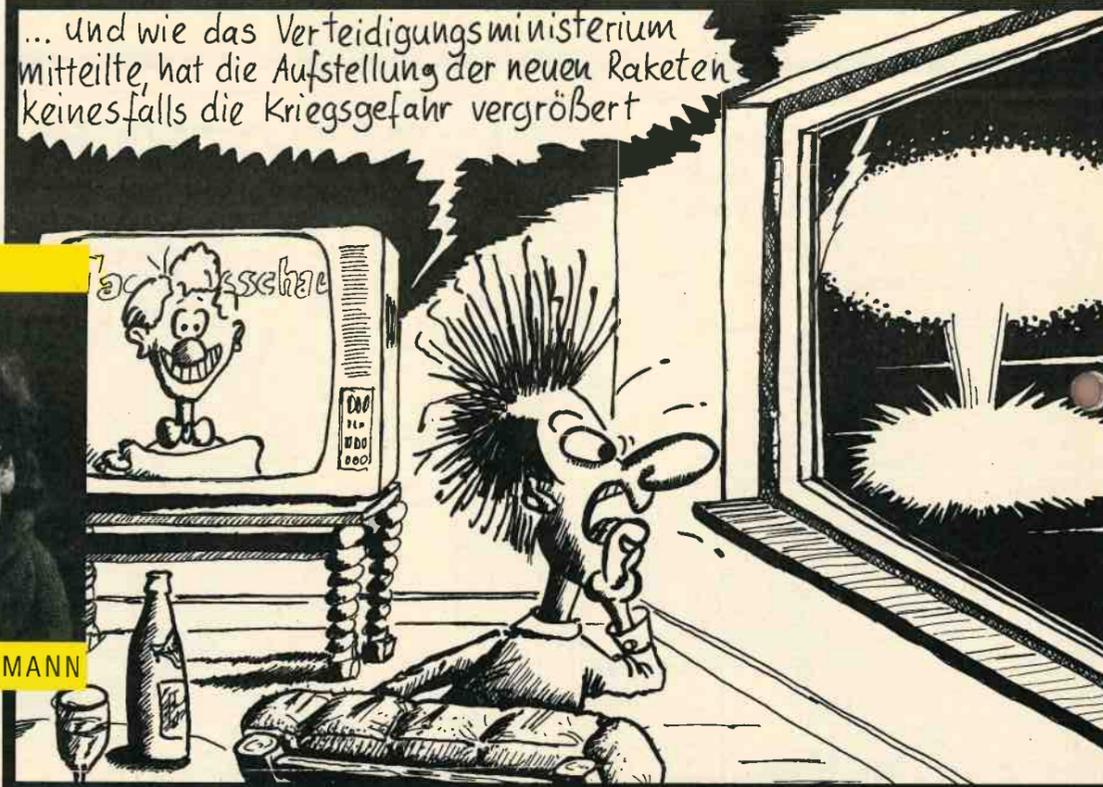


UDO JANISZEWSKI

... und wie das Verteidigungsministerium mitteilte, hat die Aufstellung der neuen Raketen keinesfalls die Kriegsgefahr vergrößert



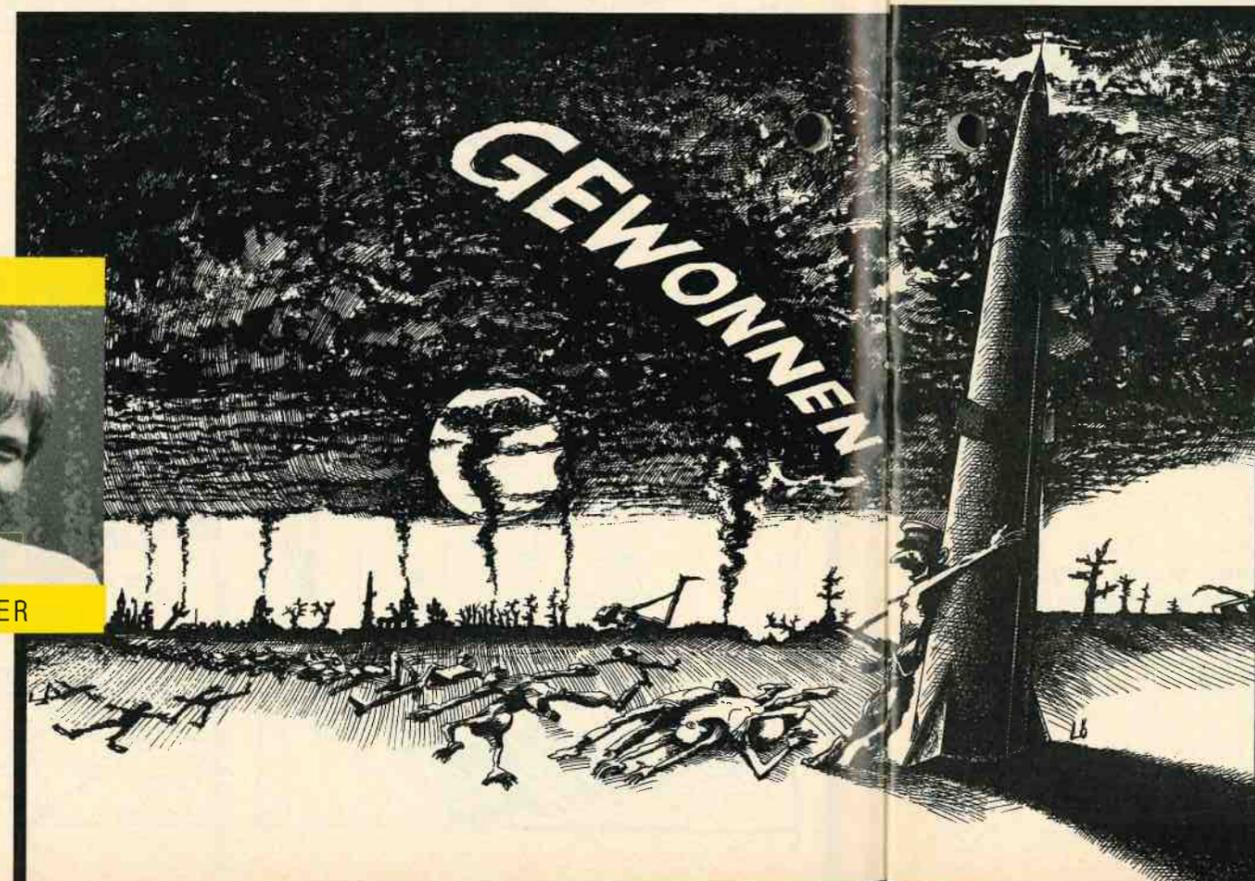
MICHAEL STEINMANN



RALPH GÖRTLER



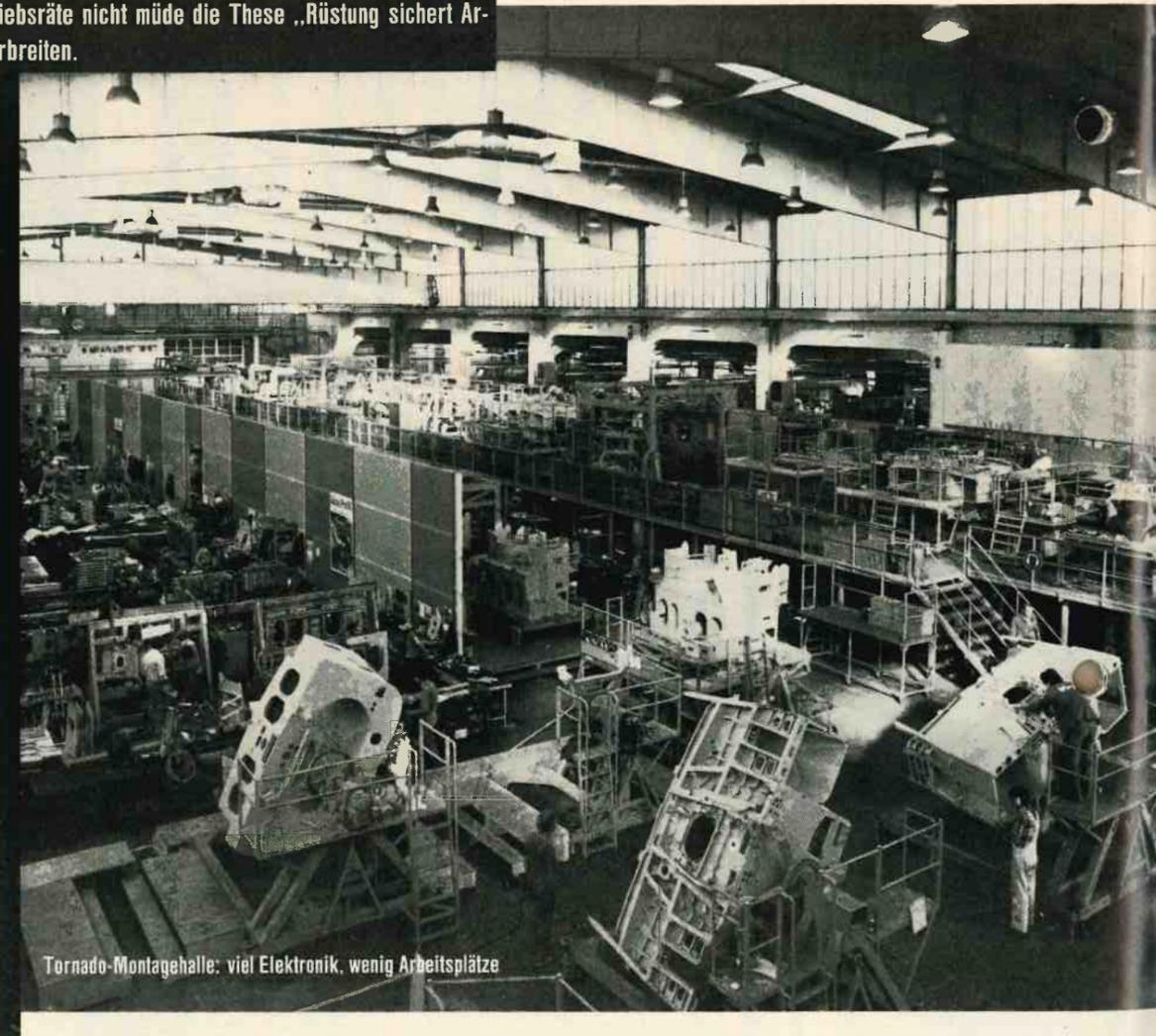
ECKHART LÖSER



Für den Frieden produzieren

Eine Meldung ging vor wenigen Wochen durch die Weltpresse: Der in New York ansässige „Rat für wirtschaftliche Prioritäten“ (CEP) stellte fest, hohe Rüstungsausgaben schaffen keine Arbeitsplätze. Der Studie zufolge sind Militärausgaben eine der am wenigsten geeigneten Möglichkeiten, Arbeitsplätze zu schaffen. So neu die Untersuchung, so alt die Ergebnisse. Trotzdem werden Politiker, Militärs, Rüstungslobbyisten und einzelne Betriebsräte nicht müde die These „Rüstung sichert Arbeitsplätze“ zu verbreiten.

‘ran untersucht die These
„Rüstung sichert Arbeitsplätze“



Tornado-Montagehalle: viel Elektronik, wenig Arbeitsplätze

Die CEP-Untersuchung enthüllt wenig neues. Ein Expertenbericht für den Generalsekretär der Vereinten Nationen vermerkt bereits 1978: „Heute häufen sich rapide die Anzeichen dafür, daß hohe Militärausgaben nicht die Gesamtarbeitslosigkeit mildern, son-

dern wesentlich dazu beitragen.“ Die Umschichtung von Teilen des Verteidigungshaushaltes zugunsten anderer Etats und ein Stop jeglicher Art direkter oder indirekter Rüstungs-Subventionen könnte dagegen ein wesentlicher Beitrag zur Verwirklichung einer beschäf-

tigungsorientierten Finanzpolitik sein. Eine Studie aus den USA etwa berechnet für 1980 eine Verringerung der Arbeitslosenquote um 2,1 Prozent, wenn 30 Prozent des Verteidigungsetats zugunsten des Erziehungs-, Gesundheits-, Sozial- und Umwelt-

bereich umgeschichtet würden. Würde umgekehrt der Verteidigungshaushalt auf Kosten dieser Bereiche um 30 Prozent aufgestockt, so vergrößere sich die Arbeitslosenquote um zusätzliche 1,3 Prozent. Das amerikanische „Büro für Arbeitsstatistik“ hat die Fra-

Nur 33,5 cm breit – aber außergewöhnlich high!

Mit allem, was '83 neu ist:

Mit CD-Player, AUTO FUNCTION, Synchron-Start und vollen 110 Watt Sinus FISHER System M-700



In dieser schmalen, eleganten Anlage stecken alle wichtigen HiFi-Entwicklungen des Jahres. AUTO FUNCTION nimmt Ihnen viele Handgriffe bei der Bedienung der Anlage ab. Ein Beispiel: Lläuft die Platte, aber Sie möchten Radio hören, dann drücken Sie nur die Taste Tuner am Verstärker. Dieser eine Tastendruck schaltet gleichzeitig den Plattenspieler aus und führt den Tonarm zurück.

Synchron-Start: Beim Überspielen von Platte auf Cassette wird der Start automatisch synchronisiert. Tuner, Deck und Verstärker sind mit Kontaktsteckern verbunden – es gibt keine Signalkabel mehr! Und auf Wunsch ist der wichtigste HiFi-Fortschritt, der CD-Player, in die Anlage zu integrieren. FISHER M-700, die höchste Fidelity, beim FISHER Fachhändler.

FISHER HiFi EUROPA, Postfach 800640, 8000 München 80 · FISHER AUSTRIA, Johannes-Herbst-Str. 23, 5061 Glasenbach · FISHER SCHWEIZ, Egli, Fischer + Co., Gotthardstr. 6, 8022 Zürich

FISHER HiFi Video CarFidelity
The fine name in high fidelity

ge untersucht, wieviel Arbeitsplätze durch eine Nachfrage von einer Milliarde Dollar geschaffen werden könnten. Ergebnis: Rüstungsindustrie 75 000, Bauindustrie 100 000, im Gesundheitswesen 140 000 und im Erziehungswesen sogar 185 000.

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Roger H. Bedezk kommt zu dem Schluß: „Der Glaube, daß Rüstungsausgaben eine positive Wirkung auf die Volkswirtschaft ausüben, ist ein Mythos. Jede Milliarde Rüstungsausgaben kostet die Volkswirtschaft Arbeitsplätze, die Beschäftigten höhere Steuern und führt alle zu einer niedrigeren Lebensqualität.“ Diese amerikanische Untersuchungsergebnisse trafen durchaus auch auf die Bundesrepublik zu, meint Klaus Mehrens vom Hauptvorstand der IG Metall: „In der Rüstungsindustrie, obwohl lästiger Konkurrenz nahezu enthoben und weitgehend nacheigenem Gutdünken gestalteter Gewinne, sind die Arbeitsplätze äußerst unsicher.“

Es gibt eine Reihe von Gründen, weshalb die Kollegen Panzerbauer, Kampfflugzeug-Konstrukteure und Munitionsdreher auf einem wackligen Arbeitsplatz sitzen. Rüstungsproduktion läuft in Schüben ab. „Viele große Waffensysteme (Tornado, Leopard) laufen jetzt aus“, stellt Klaus Mehrens fest, „neue Projekte sind nicht in Sicht.“

Stärker noch als in anderen Industriezweigen wird in der Rüstungsbranche rationalisiert. Soweit die wenigen verfügbaren Daten über die Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik überhaupt genaue Aussagen zulassen, kann man feststellen, daß die Zahl der rüstungsabhängig Beschäftigten von 1965 bis 1977 um etwa 20 000 absank – während im gleichen Zeitraum sich der Wert aller zwischen Flensburg und Konstanz produzierten Rüstungs-

waren von 4,7 Milliarden Mark auf 11,6 weit mehr als verdoppelte. Klaus Mehrens erläutert: „In der Rüstungsindustrie hat es einen ungeheuren Strukturwandel vom Metallbereich hin zur Elektronik und Feinmechanik gegeben. Und alles was mit Elektronik zutun hat, wird mit weniger Arbeitskräften hergestellt.“ Zweifeln bietet Mehrens an, sich einmal die fast menschenleeren Produktionshallen von Messerschmidt-Bölkow-Blohm beispielsweise in Augsburg anzusehen.

Zunehmende Standardisierung der NATO-Bewaffnung, begrenzte Finanzmittel des Staates und instabile politische Verhältnisse möglicher Export-Länder, sind für Klaus Mehrens weitere Unsicherheitsfaktoren für die Arbeitsplatzsicherung in der Rüstungsindustrie.

Schließlich gefährde Rüstungsproduktion auch noch Arbeitsplätze im zivilen Bereich, behauptet der Berliner Friedensforscher Christian Wellmann: „Die Konzentration staatlicher Forschungsmittel für Rüstungserzeugnisse und die hohe Zahl der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Forscher, Ingenieure und Facharbeiter wirken sich mittelfristig auf die Stellung einer Volkswirtschaft auf den zivilen Weltmärkten aus.“

Neben moralischen, sozialen und politischen Gründen sprechen also auch wirtschaftliche Aspekte für eine möglichst baldige Abrüstung. Nur: Abrüstung könnte in unserem Wirtschaftssystem zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führen. In der Bundesrepublik leben neben den Soldaten rund 200 000 Männer und Frauen direkt – und mindestens noch einmal doppelt soviel indirekt – von Aufträgen aus der Rüstung.

Einen Ausweg aus dieser Zwickmühle sehen immer mehr Gewerkschafter in der Erarbeitung und Durchsetzung von Maßnahmen einer schrittweisen Umstellung von

Rüstungsproduktion auf die Fertigung für den zivilen Bedarf („Rüstungskonversion“). Am bekanntesten wurde der Alternativplan der Arbeiter des britischen Konzerns für Luftfahrttausrüstung Lucas Aerospace Mitte der 70er Jahre. In dem zu 50 Prozent rüstungsabhängigen Betrieb verloren innerhalb von vier Jahren 4 000 Beschäftigte ihren

Militärische Ausgaben und mögliche Alternativen		
Tatsächlich	Möglich	
Weltweite Militärausgaben 1980	900 Milliarden DM	Beinahe Verdreifachung des Einkommens der 1,3 Mrd. Einwohner der 38 ärmsten Länder der Welt (von jetzt ca. 400 DM auf 1100 DM pro Kopf)
10 vH der Militärausgaben der Industrieländer 1980	67 Milliarden DM	Verdoppelung der Entwicklungshilfe (z. Z. ca. 62 Mrd. DM)
Rüstungswarenhandel mit der Dritten Welt	50 Milliarden DM	Steigerung der Importe von Maschinen und Transportmitteln der Dritten Welt um 20 vH
1 vH der weltweiten Militärausgaben	9 Milliarden DM	Umfassendes Grundschulprogramm oder weltweit sauberes Wasser
1/2 vH der weltweiten Militärausgaben	4,5 Milliarden DM	Programm zur Ausrottung der Malaria
40 MRCA-Tornado-Kampfflugzeuge	4 Milliarden DM	Programm zur Ausrottung der Flußblindheit
1 Fregatte Typ 122	450 Millionen DM	Weltweites Programm für Kinderschutzimpfungen
1 Kampfflugzeug	50 Millionen DM	40 000 Dorfapotheken
1 Panzer Leopard II	3 Millionen DM	1000 Klassenräume für 30 000 Schüler

Quelle: Die Mitbestimmung, Heft 12/82, Monatszeitschrift der Hans-Böckler-Stiftung

Die größten Rüstungsunternehmen der Bundesrepublik				
Nr. Unternehmen	Beschäftigte 1980 in 1000	Umsatz 1980 in Mio DM	Rüstungsanteil in %	Rüstungsumsatz 1980 in Mio DM
1 Siemens AG	339,0	31960	8 ¹⁾	2557
2 AEG	113,5	14681	15 ¹⁾	2202
3 Messerschmidt-Bölkow-Blohm AG	26,3	3304	63	2082
4 Motoren-Turbinen-Union (MTU)	12,7	1563	65	1016
5 Krauss-Maffei AG	4,7	1315	73	958
6 Rheinmetall AG	13,8	1720	45 ¹⁾	774
7 Dornier AG	8,4	1011	69	698
8 MAN	63,6	7833	8	627
9 Diehl AG	14,8	1562	40	625
10 VFW	12,2	1078	44	474
11 Thyssen-Industrie AG	39,2	4705	10 ¹⁾	470
12 Blohm & Voss AG	7,0	633	50	316
13 Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH			311	100
14 Dynamit Nobel AG	14,8	2534	12 ¹⁾	294
15 Howaldtswerke-Deutsche Werft AG	12,4	1081	24	259
16 Rohde & Schwarz	3,7	477	50 ¹⁾	238
17 Standard Elektrik Lorenz AG (SEL)	3,7	477	50 ¹⁾	238
18 Klockner-Humboldt-Deutz AG	33,0	3351	7 ¹⁾	235
19 Magirus-Deutz AG	24,0	4621	5 ¹⁾	231
20 Daimler-Benz AG	12,5	2283	10	228
21 Zahnradfabrik Friedrichshafen AG	183,4	31054	0,7 ¹⁾	217
22 Krupp MaK AG	19,9	2380	7,5 ¹⁾	179
23 Industriewerke Karlsruhe AG (IWK)	3,9	560	31	174
24 Elektronik System Gesellschaft mbH/ Gesellschaft für Logistik mbH	6,0 ¹⁾	640	22 ¹⁾	141
25 Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG)*	1,0	147	95	140
25 Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG)*	1,6	180	80	147

Anmerkungen: 1. Rüstungsanteil aus früheren Jahren übernommen, die für 1980 keine neuen Angaben vorliegen
2. Zahlen für 1979
Quellen: Geschäftsberichte, Unternehmensarchiv im Fachbereich 3 der Universität Bremen

Arbeitsplatz. Die Kollegen stellten 1200 Seiten Vorschläge einschließlich Konstruktionszeichnungen für 150 neue Produkte (von medizinischen Einrichtungen bis hin zu alternativen Energiequellen) zusammen. Ihr Plan scheiterte am Widerstand der Geschäftsleitung und an mangelnder politischer Unterstützung – vor allem der Labour-Party (siehe Literaturliste Mike Cooley...)

In der Bundesrepublik überlegen derzeit in 15 Arbeitskreisen Beschäftigte und Betriebsräte aus Rüstungsbetrieben über alternative Produktionsmöglichkeiten. Am bekanntesten sind Blohm & Voss in Hamburg, MaK und VFW, Bremen. Unterstützt werden sie vom 1978 eingerichteten Gesprächskreis „Wehrtechnik und Arbeitsplätze“ beim Hauptvorstand der IG Metall, in dem die Betriebsratsvorsitzenden der wichtigsten rüstungsproduzierenden Unternehmen mitarbeiten. Welche alternativen Produktionen für freierwerdende Rüstungskapazitäten in Betracht kommen, richtet sich nach den jeweiligen betrieblichen Bedingungen. Bei Blohm & Voss etwa gehen die Überlegungen von Anlagen für Meeresentsorgung, Trinkwasseraufbereitung, Abfallbeseitigung bis hin zu Anlandungssystemen für die Dritte Welt, um auch Schiffe ohne entsprechende Hafenanlagen ent- und beladen zu können. Wissenschaftler der Bremer Univer-

sität um Professor Jörg Huffschildt haben konkrete Umstellungsmodelle für die Waffensysteme Tornado (umweltfreundliche Energiesysteme), Leopard-Panzer (Nahverkehrsmittel) und Fregatte 122 (Meeresforschung) entwickelt.

Ein erhebliches Hindernis für die Vorbereitung und Absicherung einer schrittweisen Rüstungskonversion ist der Widerstand der Unternehmer und die mangelnde Bereitschaft der staatlichen Behörden (siehe Lucas Aerospace). Die IG Metall hat daher bei der Hans-Böckler-Stiftung ein Forschungsprojekt über Möglichkeiten alternativer Produktion in Auftrag gegeben. Dabei werden sicherlich auch

Durchsetzungs-Schwierigkeiten vor Ort und auf gesellschaftlicher Ebene sowie gewerkschaftliche Handlungsspielräume untersucht. Rüstungskonversion sei aber noch kein Mittel der Rüstungskontrolle oder gar der Abrüstung, warnt Klaus Mehrens vor überhöhten Erwartungen der Umstellungsdiskussion. „Sie kann allerdings verhindern, daß zusätzlich zu den ohnehin bestehenden Antriebskräften der Rüstungsdynamik auch mit dem Argument der Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen und mit der verständlichen Existenzangst der betroffenen Kollegen weiterer Druck in Richtung auf mehr Waffenproduktion oder mehr Rüstungsexport erzeugt wird.“

Literatur:
Mike Cooley, Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod, rororo, Reinbek 1982
Albrecht/Lock/Wulf, Arbeitsplätze durch Rüstung, rororo, Reinbek 1978
Die Mitbestimmung, Heft 12/82, Monatszeitschrift der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf
Materialien zum Kongress: Abrüstung ist das Gebot der Stunde, Arbeitsgruppe 6 „Alternative Produktion und Rüstungsexport“, DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend, 4000 Düsseldorf
Jörg Huffschildt, Für den Frieden produzieren, Pahl-Rugenstein, Herbert Wulf, Aufrüstung und Unterentwicklung, rororo
Broschüre zum Antikriegstag, DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend, 4000 Düsseldorf

die tagesszeitung

„Zentralorgan der militanten Staatszerstörer“ (Bayernkurier), „Höhrrohr in die Bewegungen“ (Der Spiegel), „angeblich linksradikal“ (EMMA), „linksradikal“ (Bild), „linksliberal“ (konkret), „szenenah“ (Vorwärts), „Eine der anregendsten Zeitungen in der Bundesrepublik, wohl die ungewöhnlichste überhaupt im Land.“ (Der Spiegel).

Egal wer recht hat: Wer mitreden, sich mitbewegen will, muß die taz lesen:

- **Friedensbewegung total** - so ausführlich, so kontrovers nur in der taz.
- **Der Volkszählungsboykott** ist geschafft - der neue Personalausweis steht uns noch bevor.
- **35 Stunden sind genug!** Nicht für die taz-Gewerkschaftsredaktion, die u.a. aufdeckte, wie die NEUE HEIMAT sich aus Mitgliedsgeldern saniert hat.

Die taz setzt im heißen Herbst zum Aufschwung an:

- mit einer **Wochenendausgabe** am Samstag
- mit einer **Sportseite** am Montag
- mit noch mehr Information, Meinung, Streit, Freude!

täglich eine linke radikale Zeitung!

★
PROBE ABO
Die taz 1 Woche kostenlos.
Bestellen bei:
taz-Abo
Wattstr. 11-12
1000 Berlin 65

Die Vereinigten Flugtechnischen Werke (VFW) in Bremen (seit 1. 1. 1982 mit Messerschmidt – Bölkow – Blohm fusioniert) produzieren im wehrtechnischen Bereich vor allem Kampfflugzeuge. Die meisten Kollegen sind derzeit mit der Herstellung des Tornado beschäftigt. Die Tornado-Produktion läuft '87 aus. Ein Nachfolgeprojekt ist noch nicht abzusehen. Seit anderthalb Jahren existiert bei VFW ein Arbeitskreis „Alternative Fertigung“. Rund 100 Kollegen suchen in drei Arbeitskreisen (Medizin, Energie, Verkehrstechnik) nach Alternativen zur Rüstungsproduktion. 'ran sprach mit dem Betriebsrats-Vorsitzenden Ludwig Hetting.

'ran: Abrüstung, das Gebot der Stunde. Kaum ein Gewerkschaftskongreß, der diese Forderung nicht bekräftigt. Bedeutet Abrüstung nicht eine Bedrohung der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie?

L. H.: Es reicht sicher nicht aus, auf Kongressen Beschlüsse zu fassen. Die Umsetzungsstrategie fehlt. Für uns als Gewerkschafter kann es nur eins geben: Abrüstung. Es darf aber nicht so weit kommen, daß die Kollegen bei der Bundeswehr und in den Rüstungsbetrieben Angst vor Abrüstungs-Erfolgen haben, weil sie ihre Arbeitsplätze verlieren. Die Gesellschaft, die Abrüstung will, muß auch die Rahmenbedingungen schaffen, damit diese Kollegen rechtzeitig neue und wenn möglich sozial nützliche Aufgaben erhalten.

'ran: Für viele Gewerkschafter war es ein Schlüsselerlebnis: Kollegen der Howaldt-Werft demonstrierten aus Angst um ihren Arbeitsplatz für U-Boote ins faschistische Chile – für Waffen, mit denen unsere dortigen Kollegen brutal unterdrückt werden. So weit soll es bei Euch nicht kommen?

L. H.: Kein Betrieb darf mehr von der Rüstung abhängig sein. Dann würde auch niemand in Versuchung kommen, sich für Rüstungsaufträge und -exporte stark zu machen. In solch abhängigen Betrieben hast du es auch als Betriebsrat unge-

mein schwer. Es ist sowieso unverständlich, daß eine Branche wie die Luft- und Raumfahrttechnik, die zu fast 90 Prozent von den Zuschüssen und Aufträgen der öffentlichen Hand abhängt und von der Rüstung lebt, privatrechtlich organisiert ist. Diese Industrie gehört in staatlichen Besitz.

'ran: Wenn Aufträge ausbleiben oder zurückgehen, fällt dem Unternehmer nur noch der Personalabbau ein. Wenn der Unternehmer also nichts mehr unternimmt, müssen Kollegen und Betriebsrat selbst eingreifen?

L. H.: Bei uns in Bremen sollen in den nächsten vier Jahren 1 000 Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren. Seit Jahresanfang '82 sind bereits 600 Leute ausgeschieden. Unsere Überlegung: statt die Kollegen in die Arbeitslosigkeit zu entlassen, gibt es vielleicht Produkte, die diese Kollegen sinnvollerweise entwickeln und produzieren könnten.

'ran: Kritiker werfen euch vor, Eure Vorschläge seien zwar gut, aber der „Markt“ nehme diese neuen Produkte nicht an.

L. H.: Es ist richtig: für unsere Vorschläge geben die Privatunternehmer erst Geld aus, wenn sie so weit entwickelt sind, daß sie Marktchancen hätten. Der Staat gibt aber Milliarden an Forschungsgeldern aus. Privatunternehmer entscheiden dann, was Geld bringt

und deshalb produziert wird. Die öffentliche Hand könnte aber auch Vorgaben für gesellschaftlich nützliche Produkte machen. Die Luft- und Raumfahrttechnik-Industrie wird zu 90 Prozent vom Staat finanziert. Unsere zivilen Alternativ-Vorschläge müßten genauso unterstützt werden.

'ran: Gute Idee, aber wie durchsetzen?

L. H.: Das ist der zentrale Punkt: die Machtfrage. Wir verfügen über die Macht der Belegschaft und der Öffentlichkeit. Unsere Produktvorschläge müssen konkret und machbar sein. Die IG Metall hat bereits klipp und klar erklärt: Wenn die Unternehmer sich solchen vernünftigen Ideen verweigern, werden wir über die Öffentlichkeit Druck auf Management und Bundesregierung ausüben.

'ran: Welche Bedeutung hat für Euch die Friedensbewegung?

L. H.: Wir sind nicht Teil der Friedensbewegung, unterstützen aber ihre Ziele. Die Friedensbewegung darf aber nicht mit „erhobenem Zeigefinger“ die Beschäftigten in den Rüstungsbetrieben und der Bundeswehr abkanzeln. Die Friedensbewegung kann erst dann Erfolg haben, wenn sie die betroffenen Kollegen dort miteinbezieht.

'ran: Welche „Zeigefinger-Ansprüche“ werden denn an Euch gestellt?

L. H.: Boykott von Arbeit an Rüstungsproduktion kommt für uns in der jetzigen Situation nicht in Frage. So etwas ließe sich nur mit einer gewerkschaftlichen Gesamtstrategie verwirklichen. Die gibt's nicht. Und in der jetzigen wirtschaftlichen Lage? Wenn sich unsere Kollegen weigern würden, stünden doch woanders Arbeitnehmer bereit, die diese Produktion mitübernehmen würden – denkt einmal an einen Familienvater mit drei Kindern in der heutigen wirtschaftlichen Situation.

'ran: In Eurem Arbeitskreis arbeiten knapp 100 Kollegen mit. Wie stehen die anderen Euren Aktivitäten gegenüber?

L. H.: Teilweise abwartend, teilweise interessiert und engagiert. Es gibt derzeit keine Sprüche: „Alles Quatsch, macht mehr Rüstung!“ Die Kollegen würden lieber heute als morgen sozial nützliche Dinge statt Kampfbomber herstellen. Dem Wunsch steht die verständliche Sorge um einen sicheren Arbeitsplatz entgegen. Eines ist klar: Sollte die Bundesregierung entscheiden, es gibt ein Nachfolgeprodukt für den Tornado, würden wir unseren bisherigen Anteil am Bau haben wollen.

Die Rheinmetall AG in Düsseldorf (Hauptaktionär mit 78 %: der Stahlkonzern Röchling) produziert vor allem Munition, Panzerkanonen und Geschütze. Hauptprodukt ist derzeit der Leopard (Eigenwerbung: „Unser stärkstes Stück“). Im letzten Jahr verloren aus Rationalisierungsgründen und schlechter Auftragslage 500 Kollegen ihren Arbeitsplatz. Seit 1970 wurde die Belegschaft von 3 000 auf 1 500 halbiert. Trotz dieser schlechten Entwicklung setzt auch der Betriebsrat weiter auf Rüstungsproduktion. Im 'ran-Gespräch die Kollegen Adolf Garth, Willi Heß, Heinz Issel, Udo Müller und Knut Engelke.

'ran: „Die deutschen Gewerkschaften bekräftigen die ablehnende Haltung gegenüber Rüstungsexporten. Sie wiederholen ihre Forderung nach Einrichtung eines Abrüstungsamtes, das eine planvolle Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung ermöglichen soll.“ So der DGB-Bundeskongreß 1982 in Berlin. Ist das uneingeschränkt auch Eure Position?

A. Garth: Wer nur auf Gewerkschaftstagen laut fordert „Rüstung abbauen“, macht es sich zu einfach. Gegen welche Art der Rüstung ist die Gewerkschaft? Nur gegen konventionelle Waffen? Nur gegen Atomrüstung? Dagegen sind wir auch. Wenn ich aber „Ja“ sage zur Bundeswehr, „Ja“ zur NATO – dann muß ich auch „Ja“ sagen zu Waffen.

K. Engelke: Dann sollten wir aber auch die Waffen im eigenen Lande kaufen und produzieren. Und unsere Arbeitsplätze hier sichern. **'ran:** Ihr würdet den Slogan „Rüstung sichert Arbeitsplätze“ voll unterstreichen?

W. Heß: Mit Waffen-Produktion hat ein Betrieb wie Rheinmetall auch langfristig eine Perspektive.

K. Engelke: Stell Dir 'mal vor, wir würden sagen: die Bundeswehr muß weg. Die Arbeitslosenzahlen würden um Millionen steigen. Soldaten, Rüstungsindustrie,

die vielen Zulieferer und Versorgungsbetriebe.

W. Heß: Unser Hauptprojekt ist der „Leopard“. Wenn so ein Projekt ersatzlos auslaufen würde, müßten wir noch mehr Kollegen entlassen.

H. Issel: Bei so einem Riesenprojekt wie dem „Leopard“ sind über 200 Firmen beschäftigt, und die haben wieder jede Menge Zulieferer. Kleine Klitschen, die nur von diesen Aufträgen leben.

'ran: Nun haben Waffen neben der Eigenschaft, daß sie gekauft und produziert werden und damit Arbeitsplätze sichern, auch noch den Nachteil, daß sie töten.

H. Issel: Wir wollen natürlich nicht, daß unsere Waffen gebraucht werden. Von uns aus könnten sie irgendwo vergammeln und verrotten.

A. Garth: Wir sind alle nicht für Krieg. Aber Rüstung ist – man mag es bedauern – zur Zeit die beste Verteidigung. **'ran:** „Frieden schaffen ohne Waffen“ gilt nicht?

W. Heß: Eine Welt ohne Waffen wird es nie geben. Schöne Utopie. Ein Gleichgewicht der Waffen verhindert Krieg. Da, wo Ungleichheit herrscht, ist der Frieden gefährdet.

K. Engelke: Mir hat der Konflikt Iran/Irak zu denken gegeben. Nach dem Sturz des Schahs gingen die Amerikaner 'raus, das Offiziers-

Korps war teilweise gesäubert. Der Iran bot insgesamt ein schwaches Bild. Und genau zu diesem Zeitpunkt griff der Irak an, weil er sich überlegen fühlte.

'ran: Ein anderes Thema: Rüstungsexport. Gilt auch hier der Grundsatz: Arbeitsplätze vor Moral?

A. Garth: Das ist nicht unser Problem. Wir liefern zu 95 Prozent an die Bundeswehr, der Rest geht an NATO-Länder.

'ran: Die Staatsanwaltschaft sieht das anders (Gegenführende Mitarbeiter von Rheinmetall läuft ein Anklageverfahren wegen „illegalen Waffentransports“, die Red.).

A. Garth: Falsch, die Staatsanwaltschaft versucht seit fünf Jahren, Rheinmetall Verstöße gegen das Waffenexport-Gesetz nachzuweisen. Ohne Erfolg.

H. Issel: Export wollen wir nicht unbedingt. Aber ich will Dir 'mal eins sagen: Wir haben oft kein Verständnis, wenn unsere ausländischen Freunde dürfen, was wir nicht dürfen. Uns unter Saudi-Arabien zu liefern. Die Amerikaner decken den gesamten Nahen Osten mit Waffen zu.

'ran: Viele Eurer Kollegen in anderen Rüstungsbetrieben sehen in der Umstellung auf zivile Produktion einen Weg, aus der Rüstungsabhängigkeit herauszukommen.

U. Müller: In kleinen Bereichen machen wir auch

schon etwas anderes (z. B. Crash-Anlagen für Autofirmen). Eine Umstellung im größeren Stil scheint mir unmöglich. Allein vom technischen Aufwand und dem Marktvorsprung der Konkurrenz. Außerdem: Wir können viele Vorschläge machen, entscheidend ist, ob der Markt sie annimmt. Wir Betriebsräte haben doch auch nicht das Kapital.

'ran: In der Belegschaft wird ähnlich gedacht? Oder gibt es da – auch angeregt durch die Friedensbewegung – kontroverse Diskussionen?

H. Issel: Wir sind auch für den Frieden. Nur über den Weg kann man sich streiten. Die Friedensbewegung hat ihre Meinung – wir haben unsere.

A. Garth: Jeder, der bei Rheinmetall anfängt, weiß, was hier produziert wird. Es sind auch nur zwei Fälle über Jahrzehnte bekannt, wo Leute aus „moralischen“ Gründen wieder gekündigt haben.

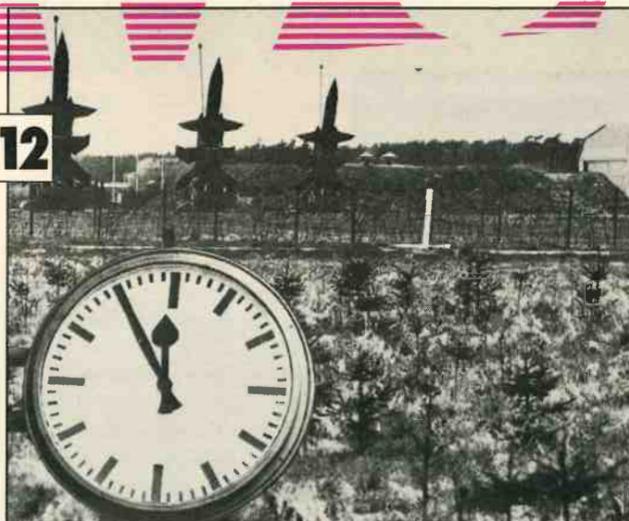
W. Heß: Als bei uns 500 Mitarbeiter im letzten Jahr ihren Arbeitsplatz verloren, haben uns die Kollegen gedrängt, für den Erhalt der Arbeitsplätze zu demonstrieren. Es sollten nicht immer nur die „anderen“ in Bonn marschieren.

H. Issel: Den meisten Kollegen hier ist ziemlich egal, was sie herstellen. Die würden auch „Pißpötte“ produzieren, wenn dadurch ihr Arbeitsplatz gesichert wäre.

5 MINUTEN VOR 12

Düsseldorf. „Es ist fünf Minuten vor zwölf!“ Unter diesem Motto haben der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften alle Beschäftigten aufgerufen, am 5. Oktober von 11.55 bis zwölf Uhr die Arbeit niederzulegen. Mit diesen fünf „Mahn-Minuten“ wollen die Arbeitnehmer ihren Willen zu Frieden und Abrüstung bekunden und zugleich an die in Genf verhandelnden Großmächte appellieren, ihre Raketen-Abrüstungsverhandlungen erfolgreich abzuschließen.

Die Arbeitgeberseite protestiert dagegen in bemerkenswerter Weise: Das sei



eine Verletzung des Arbeitsvertrages, weil der Demonstration „keine sozialen Motive“ zugrundelägen. Frieden – ein „unsoziales“ Problem?

„JOURNALISTEN“ MIT POLIZEI-AUSWEIS?

Osnabrück. Als Journalisten getarnt sollen sich bei einer Demo in Osnabrück zwei vermeintliche Beamte der Kripo mit Kameras unter die Demonstranten gemischt haben. Das behauptet jedenfalls der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) aufgrund glaubwürdiger Aussagen zweier Berufskollegen. Denn diesen fielen die beiden Männer auf, als sie bei einem weiteren Polizeieinsatz erneut auftraten: Diesmal mit Gummiknüppel und Handschellen. Niedersächsisches Innenministerium: „Schlechthin undenkbar.“ DJV: „Wir bleiben dabei.“

PFLICHTFACH „ARBEIT“



Hannover. Fortschrittliches ist zu hören aus dem Land der rückschrittlichen „Albrecht-Thesen“: Niedersachsens Kultusminister Oschatz fordert, daß alle Schüler der allgemeinbildenden Schulen künftig vor ihrem Schulabschluß ein Betriebspraktika absolvieren sollen. Eine Betriebspraxis sollten nach Auffassung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auch alle Lehrer vorweisen können, bevor sie den Nachwuchs unterrichten dürfen. Praktische Kenntnisse der Betriebswelt müßten die Lehreraufbahn „von der Schule über die Uni zur Schule“ ergänzen, forderte GEW-Vorsitzender Wunder.

JUDENMORD ALS „LEGENDE“ VERHÖHNT

Göttingen. Zu einem nicht gerade alltäglichen Vorgehen hat sich die Georgia-Augusta-Universität in Göttingen entschlossen: „Wegen Unwürdigkeit“ ist dem ehemaligen Hamburger Oberfinanzrichter Wilhelm Stäglich der 1951 verliehene Grad eines Dr. jur. entzogen worden. Stäglich ist der Autor

des judenfeindlichen Machwerks „Der Auschwitz-Mythos“. Darin wird der staatlich organisierte Massenmord an Juden im Dritten Reich als „Legende“ verhöhnt, die „von den Juden selbst erfunden“ worden sei, „um auf diese Art und Weise das deutsche Volk finanziell und politisch erpressen zu können.“



Düsseldorf. Mit immer unverhüllteren Drohungen und massiven Repressalien reagieren einige Unter-

AMOKLAUF GEGEN GELTENDES RECHT

nehmer hierzulande, wenn Auszubildende von ihren gesetzlich-zugesicherten Rechten Gebrauch machen wollen. Mit späterer Nichtweiterbeschäftigung bedrohte der Betriebsleiter der Maschinenbau GmbH Spirka in Alfeld zwei Azubis, die an einem Bildungsurlaub der IG Metall teilnehmen wollten. Die Firma Stüken in Rinteln, größter Ausbilder am Ort, will künftig keine Facharbeiter mehr aus-

bilden. Grund: Auf Kosten auszubildender Jugendlicher will er die Einführung eines demokratisch beschlossenen Gesetzes, des Berufsbildungsjahres, boykottieren. Angeblich „unerfüllbare“ Forderungen der IG Metall sind der Grund für den Erpressungsversuch des Dreihahnenwerks in Bremen: Azubis sollen nicht mehr eingestellt werden. Und das bei 655 000 Lehrstellensuchenden!

NAZI-MARSCH

München. Deutschlands Rechtsradikale werden immer dreister. Neonazi-„Führer“ Michael Kühnen (rechts) hat für den 9. November 1983 eine „zentrale Kundgebung“ in München zum 60. Jahrestag des Nazi-Marsches auf die Feldherrnhalle angekündigt. Am 9. November 1923 versuchte die damalige Splittergruppe NSDAP mit einem Marsch durch die Innenstadt erstmals das deutsche Volk „aufzurütteln“ (unten). Der 9. November hat aber noch eine andere, grausige Vergangenheit: 1938 brannten in der sogenannten „Reichskristallnacht“ Synagogen, wurden jüdische Geschäfte und Wohnungen geplündert, Menschen ermordet und über 30 000 Juden in KZ verschleppt. Man recherchierte. Bayerisches Innenministerium: „Polizeibehörden sind informiert“. Ordnungsamt München: „Bisher keine Anmeldung“. DGB-Bayern: Sollte es zur Kundgebung kommen, werden wir selbstverständlich aktiv.“



ABFUHR FÜR SEKTEN

Düsseldorf. Die Düsseldorfer Niederlassung der Scientology-Kirche ist ein „wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb“. Mit dieser Begründung hat das Oberlandesgericht Düsseldorf die von Anhängern der Jugendsekte beantragte Eintragung in das Vereinsregister abgelehnt. Damit hätten die Richter bestätigt, daß gewisse pseudo-religiöse Gruppen weniger das Wohl ihrer meist jungen, unerfahrenen Mitglieder als vielmehr die einträglichen Geschäfte durch den Verkauf von Seminaren und Kursen im Auge habe, begrüßte NRW-Justizministerin Inge Donepp das Urteil. Die Politikerin appellierte zugleich an die zuständigen Behörden, künftig verstärkt „die rechtswidrigen Praktiken dieser Vereinigungen“ zu unterbinden. Als „gefährlich“ bewertete es allerdings Donepps Ministerkollege, Friedhelm Farthmann, daß die „Scientology“ nach diesem Urteil sich nunmehr eine Reihe von Tarnorganisationen zugelegt habe.

Atomwaffen-Standorte

Die aktuellste Lagekarte aller Atomwaffen-Standorte in der Bundesrepublik Deutschland (Stand der Recherchen: August 1983)

Es ist allgemein, einige bisher nicht bekannte Standorte zu bezeichnen. Andererseits fehlen eine Reihe bisher unbekannter Standorte. Die Karte ist eine grobe Orientierungshilfe, ein paar Atomwaffenlager auf der Karte zu bezeichnen. Und in den nächsten Jahren werden viele der Nike-Herkules und der Doplets für nukleare Sprengköpfe verschwinden. Der Grund: Die NATO führt konventionelle »intelligente«-Waffen ein, »Quasi-Atomwaffen«, die in ihrer Vernichtungswirkung den Atomwaffen gleichkommen. In sogar manchmal noch »wirksamer« sind. Obwohl keine Abrüstung, sondern ein weiterer Schritt, mit dem der Krieg in Europa wieder führbar und – was manche Militärspezialisten hoffen – »begrenzt« zu werden. Die Atomwaffen werden aber nicht verschwinden, so hat das, was die »Frankfurter Allgemeine« schreibt, nichts mit einer »Selbstentwaffnung« zu tun. »Es bleiben genug, behalte die Sowjetunion mehr davon – es macht nichts... Eine Abrüstung der Bestände an nuklearen Gattschweifen ist nicht als erster Schritt zu einem Verzicht auf Kernwaffen zu verstehen«, ist zu lesen. »Im Gegenteil.«

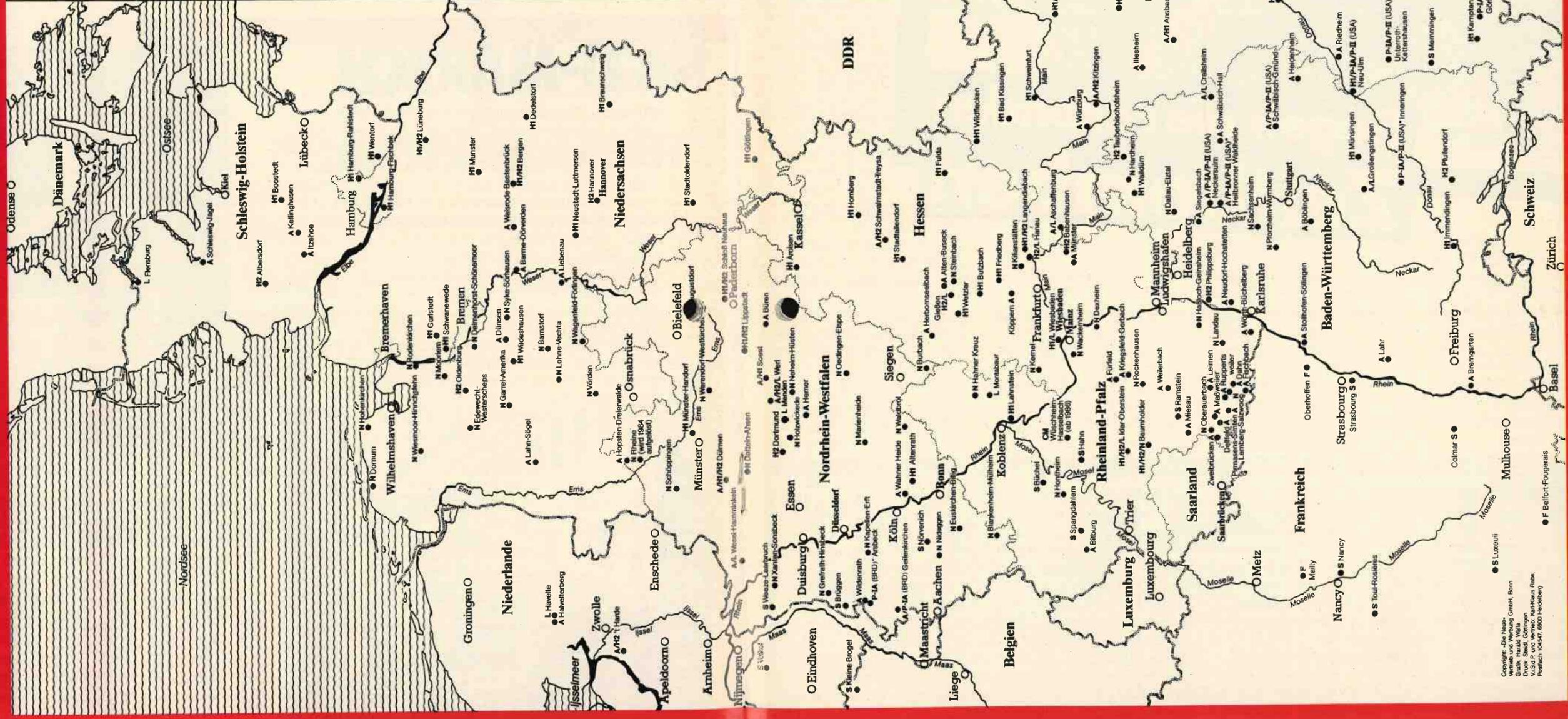
Machen wir uns nichts vor: Wenn ein paar Punkte auf dieser Karte dem nicht verschwiegen werden, dann hat das nichts mit »einer Abrüstung« zu tun. Die Karte zeigt die Standorte von Atomwaffen, die bestimmt, liegt zu weit, die das gleiche lauten, sprich: zentralen können.

- Depots**
Lager für Atomsprenköpfe
geplant: Abzug von 3.000 nuklearen Sprengköpfen aus Westeuropa, so daß vermutlich zahlreiche Depots aufgelöst werden
- Atomwaffen-Trägersysteme (mobil)**
Hauzitzen (Substratleitern) vom Kaliber 155 mm
Reichweite: ca. 200 Kilometer
geplant: für konventionelle »intelligente«-Munition (Quasi-Atomwaffen)
geplant: für chemische Granaten und Neutronensprengköpfe
- Hauzitzen (Substratleitern) vom Kaliber 203,2 mm**
Reichweite: ca. 200 Kilometer
geplant: für konventionelle »intelligente«-Munition (Quasi-Atomwaffen)
- Lance-Raketen**
Reichweite: ca. 120 Kilometer
geplant: für konventionelle »intelligente«-Munition (Quasi-Atomwaffen)
Reichweite: ca. 400 Kilometer
- Perating-JA-Raketen der Bundes-Luftwaffe**
Reichweite: ca. 720 Kilometer
geplant: Ersatz durch Perating-II-Raketen mit einer Reichweite von ca. 1.800 Kilometer
- Perating-II (USA)**
Reichweite: ca. 720 Kilometer
geplant: Ersatz durch Perating-II-Raketen mit einer Reichweite von ca. 1.800 Kilometer

Trägersysteme mit Atomsprenköpfen, davon ein Teil in ständiger Einsatzbereitschaft (Quick Reaction Alert), also in kürzester Zeit startbar

- Nike-Herkules-Raketen**
Reichweite: ca. 150 Kilometer
für konventionelle und atomare Sprengköpfe
zur Zeit beziehungsweise geplant in den nächsten Jahren: Auflösung der bisherigen, niederländischen und US-amerikanischen Nike-Herkules-Stellungen in 1984. Stationierung von konventioneller »intelligenter«- und mobiler Patriot-Raketen im süddeutschen Raum, zum Beispiel in Gießen, Erfensee, Babenhausen (siehe Hesse) sowie in Landau (Rheinland-Pfalz); Reichweite: bisher unbekannt; Patriot sollen angreifende Atomraketen, so auch die SS-20, Kampfflugzeuge und feindliche Bodenziele »unschädlich« machen
- Patriot-Raketen (Quasi-Atomwaffen)**
Reichweite: ca. 150 Kilometer
geplant: Ersatz der Nike-Herkules-Raketen der Bundes-Luftwaffe durch Patriot-Raketen (Quasi-Atomwaffen)
- Quick-Reaktion-Alert-Stellung für Perating-I-Raketen der US Army**
geplant ab Anfang 1984; Ersatz durch Perating-II-Raketen
- Quasi-Strategische Stellung der Bundes-Luftwaffe**
geplant: Ersatz durch Perating-II-Raketen
- Militärflugplatz mit »Strike«-Stellen der Luftwaffe (atomar bestückte Kampfflugzeuge und Depot für Atomsprenköpfe)**
geplant: Ausrüstung auch mit konventioneller »intelligenter«-Munition (Quasi-Atomwaffen)
- Cruise Missiles der US Air Force (mobil)**
Reichweite: ca. 2.400 Kilometer
geplant: Stationierung ab 1986
- Patriot-Raketen (Quasi-Atomwaffen)**
Reichweite: ca. 120 Kilometer
für Atomsprenköpfe

Nähere Informationen zum Thema enthält die Broschüre »Atomwaffen in der Bundesrepublik«. Sie kostet 5,00 DM (Mengenrabatt wird auf Anfrage mitgeteilt). Versand nur gegen Vorkasse! Bestellungen an: Kart-Klaus Faber, Postfach 10 45 47, 6900 Heidelberg.



Copyright: Die Neue Welt und Werner, GmbH, Bonn
Druck: Harald Walla
Dietrich, Steudt, Köln
Postfach 104547, 6900 Heidelberg



**Friedensbewegung vor Ort:
zum Beispiel Hemer**

**Gegen die rollenden
Zeitbomben**

bomben“, so der IKZ. Die britischen Streitkräfte transportieren ihren Treibstoff in Tankwagen, die den Sicherheitsvorschriften offenkundig nicht genügen. Kürzlich geriet einer von ihnen in der Stadt in Brand – beladen mit 4 200 Litern Benzin. Unter Lebensgefahr kletterten Feuerwehrleute auf das explosionsgefährdete Fahrzeug und löschten den Brand, ehe die Flammen sich bis zu den Tanks durchgefressen hatten.

Eine Umweltkatastrophe wurde dennoch daraus: Die Briten ließen den Tankinhalt kurzerhand in ein nahegelegenes Wasserschutzgebiet auslaufen – bis zu 3,50 Meter Tiefe muß das Erdreich nun abgetragen werden. Vorkommnisse dieser Art „erleichtern“ der Friedensinitiative die Arbeit, die in der konservativen Kleinstadt schwer genug ist. Als die Initiative sich vor rund eineinhalb Jahren gründete, versuchten lokale Presse und Honoratioren zunächst, sie als „einseitig“ und „kommunistisch unterwandert“ zu diffamieren. Das hat sich geändert. Wesentlich mit dazu beigetragen hat eine Aktion, mit der die Gruppe vor einigen Monaten überregional Schlagzeilen machte. Sie erstellte eine Broschüre über das ehemalige Kriegsgefangenenlager „Stalag VI A“,

Es war alles so schön geplant: Der 6. August fiel dieses Jahr auf einen Samstag, auf einen verkaufsoffenen noch dazu. Außerdem versprach das Wetter, wie fast den ganzen Sommer über, mitzuspielen. Die Aktion mitten im Stadt- und Einkaufszentrum mußte einfach eindrucksvoll werden. Doch ausgerechnet der 6. August war einer der wenigen verregneten und kalten Sommertage dieses Jahres. Die erwarteten Passanten blieben aus. Statt dessen standen nur ein paar Unentwegte, bei strömendem Regen, vor dem großen Transparent mit der Aufschrift: „6. 8. 1945: Hiroshima – 6. 8. 1983: Die Toten mahnen!“ „Dreimal hab' ich mich an dem Tag umgezogen, ich war naß bis auf die Haut“, sagt Bernd, 23, Mitinitiator

der zwölfstündigen Mahnwache für die rund 350 000 Todesopfer, die der Atombombenabwurf über der japanischen Stadt vor 38 Jahren forderte. Die ins Wasser gefallene Mahnwache war Auftakt einer Reihe von Aktionen, mit denen die Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung des Sauerland-Städtchens Hemer, nahe Iserlohn, ihre Mitbürger vor Ort gegen die geplante Raketenstationierung mobilisieren will. Zündstoff, im wahrsten Sinne des Wortes, bietet die Stadt genug: Hemer ist Bundeswehr-Standort, außerdem sind hier britische und kanadische Soldaten stationiert. Und in manchen Übersichtskarten von Atomwaffenlagern in der Bundesrepublik taucht der Name Holzen auf, ein Ort 20

Kilometer von Hemer entfernt. Dort werden Kurzstreckenwaffen vom Typ Nike Hercules, die mit Atomsprengköpfen versehen sind, gelagert. Militär und Rüstung empfinden viele Hemeraner nicht nur als abstrakte Bedrohung, hier wird sie oft hautnah erlebt. Etwa wenn Maschinen der Bundeswehr-Luftwaffe im Tiefflug über den Iserlohner Raum donnern, was die Stadtväter jedesmal „mit sorgenzerfurchter Stirn beobachten“, wie der „Iserlohner Kreisanzeiger“ notierte. Denn zahlreiche Hubschrauber und Segelflieger – es gibt drei Segelflugplätze in der Region – erhöhen das Risiko eines Zusammenpralls gewaltig. Doch auch zu Lande droht Gefahr von „rollenden Zeit-

das sich während des Zweiten Weltkriegs in Hemer befand und nach 1945 weitgehend totgeschwiegen wurde (siehe auch 'ran 2/83). „Seitdem“, sagt Andreas, 25, „wird nicht mehr so plump über uns berichtet.“ Einen kleinen Erfolg konnte die Bürgerinitiative jetzt verbuchen: Die Stadtverwaltung hat kürzlich zugesichert, daß sie Hinweisschilder zum Kriegsgefangenen-Friedhof aufstellen will, der außerhalb der Stadt liegt. Schwieriger als die lokale Vergangenheitsbewältigung gestaltet sich die Überzeugungsarbeit gegen die „chrüstung“. „Ich kann nicht verstehen“, sagt Paul, „daß so viele Angehörige meiner Generation; die den letzten Krieg noch miterlebten, immer noch so militant denken.“ Der 60jährige und seine Frau Ilse gehören zu den Hauptaktivisten der Initiative, in der alle Schichten und Altersstufen vertreten sind. Auch die politische Zusammensetzung ist bunt. „Bei uns kann jeder mitmachen“, sagt Norbert Kick, 69 und ehemaliger CDU-Wähler. „Ob einer Christ oder Kommunist, Sozialdemokrat oder Grüner ist, spielt keine Rolle.“ Norbert Kick wurde 1943 ins Wachpersonal des Hemeraner Kriegsgefangenenlagers abkommandiert. Seine Kriegserfahrungen sind wesentliches Motiv für sein heutiges Engagement für den Frieden. Andreas und seine

Frau Gabysind vor wenigen Wochen Eltern einer Tochter geworden. Sofern seine Ernsthaftigkeit und sein Einsatz in der Friedensbewegung überhaupt noch zu steigern sind, sagt Andreas, ist es „sicherlich durch unser Kind bedingt.“ Seit einiger Zeit trifft die Initiative sich nun wöchentlich statt wie sonst vierzehntägig, jeweils Freitag abends im Hinterzimmer des Hotel Meise. Für diesen „Raketenherbst“ gibt es einiges zu organisieren. Der Hiroshima-Mahnwache, mit der die Aktionsreihe begann, folgte eine zweiwöchige Ausstellung in der Stadtparkasse mit amerikanischen Bilddokumenten. Die meisten davon waren zuvor in US-Archiven unter Verschuß gehalten worden. Wohl zu eindrucklich zeigen die wenige Tage nach dem Bombenabwurf hergestellten Aufnahmen das Ausmaß der Katastrophe. Jeden Samstag vormittag werden Gruppenmitglieder zum Info-Stand im Einkaufszentrum eingeteilt. Auf längere Diskussionen lassen sich jedoch nur wenige Passanten ein; die Unterschriftenliste zum Krefelder Appell wird nur allmählich voll. Ein paar Schritte abseits steht Petra, 21, ins Gespräch vertieft mit einer Frau. Enttäuscht kommt sie zum Stand zurück: „Das war meine Tante, sie wollte nicht unterschreiben.“ Aber es gibt auch Erfolgser-



lebnisse. Andreas wurde kürzlich offiziell als Vertreter der Friedensinitiative von einer Hauptschule eingeladen und hielt einen Vortrag zum Rüstungswahnsinn. Als zwei Tage später ein Bundeswehr-Offizier in die Klasse kam, haben ihn die Schüler völlig aus dem Konzept gebracht, teilte der Klassenlehrer später mit. Diskussionen mit Vertretern der Bundeswehr am Ort gehören zu den bevorzugten Veranstaltungen der Initiative. „Die geraten immer schnell in Argumentationsnotstand“, hat Paul festgestellt. Einige Gruppenmitglieder haben sich indes zu regelrechten Rüstungsexperten gemauert. Für den Herbst will die Gruppe massiv Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Mit Jusos, Grünen, der DFG/VK und anderen schloß sie sich zu einer

„Bürgeraktion Raketenstopp“ zusammen. Wöchentlich wollen sie Unterschriften sammeln, die dann in der Samstagsausgabe der Lokalzeitung jeweils als Anzeigereise erscheinen werden. „Es soll deutlich werden“, sagt Bernd, „daß der Widerstand ständig wächst.“ Und von Reklametafeln, auf denen sonst der Marlboro-Cowboy das Feeling von Freiheit und Abenteuer verbreitet, soll im Oktober für Frieden und Abrüstung geworben werden. 6,70 Mark plus Mehrwertsteuer kostet die Miete täglich für die acht Quadratmeter große Fläche. Auf einem Treffen kürzlich Freitag abends kamen spontan 1 050 Mark dafür zusammen. Und dies nicht nur, so wurde übereinstimmend versichert, weil ein Mitarbeiter von 'ran dabei war.

Roland Kirbach

ANZEIGE

<p>HALLO NICARAGUA Sach-Comic</p>	<p>Lesen macht stark</p> <p>Rius Hallo Nicaragua Sach-Comic 144 S., 12,80 DM</p> <p>Lottemi Doormann Bewegen was mich bewegt Von Frauenfragen, MännerBildern und Utopien 320 S., 16,80 DM</p>	<p>Lottemi Doormann BEWEGEN WAS MICH BEWEGT</p>	<p>GRÜNZEUG Stories vom Bund</p>	<p>H.-J. Kawalun (Hg.) Grünzeug Stories vom Bund 176 S., illustriert, 9,80 DM</p> <p>Im Buchhandel erhältlich</p> <p>Postfach 789 46 Dortmund</p>
--	--	--	---	---

ANZEIGE

Zur Erinnerung . . .

Atomwaffen? Nein!

Luise Albertz, Oberbürgermeister
Dr. Rudolf Amelunxen, Justizminister
Stefan Andres, Schriftsteller
Heinrich Böll, Schriftsteller
Prof. Max Born, Nobelpreisträger
Max Brauer, Bürgermeister
Dr. Thomas Dehler, MdB
Walter Dirks, Schriftsteller
Axel Eggebrecht, Schriftsteller
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Walter Hagemann,
 Dir. des Instituts für Publizistik, Münster
Prof. D. Oskar Hammelsbeck
Dr. Dr. Gustav Heinemann, MdB,
 Bundesinnenminister a. D.
Prof. D. Hans Iwand

Hans H. Jahnn, Präsident
 der Freien Akademie der Künste, Hamburg
Erich Kästner, Schriftsteller
H. F. Kloppenburg, D.D., Oberkirchenrat
Prof. Dr. Eugen Kogon
Ernst Kreuder, Schriftsteller
Dr. Wilhelm Lehmann, Schriftsteller
Pfarrer Dr. Dieter Linz
Paul Löbe, Reichstagspräsident a. D.
Dr. Dr. h. c. Marie-E. Lüders, MdB
Prof. Wilhelm Maler,
 Leiter der westfälischen Musikakademie
D. Martin Niemöller, Kirchenpräsident
Erich Ollenhauer, MdB
Georg Reuter, stellv. Vorsitzender d. DGB
Willi Richter, Vorsitzender des DGB

Martha Saalfeld, Schriftstellerin
Paul Schallück, Schriftsteller
Prof. Dr. G. Schaltenbrand,
 Universitätsprofessor, Würzburg
Prof. Dr. Carlo Schmid,
 Vizepräsident des Deutschen Bundestages
Fritz Steinhoff, Ministerpräsident
D. Hans Stempel, Kirchenpräsident
Bernhard Tacke,
 stellv. Vorsitzender des DGB
Prof. D. Heinrich Vogel, Berlin
Prof. Dr. Alfred Weber,
 Universitätsprofessor, Heidelberg
Prof. Dr. Walter Weizel,
 Universitätsprofessor, Bonn
Helene Wessel, MdB
Prof. D. Ernst Wolf,
 Universitätsprofessor, Göttingen

Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“, Innenminister a. D. Dr. Walter Menzel, Bonn-Venusberg, Ahornweg 29. Druck: Graphische Gesellschaft Grunewald GmbH., Berlin

Kampf dem Atomtod 1958

Der Hauptvorstand der Industriergewerkschaft Bau-Steine-Erden hat nach eingehenden Beratungen einstimmig beschlossen, Bauarbeitern, die aus Gewissensgründen die Arbeit am Bau von Raketenabschußbasen und sonstigen Rüstungseinrichtungen verweigern, den vollen Schutz der Gewerkschaft zukommen zu lassen.

Quelle: DGB-Nachrichten-Dienst vom 28. März 1958

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den Beschluß der Gewerkschaften, ihren Mitgliedern gewerkschaftliche Hilfe zu leisten, die sich aus Gewissensgründen weigern, an der Errichtung von Abschlußbasen für Atomraketen mitzuwirken.

Quelle: DGB-Nachrichten-Dienst vom 28. März 1958

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt die Initiative des Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod“. Er wird diese Aktion nachdrücklich unterstützen. Der Bundesvorstand wird einheitliche Protestdemonstrationen gemeinsam mit

dem Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“ im ganzen Lande durchführen.

Quelle: DGB-Nachrichten-Dienst vom 28. März 1958

Widerstand! Es ist so weit. Jeder denkende Mensch muß sich entscheiden: Für oder gegen die Atomrüstung in der Bundesrepublik. Die Antwort kann niemand anderen überlassen, nicht „denen da oben“, nicht dem Bundestag, der Regierung oder einer Organisation, wie auch immer sie heißen mag. Rüstung verschärft die inneren und äußeren Gegensätze, und Atomrüstung steigert sie auf ein fast unerträgliches Maß. Wo soll da die Demokratie bleiben?

Quelle: Kurt Brumlop, Chefredakteur der DGB-Funktionärszeitung „Die Quelle“, April 1958

Wir leben in einer Welt ohne Frieden. Kaum war der letzte Vernichtungskrieg beendet, da begannen die Großmächte von neuem ihr Wettrüsten. Seit Jahren mahnen die unabhängigen Gewerkschaften der freien Welt die Staatsmänner, ihre Streitkräfte abzurüsten und vor allem mit der Herstellung von Atomwaffen aufzuhören. (Der

DGB-Vorsitzende Willi Richter zum 1. Mai 1958).

Quelle: DGB Nachrichten-Dienst vom 29. April 1958

Deutschland dient dem Frieden der Welt am besten, wenn es sich atomwaffenfrei hält. Es genügt nicht, gelegentlich einmal festzustellen, daß man gegen die Atomrüstung Deutschlands ist – und dann diese Atomrüstung hinzunehmen. Die Gewerkschaftsjugend muß in der ersten Reihe derjenigen stehen, die die Stumpfheit des „Doch-nichts-dagegen-tun-Könnens“ durchbrechen.

Quelle: DGB-Jugendfunktionärs-Zeitschrift Solidarität, April/1958

Auf keinen Fall bedeutet der bei der letzten Bundestagswahl erworbene Abgeordnetensitz einen Freibrief für Atomaufrüstung und Massenmord.

Quelle: Peter Claassen, Mitglied des DGB-Landesvorstandes NRW, in: Die Quelle, Mai 1958

Basen für Raketen sind Untergangsmagneten. Wer sie baut, dessen Hand zieht den Tod ins eigene Land.

Quelle: Solidarität 4/58

Das deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze ist im Falle eines Krieges zwischen Ost und West dem sicheren Atomtod ausgeliefert. Einen Schutz dagegen gibt es nicht. Beteiligung am atomaren Wettrüsten und die Bereitstellung deutschen Gebietes für Abschlußbasen von Atomwaffen können diese Bedrohung nur erhöhen.

Ziel einer deutschen Politik muß deshalb die Entspannung zwischen Ost und West sein. Nur eine solche Politik dient der Sicherheit des deutschen Volkes und der Existenz eines freiheitlich-demokratischen Deutschlands. Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf, den Rüstungswettlauf mit atomaren Waffen nicht mitzumachen, sondern als Beitrag zur Entspannung alle Bemühungen um eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu unterstützen. Wir rufen das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied des Standes, der Konfession oder der Partei auf, sich einer lebensbedrohenden Rüstungspolitik zu widersetzen und statt dessen eine Politik der friedlichen Entwicklung zu fördern. Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht.

Quelle: Aufruf der Kampagne „Kampf dem Atomtod“, unterschrieben u. a. vom DGB-Vorsitzenden Willi Richter (siehe Poster, linke Seite)

Jena. Der Name dieser thüringischen Universitäts- und Industriestadt ist im Westen zu einem Symbol geworden.

Seit Jahren ist die beschauliche 100 000-Einwohner-Stadt an der Saale im Gerede, weil dort immer wieder junge Leute politisch aktiv werden und deshalb mit den Behörden ihres Staates, der DDR, in Konflikte geraten. Höhepunkt dieser Entwicklung war bisher die Bildung einer „Friedensgemeinschaft Jena“, die durch eigenwillige, spontane Aktionen auffiel. Doch in diesem Jahr wurde die „Friedensgemeinschaft“ zerschlagen. Die staatlichen Stellen sorgten dafür, daß die meisten der Aktiven – teils freiwillig, teils durch Druck, einer sogar mit Gewalt – ihre Heimat in westlicher Richtung verließen.

Von den bundesdeutschen Medien sind diese Ereignisse stärker beachtet worden als alles, was sonst in der DDR geschieht. Viele Berichte erweckten den Eindruck, als habe sich in Jena der Kerneiner „antikommunistischen Opposition“ gebildet. Oder sie stellten die Tatsachen so dar, als ob in der DDR eine „Friedensbewegung“ aufgebaut würde, die mit derjenigen im Westen vergleichbar sei.

Beides ist falsch. Die Leute aus Jena haben sich nie als Opposition verstanden. Sie wollten in der DDR etwas für den Frieden tun, aber ohne sich in die von oben zentral gelenkte staatliche „Friedensbewegung“ einzureihen. Die Staatspartei SED und ihr Nachwuchsverband, die Freie Deutsche Jugend (FDJ), behaupten einfach, sie seien die führenden Kräfte im Kampf um den Frieden,



Friedensarbeit in der DDR
Schwerter zu Pflugscharen

und die Bevölkerung sei in dieser Frage mit der Regierung einig.

Einige tausend – nicht hunderttausende wie im westlichen deutschen Staat – vorwiegend junge Menschen in der DDR haben dennoch eigene Vorstellungen. Sie wollen jedoch keine Konfrontation mit dem Staat, in dem sie leben, und nehmen den Friedenswillen der SED-Führung auch ernst. Sie haben nur andere Meinungen darüber, wie der Frieden zu sichern ist. Die in der DDR regierende Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hat die These aufgestellt: „Sozialismus gleich Frieden.“

Doch der Alltag im anderen deutschen Staat zwischen Elbe und Oder sieht so aus: Schon die Jüngsten werden systematisch an Waffen und Militär gewöhnt. „Wenn ich groß bin“, singen die Vierjährigen im Kindergarten, „gehe ich zur Volksarmee. Ich steige in einen Panzer, ratata, ratata“, und sie klatschen dazu begeistert in die Hände. Oder sie trällern das Lied: „Hör ich die Soldaten singen, laß ich all mein Spielzeug stehn, und ich renne auf die Straße, die Soldaten muß ich sehn.“

In den Spielzeugläden von Rostock bis Dresden gibt es neben allerlei Kriegsgerät fürs Kinderzimmer auch das Manöver-Brettspiel „Wiesel ruft Eidechse“, bei dem derjenige gewinnt, der „mit min-

destenseinem Panzer und einem Schützenpanzerwagen den Stab der anderen Manövergruppe besetzt“. Bei einem Treffen der DDR-Kinderorganisation „Thälmann-Pioniere“ ratterten während einer „Feldparade“ Minipanzer mit zwölfjährigen Steppkes als „Kommandanten“ vorbei.

In den Lehrplänen der Schulen sind vormilitärische Ausbildung und Wehrkundeunterricht längst feste Bestandteile. Vor einem Jahr traten neue Richtlinien für die vormilitärische Ausbildung in Kraft. Schwerpunkte sind die frühzeitige Spezialisierung auf eine bestimmte Laufbahn in der Nationalen Volksarmee (NVA) „und nicht zuletzt auch die Treffsicherheit der angehenden Soldaten in der Schießausbildung“.

All dies macht viele alte und junge DDR-Bürger besorgt, die von ihren Regierenden ständig hören, im „Friedensstaat DDR“ seien Partei, Regierung und Volk „eine einzige große Friedensbewegung“. Verteidigungsminister Heinz Hoffmann dreht freilich den Spieß um: „Wenn heute in den Massenmedien der BRD von einer ‚zunehmenden Militarisierung‘ (in der DDR) gefaselt wird und alle möglichen Verdächtigungen... breitgewalzt werden“, so diene das nur dem Zweck, „von der eigenen

Hochrüstung im NATO-Pakt“ abzulenken. So hat sich die SED ihre Friedensbewegung selbst gebastelt, die sie nach Bedarf und Belieben öffentlich auftreten läßt, meistens auf zentral organisierten Massenkundgebungen. Träger dieser von oben gesteuerten und kanalisierten „Bewegung“ sind der DDR-Friedensrat und die FDJ. Ihre Ziele stimmen auf dem Papier mit denen der westlichen Friedensbewegungen überein: Abrüstungsschritte beider Seiten, Verzicht auf Atomwaffen. Aber jede Kritik an der östlichen Aufrüstung wird ausgespart. Die Parole heißt nicht „Frieden schaffen ohne Waffen“, sondern „Frieden schaffen gegen NATO-Waffen“.

Diese Widersprüche ließen zunächst innerhalb der Evangelischen Kirche, später auch außerhalb christlich motivierter Kreise, hier und da Gruppen entstehen, die sich ihre eigenen Gedanken machten. Zum Motto der vereinzelt DDR-Friedensgruppen wurde das Bibelwort „Schwerter zu Pflugscharen“. Als dieses Zeichen zum Erkennungsmal einer Minderheit von DDR-Bürgern wurde, schritten die

such wirkte. Obwohl die Friedensgruppen in der Stille weiterarbeiteten, hatten sie sichtbare Erfolge bisher nicht. Die Initiative, einen „so-

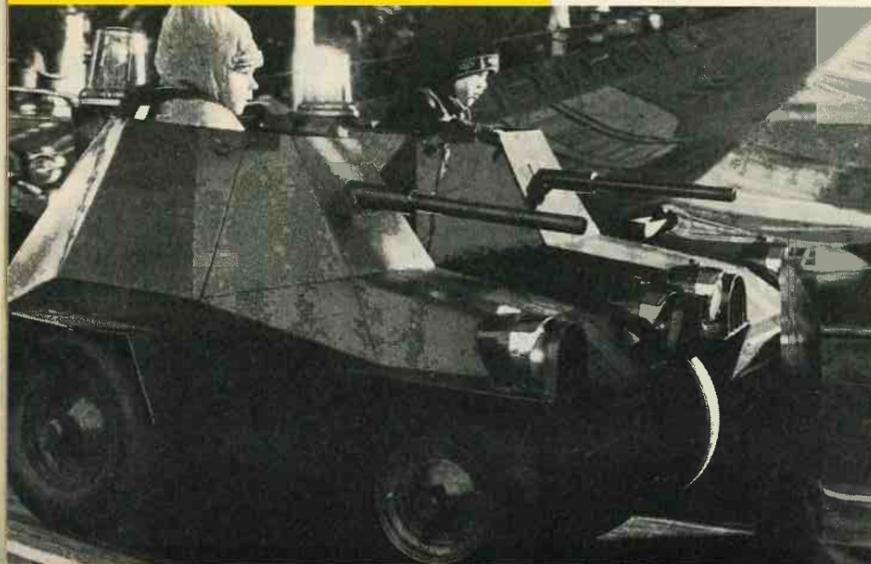
Eine „Friedensbewegung“ wie im Westen gibt es in der DDR nicht

zialen Friedensdienst“ anstatt des für Verweigerer möglichen waffenlosen „Bausoldaten“-Dienstes innerhalb der NVA einzuführen, wurde vom Staat energisch abgeblockt und als „verfassungsfeindlich“ bewertet. Auch Bemühungen, das Los der „Bausoldaten“ zu erleichtern, die im Berufsleben später Nachteile zu erwarten haben, sind gescheitert. Diese Aussichtslosigkeit fördert die Bereitschaft zu aktiver Mitarbeit nicht. Obwohl von Bischöfen und Pfarrern – neuerdings auch aus der Katholischen Kirche der DDR – bisweilen mutige Worte zu hören sind, ist die Scheu, sich mit dem Staat anzulegen, überall zu groß.

Niemand darf also überwerten, was aus der über eine Friedensbewegung zu hören ist. Diesen Rat sollten vor allem diejenigen Politiker und Kommentatoren in der Bundesrepublik beachten, die mit doppelten Zungen argumentieren: Wer Ansätze eines Abweichens von der Norm in der DDR als mutige Tat bejubelt, der sollte nicht im selben Atemzug die Demonstranten in Bonn oder Mutlangen als kommunistische Untergrundbewegung hinstellen.

Helmut Löhöffel
(DDR-Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“)

Dreikäsehochs „lernen“ den Umgang mit Panzern



PREISRÄTSEL

Die Anfangsbuchstaben der Begriffe, die aus den untenstehenden Silben zu bilden sind, ergeben die Lösung. Die Begriffe stehen im Zusammenhang mit Artikeln dieses Heftes. Das Lösungswort umschreibt die allgemeine Gemütslage in diesem Raketenherbst. Die richtige Lösung schreibt auf eine Postkarte und schickt sie an die Redaktion ran
Hans-Böckler-Straße 39
4000 Düsseldorf 30
Einsendeschluß ist der 31. Oktober.

Und das gibt's zu gewinnen:

1. Preis: Riesenüberraschungsbuchpaket im Wert von 100 Mark
2. Preis: Riesenüberraschungsschallplattenpaket im Wert von 50 Mark
- 3.-20. Preis: Bücher und/oder Schallplatten. Gehen mehrere richtige Lösungen ein, entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

aus – be – ben – berg – che – digt – do – ex – frei – ga – ge – ge – geg – gen – gu – gung – hor – il – lan – li – lu – mahn – mi – mut – na – nach – nen – ner – nö – ober – port – pre – rü – rüh – rung – rus – sam – schwer – sio – stungs – tär – ter – ti – tor – un – wa – walt

- 1) Christliche Friedensfreunde berufen sich guten Gewissens darauf – demnächst auch als Rockoper.
- 2) Haben nur Friedensfreunde dieser Spezies das Recht, an Blockaden teilzunehmen? So fragt ein wütender Arbeiter.
- 3) Ein kleiner Ort im Schwäbischen – bis vor kurzem niemandem bekannt, heute über die Landesgrenzen hinaus ein Begriff.
- 4) Die gibt es offenkundig nicht zwischen US-Soldaten und Friedensbewegung.
- 5) Blühender Handelszweig der Rüstungsindustrie.
- 6) So heißt das auf Juristendeutsch, was Blockadeteilnehmer tun und womit sie sich angeblich strafbar machen.
- 7) Altertümliche Waffen, die – in Anlehnung eines Bibelworts – zum Erkennungsmal von DDR-Friedensgruppen wurden.
- 8) Jagdbomber-Projekt, an dem bis 1987 über die Hälfte der Belegschaft von VFW-Fockler in Bremen arbeitet.
- 9) Heinrich Böll hat sie nicht, was die Stationierung neuer Raketen angeht.
- 10) Die Friedensinitiative in Hemer gedachte so der Todesopfer von Hiroshima
- 11) Manch einer glaubt an den Trugschluß, wenn die steigen, sinke die Arbeitslosigkeit.
- 12) Laut Friedensforscher Sternstein ist er nicht gegen die Demokratie gerichtet, im Gegenteil: er ergänzt sie vielmehr.
- 13) Auch Ina Deter ist eine von ihnen – gerade Künstler, die ein großes Publikum erreichen, meint sie, sollen sich dazu bekennen.
- 14) Prägendes Wesensmerkmal der allermeisten Friedensaktionen – zum Leidwesen mancher Scharfmacher in Bonn.

Gewinner des Preisrätsels 7/83

Das richtige Lösungswort lautete: Blindflug

1. Preis: Siegfried Jerg, Laupheim; 2. Preis: Jürgen Knerim, Kassel; 3.-20. Preis: Birgit Krugg, St. Katharinen; Brigitte Becker, Gelsenkirchen-Buer; Dieter Weis, Würzburg; Bernd Lösch, Trebur; Renate Renner, Giengen; Gabriela Kops, Klet; Rainer Delmers, Oberhausen; Heinz Krieger, Köln; Wolfgang Peschel, München; Wolfgang Seel, Girsheim; Gabi Ripperger, Michelstadt; Michael Gutschalk, Lambertheim; Rudi Schneiderer, Ingeltingen; Rita Vetter, Bad Lippspringe; Eva-Maria Weishart, Miesbach; Heidi Anora, Kolbermoor; Daniela Bonn, Trebur; Sieglinde Porsch, Geesthacht

Staeck's Posterpaket 4 Friedensplakate 10,00 DM



So wird bestellt: Auf Briefbogen den Absender und »Staeck's Posterpaket Frieden« schreiben, 10-DM-Schein oder Scheck dazulegen und senden an **Steidl Verlag, Düstere Straße 4, 3400 Göttingen**. Mit den Plakaten schicken wir das kostenlose Gesamtverzeichnis aller Staeck-Plakate, den »Staeckbrief«.

Ein Angebot

frontal, das sozialistische Studentenmagazin, berichtet regelmäßig über Friedensbewegung, Sozialdemokratie, Frauenbewegung, Internationalismus, Hochschule.

frontal im Oktober: Gegen die Raketenstationierung ● Round-table-Gespräch mit Wolfgang Biermann, Mitarbeiter beim Parteivorstand der SPD; Gerd Graune vom DFG-VK-Bundesvorstand; Angela Kroll, stellvertretende Bundesvorsitzende des SHB; Achim Maske vom Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit; Andreas Zumach von der Aktion Sühnezeichen und je einem Vertreter der Grünen und der DKP.

● Wassili Morosow, Oberst im Generalstab der Sowjetarmee, schreibt über mögliche sowjetische Reaktionen auf eine eventuelle Raketenstationierung ● Stabsarzt Walter Popp über die Folgen eines Atomkriegs in Westeuropa ● CIA in Westeuropa – wie wird die Bevölkerung propagandistisch auf die Raketenstationierung vorbereitet?

Weitere frontal-Autoren: Björn Engholm, Frank Deppe, Walter Fabian

Kein Brandherd Europa!
Nein zur Raketenstationierung!

SAGE NIEMAND, ER HABE ES NICHT WISSEN KÖNNEN

GESCHENKT bekommt jeder neue Abonnent das Buch „Sage niemand, er habe es nicht wissen können“, Dokumente zum nuklearen Erstschlag, 140 Seiten.

KOSTENLOS möchte ich die frontal kennenlernen. Schickt mir bitte ein Exemplar gratis für 14 Tage unverbindlich zur Probe. Wenn ich Euch nach Ablauf der 14 Tage nicht schriftlich mitteile, daß ich auf ein frontal-Abonnement verzichte, erhalte ich die frontal im Abonnement und bekomme als Geschenk „Sage niemand, er habe es nicht wissen können“. Der Preis für ein Jahresabonnement (6 Hefte) beträgt 12 DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer. Nach Ablauf eines Jahres verlängert sich das Abonnement um ein weiteres Jahr, ich kann jedoch den Bezug zum Jahresende beenden.

Name _____
 Adresse _____
 Datum/Unterschrift _____
 frontal, Meckenheimer Allee 152, 5300 Bonn

Die Raketen kommen!

Hans Günter Brauch

Vom NATO-Doppelbeschluß bis zur Stationierung. Die Dokumentation mit den **Raketenstandortkarten**.



„Ihr Krieg tötet,
was ihr Friede
übriggelassen hat“.

Bertolt Brecht

**'Unheimlich' aktuell
im Bund-Verlag**

**352 Seiten, 50 Fotos
und Abbildungen,
22 Tabellen und
2 Standortkarten
Bundesrepublik
und DDR**

24,80 DM

Bestellschein		Hiermit bestelle ich	
Stück	Best. Nr.	Kurztitel	Preis
	829	Die Raketen kommen	24,80
	795	Der chemische Alptraum	14,80
	4243	Giftgas in der Bundesrepublik	12,80

Jeweils zuzüglich Versandkosten; Bestellungen ab 50,- DM portofrei.
Bitte keine Voreinsendung. Wir liefern mit Rechnung.
○ **Kostenlos Buchauswahl mit Sonderangeboten erbeten**
(bitte ankreuzen) 'ran 10/83

Hans Günter Brauch wurde vor allem durch seine beiden Publikationen zu C-Waffen bekannt: **Der chemische Alptraum**, 160 Seiten, kartoniert 14,80 DM und zusammen mit dem Chemiker Alfred Schrepf: **Giftgas in der Bundesrepublik**, Taschenbuch, 12,80 DM.

Bitte ausschneiden und einsenden an die Ihnen nächstgelegene **Bund-Buchhandlung**

Postfach 90 08 40,
5000 Köln 90

Wilhelm-Leuschner-Str. 69,
6000 Frankfurt/Main 1

Schwanthalerstraße 64,
8000 München 2

Name	_____
Vorname	_____
Straße	_____
PLZ, Ort	_____
Datum	_____
Unterschrift (bei Minderjährigen des Erziehungsberechtigten)	_____
Kundennummer	_____

GAST IN 'RAN

Für die Ziele der Friedensbewegung habe ich mich bereits vor vier Jahren engagiert, als die Stationierung der Raketen noch gar nicht akut war. Damals stellte sich das Problem: sollen Frauen Wehrdienst leisten oder nicht? Diese höchstpersönliche Betroffenheit, eventuell zur Bundeswehr zu rufen, ohne es zu wollen, habe ich in meinem Song „40 Jahre danach“ ausgedrückt.

Parallel dazu fiel mir die Situation von vor 50 Jahren ein, als es Millionen von Arbeitslosen gab, als einer da war, der Arbeit versprach, dem alle folgten – und wohin das führte, wissen wir ja alle. Die Entschuldigung unserer Eltern, sie hätten von all dem Schrecklichen nichts gewußt, darf heute einfach keine Geltung mehr finden. Es ist wirklich eine Minute vor zwölf.

Und wenn heute viele Leute dieses Lied mit großen Ohren hören, werte ich dies als Beweis, daß sich immer mehr Menschen in der Friedensbewegung engagieren und mit diesem Engagement die Hoffnung verknüpfen, daß durch ihren Widerstand die Aufstellung der Raketen verhindert werden kann.

Wenn ich nicht gerade unterwegs auf Tour bin, werde auch ich mich an Blockadeaktionen beteiligen. Es ist aber genauso wichtig, daß Künstler, die nun mal die Möglichkeit haben, ein großes Publikum zu erreichen, eindeutig Stellung gegen die Politik der „Nachrüstung“ beziehen.

Zum ersten Mal bietet sich uns die große

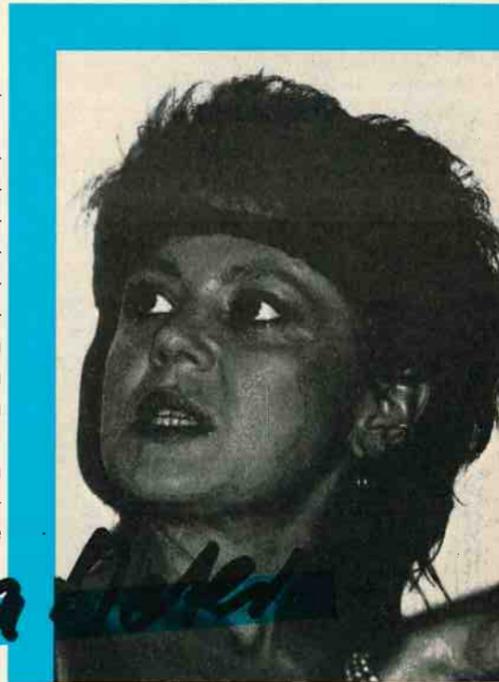
Chance, durch kulturelle Aktivitäten politische Veränderungen mitzubewirken. Das Tolle und Einmalige an der Friedensbewegung ist sicherlich die Tatsache, daß sie, ausgehend von der Studenten-, Frauen- und Anti-AKW-Bewegung, in der Lage ist, die ältere Generation anzusprechen und zu mobilisieren. Denn gerade die Älteren haben schon einmal erfahren, welche Folgen Schweigen und Gleichgültigkeit haben können.

Ich werte es als wichtigen Erfolg, wenn diese Menschen sich heute sagen: Diese Raketen werden nur über unsere Leichen aufgestellt.

Sonst würden sie sich auch nicht mit jüngeren Leuten, die in der Presse oft als Chaoten diffamiert werden, an Friedensketten beteiligen. Letztendlich kann ich nur hoffen, daß als Ergebnis dieser ganzen Aktionen im Herbst keine einzige Rakete hier aufgestellt wird – und nicht nur ein paar weniger. Es sagt ja auch niemand, dem der Arm nur ein bißchen aufgeritzt wird, dies tue ein bißchen weniger weh. Von daher kommt es darauf an, das Ziel nicht fallen zu lassen.

Die Bewegung gegen die Streichung des § 218 hat sich damals mit der Reform, die ja nicht das ursprüngliche Ziel gewesen ist, zufrieden gegeben.

Aber eigentlich wäre es verkehrt, die Ziele dieser unterschiedlichen Bewegungen miteinander zu vergleichen. Heute geht es einfach um verdammt viel mehr.



Es ist eine Minute vor zwölf

Als während des Vietnam-Krieges ein amerikanischer B-52-Bomber-Pilot von einem Fernsehjournalisten gefragt wurde, wie er das tägliche Töten mit seinem Gewissen vereinbaren könne, antwortete er: „That's my job!“ – „Das ist mein Job!“ Der Spruch ging um die Welt, als Symbol für die Mentalität von Soldaten, deren Aufgabe es ist, modernes Kriegsgerät zu bedienen. Kann die Friedensbewegung auf solches Denken noch einwirken? Frank V., 22jähriger US-Soldat, sitzt draußen in der Sonne und bewacht den Eingang zur Unterkunft der „Military Police“ (MP) – den amerikanischen Feldjägern. Er zeigt auf seinen tarnfarbenen Overall und meint: „Ich bin bei der Arbeit.“ Eigentlich ist er Elektroniker an einer Hawk-Raketenbatterie und mit seinem Job ganz zufrieden. Hier in der McCully-Kaserne gefällt es ihm: „Ich liebe den Rhein und den Wein.“ Frank ist einer von etwa 250 000 US-Soldaten, die in die Bundesrepublik zum Militärdienst abkommandiert wurden. Ebenso hätte es ihm passieren können, daß die Army ihn in die Panama-Kanalzone geschickt hätte. Auf den Einsatzort hat er selbst keinen Einfluß. Wer sich widersetzt, bekommt seinen Vertrag nicht mehr verlän-



US-Soldaten und Friedensbewegung

„Keine Berührung, Keine Probleme“

gert. In der Bundesrepublik bleiben die GIs – „Government Issue“ – „Besitz der Regierung“, wie sie sich selbst nennen – meistens 18 Monate bis zwei Jahre. Nach der Friedensbewegung befragt, kommt Frank gleich zur Sache: „Vor zwanzig Jahren standen die Kommunisten noch in Kuba, jetzt sind sie schon in Mexiko.“ Es sei eine „sehr, sehr wichtige Sache“, dem Kommunismus Einhalt zu gebieten: „Wir müssen die westliche Hemisphäre gegen die Russen verteidigen.“ Ob er schon einmal in einem kommunistischen Land gewesen sei? Die Frage überrascht Frank. „Ich habe das in der Schule gelernt, und auch in der Army habe ich ein wenig davon gehört“, verteidigt er sich. Doch nachdenklich schiebt er hinterher: „Vielleicht ist da auch Propaganda dabei, aber im großen und ganzen stimmt das ja.“ Ein amerikanischer Propaganda-Offizier, der in der Bundesrepublik schon sehr lange im Dienst ist, schüttelt auf die Frage nach dem Einfluß der Friedensbewegung auf die Soldaten nur den Kopf: „Nein, da gibt es keine Probleme, keine Berührung.“ Kein Wunder, denn die Möglichkeiten für Kontakte zur deutschen Bevölkerung sind gering. Kaum einer der kurzfristig in der Bundesrepublik stationierten GIs kann deutsch sprechen. Ein zweiwöchiger Deutschkurs zu Beginn der Dienstzeit ist dafür zu wenig. Das reicht höchstens für „Bidde ein Beer“, „Danke scheen“ oder „Amiliebchen“. Politische Diskussionen sind da, auch wenn sie jemand wünscht, nicht möglich. Das Leben der Soldaten spielt sich zu sehr in den Kasernen und „Housings“ ab. „Hier gibt es doch alles“, meint J.R., der neben Frank sitzt und gerade Urlaubsprospekte durchblättert:

„Die Leute müssen erst gar nicht raus gehen. Sie arbeiten hier, sie wohnen hier, und sei verbringen ihre Freizeit hier.“ Auch die politischen Informationen kommen aus dem Ghetto, das sie „Housing“ nennen. Das größte dieser Wohngebiete in Wiesbaden, die „Hainerberg Housing“, versorgt die GIs komplett mit US-Kultur, -Konsum und -Information. In einem großen Supermarkt gibt es die ganze amerikanische Warenpalette, eigens aus den USA eingeflogen. Was man sonst noch für die Versorgung des eigenen Haushalts braucht, ist auch da: eine Bank, ein Reisebüro, Autoverkäufer, ein „Bavarian-Shop“, ein Wasch-Salon, ein Audio-Stereo-Laden. Die meistgelesenen Zeitungen, die in Buchläden in der Housing verkauft werden, sind Produkte der Army, die eigens für die in Europa stationierten Soldaten herausgegeben werden: „The Stars and Stripes“, die „Air Force Times“ und die „Army Times“. Der beliebteste Fernsehsender ist ein Militärsender: American Forces Network (AFN). In dieser abgeschirmten US-Welt fallen Kontakte zu Einheimischen schwer, sie werden überflüssig gemacht. Dennoch ist die amerikanische Armee bestrebt, das Bild der GIs in der Bundesrepublik aufzupolieren. Aus Angst vor anti-amerikanischem Gegenwind durch Friedensbewegung und Raketendiskussion soll eine groß angelegte Kampagne Abhilfe schaffen. So fördern Army-Reisebüros Reisen durch die Bundesrepublik. GIs, die mit einem „Rally Paß“ ausgerüstet jedes Bundesland besuchen, erhalten eine „Germany is wunderbar“-Urkunde in Gold. Wer nur neun Bundesländer schafft, bekommt immerhin ein silbernes Zertifikat. Die beliebtesten Touren der US-Soldaten beschränken sich

jedoch auf wenige Reiseziele: das Heidelberger Schloß, das Rhein-Tal, Schloß Neuschwanstein und das Phantasia-Land in Brühl. Auf Abgrenzung wird dennoch streng geachtet: Karl Martin arbeitete früher als zivil angestellter Techniker in US-Kasernen an Nike-Raketen. Heute ist er Lehrer in Lauterbach. Er bemerkte, daß ihn immer weniger von seinen alten Freunden besuchten. Als er bei der Army nach dem Grund fragte, bekam er eine eindeutige Antwort: Die Sorge um die Sicherheit der US-Streitkräfte läßt keine Kontakte zur Friedensbewegung zu. Eine beliebte Frage bei Soldaten lautet: Was machst Du im Ernstfall, was machst Du, wenn der Atomkrieg losgeht? Die Antwort eines in Hessen stationierten US-Offiziers ist typisch: „Ich nehme mir die Notration von meinem Lieblingswhisky Chivas Regal, setze mich in die nächste Kneipe und laß mich volllaufen. Danach schlucke ich eine Ampulle Zyankali.“ Nicht nur in Vietnam, auch hierzulande und zu Friedenszeiten spielen Drogen eine dominierende Rolle in der US-Armee. Die einen betrinken sich in ihrer Freizeit mit Whisky und Bier in deutschen Kneipen und Discos. Viele Lokale der Saufgelage überdrüssig, haben ihre Theke zur US-freien Zone erklärt. Aus den amerikanischen Stationierungsorten in der

Bundesrepublik wurden Handelszentren für Rauschgifte aller Art. Die Militärgeheimpolizei „Office for Special Investigation“ (CSI) wurde mit dem Kampf gegen die Drogenkonsumenten beauftragt – mit beunruhigendem Ergebnis: ● Im US-Depot bei Miesau in der Pfalz mußte ein Drittel der Wachmannschaft wegen Drogenkonsum vom Dienst suspendiert werden. Das Depot ist eines der größten Kernwaffenlager in der Bundesrepublik, dort lagern etwa tausend Atomsprengköpfe. ● In Kitzingen wurde eine Pionier-Truppe für den Einsatz von Atomminen im kollektiven Rausch entdeckt. Sie nahmen die schwere Halluzinationsdroge LSD. ● In Großengstingen wurden die amerikanischen Bewacher einer „Lance“-Raketen-Batterie durch eine eigens aus den USA herbeigeflogene Ersatzmannschaft ausgewechselt. Grund für ihre Dienstunfähigkeit: Alkohol und Rauschgift. Sie hatten die brisante Aufgabe, atomare Gefechtsköpfe scharf zu machen und zu schützen. ● Auf dem Flugplatz Bitburg organisierte ausgerechnet die für die Wartung von Atom- und Wasserstoffbomben zuständige Truppe den Drogenhandel für die ganze Air Base. Der Frieden ist in der Tat gefährdet.

Thomas Leif / Leo A. Möller

ISTOURS Bildungsreisen – Begegnungsreisen

An alle Organisatoren von Gruppenreisen!

Wieder einmal ist es soweit... Unser neuer Gruppenkatalog für 1984 erscheint Ende Oktober 83, mit attraktiven und inhaltlich interessanten Programm-vorschlägen für Bildungs- und Begegnungsreisen, wie z. B. **CSSR, Polen,**

Sowjetunion, Ungarn, Bulgarien, Algerien, Marokko, Tunesien, Israel, Ägypten, Jordanien, Zimbabwe, Kuba und Nicaragua etc.

Schreiben Sie uns schon heute und Sie erhalten den Katalog noch am Erscheinungstag zugesandt.

ISTOURS
Münchener Straße 7
6000 Frankfurt/Main 1
Telefon: 06 11/23 12 68



Der Tag an dem die Atombombe fiel

„Jeden Tag um die Zeit mußte ich das Bad heizen. Danach ging ich meistens an meine Hausaufgaben. Gegen fünf holte ich Vater und meine große Schwester an der Straßenbahnhaltestelle ab, und wir gingen nach Hause und aßen zusammen Abendbrot. So lief bei uns damals jeder Tag ab. Am Morgen des 6. August blieb Vater im Bett, weil er leichtes Fieber hatte. Mein großer Bruder kochte sich Tintenfisch, den er bei der Arbeit essen wollte. Nachdem alle das Haus verlassen hatten waren wir noch vier: ich, Mut-

ter, Vater und meine Schwester. Dann machten meine Schwester und ich uns für die Schule fertig. Meine Schwester ging zum Hauptgebäude, ich zu der Zweigstelle im Tempel. Ich und meine Freunde redeten vom Krieg. Da hörten wir Fliegeralarm. Ich lief nach Hause und spielte eine Weile. Ich war das alles schon gewohnt. Dann wurde Entwarnung gegeben, und ich ging wieder zur Schule. Unser Lehrer war noch nicht da, so schwatzten wir miteinander. Ungefähr um die Zeit hörten wir das Geräusch eines Flugzeugs,

und wir sahen es, sehr klein, am südöstlichen Himmel. Es wurde immer größer und war bald direkt über uns. Ich beobachtete es die ganze Zeit; ich wußte nicht, ob es ein amerikanisches Flugzeug oder eins von unseren war. Plötzlich fiel etwas Weißes, wie ein Fallschirm aus dem Flugzeug. Fünf oder sechs Sekunden später wurde alles gelb. Es war, als hätte ich direkt in die Sonne geblickt. Dann gab es ein oder zwei Sekunden später einen gewaltigen Krach, und alles wurde dunkel. Dann wachte ich wieder auf, weil schwere Holzstücke auf mich fielen

und mich am Rücken verletzten. Ich kroch ins Freie. Überall lagen Menschen auf dem Boden. Die meisten waren verbrannt, und ihre Gesichter waren schwarz. Mir war besser, als ich auf die Straße kam. Da spürte ich plötzlich, daß mein rechter Arm wehtat. Vom Ellenbogen bis zu den Fingern hatte sich die Haut abgelöst. Ich versuchte den Weg nach Hause zu finden.

„Sumi-chan!“ schrie jemand. Ich drehte mich um und sah meine Schwester. Ihr Kleid war zerfetzt und ihr Gesicht völlig verändert. Wir gingen beide nach Hause, aber unser Haus war eingestürzt und niemand war da. Wir suchten in der Nachbarschaft. Als wir wieder zurückgingen, fanden wir Vater, der etwas unter dem heruntergefallenen Dach hervorzuziehen versuchte. Er gab auf und kam zu uns.

„Wo ist Mutter?“ fragte ich. „Sie ist tot“, antwortete er leise. Als ich das hörte, hatte ich das Gefühl, man hätte mich auf den Kopf geschlagen. Ich konnte nicht mehr klar denken. Etwas später fragte Vater: „Was ist mit deinem Kopf los?“ Ich faßte an meinen Hinterkopf. Er fühlte sich rau an und war naß von Blut. Ein über zehn Zentimeter langer Nagel hatte Mutter am Kopf getroffen. Sie war auf der Stelle tot.

Es begann zu regnen. Die Regentropfen sahen wie schlammiges Wasser aus. Wir suchten Schutz unter einer noch schwelenden Eisenbahnbrücke. Bald hörte der Regen auf. Uns war kalt, und wir gingen in die Nähe von brennenden Häusern, um uns aufzuwärmen. Es waren viele Menschen dort. Aber kaum einer unter ihnen sah normal aus. Sie hatten geschwollene Gesichter und schwarze Lippen. Ein Mann schwenkte die japanische Fahne, als ob er den Verstand verloren hätte, und brüllte: „Banzai, banzai!“ (Banzai heißt soviel wie „Er lebe hoch!“

oder auch „Geschafft!“). Ich war sehr durstig und ging zum Fluß um einen Schluck Wasser zu trinken. Viele schwarze Körper von Toten trieben den Fluß hinunter. Ich mußte sie immer wieder wegschieben, während ich trank. Am Ufer lagen Leichen, einige Körper bewegten sich noch. Ein Kind weinte: „Mutter, Mutter.“ Schon jetzt dachte ich nicht weiter darüber nach, wenn ich Leichen sah. Einige Menschen kamen taumelnd die Böschung herauf und fielen dann in den Fluß und starben. Meine Schwester fiel auf der Straße hin, vielleicht, weil sie schwere Verletzungen hatte. Vater nahm sie auf den Rücken und legte sie auf ein Stück Erde, das die Flammen schon hinter sich gelassen hatten. Gegen Abend kam mein Bruder zurück.

In jener Nacht bauten wir einen Schuppen und schliefen darin. Aber Hilferufe und qualvolles Stöhnen waren die ganze Nacht über zu hören. Ich döste und wachte immer wieder auf. Es dämmerte. Mein Bruder machte sich auf den Weg zu unseren Verwandten auf dem Land, um einen Karren zu leihen, und kam gegen drei Uhr nachmittags zurück. Dann wurden meine Schwester und ich auf den Karren gelegt, und wir alle zogen los. Als wir das Haus unserer Verwandten erreichten, brach mein Vater beinahe zusammen, vielleicht, weil er sich jetzt keine Sorgen mehr um uns machen mußte. Als es Nacht wurde, fühlte ich mich sehr allein. Gestern abend um diese Zeit, dachte ich im stillen, ging es Mama noch gut, und jetzt ist sie tot. Zwei meiner Schwestern wurden noch vermißt. Nur Vater, ein Bruder, eine Schwester und ich waren jetzt noch von meiner Familie übrig.

Wir sagten nichts, wir starrten nur ins Leere. Als mir klar wurde, daß Mutter wirklich tot war, wurden meine Einsamkeit und meine Traurigkeit noch größer. Ich vergoß bittere Tränen. Aber wie sehr ich auch weine, sie wird nicht zurückkehren. Als ich das dachte wurde ich wieder traurig. Der Gedanke, ich würde ihr sanftes Gesicht nie wiedersehen, erstickte mich fast, und mir wurde schwindelig. Dann traf uns ein weiteres Unglück. Gegen drei Uhr am Morgen des 15. starb meine Schwester. Als ich aufwachte, war sie schon tot. Es muß ein schwerer Tod gewesen sein, denn ihre Augen waren geöffnet. Sie schienen mich anzustarren. An dem Tag ging der Krieg zu Ende. Einige Vermißte kehrten nach und nach zurück. Ich hatte das Gefühl, daß auch Mutter zurückkehren könnte. Aber obwohl ich darauf wartete, war natürlich jede Hoffnung umsonst. Jeder Tag war voller Einsamkeit. Die sterblichen Überreste meiner ältesten Schwester wurden nie gefunden, aber Vater erhielt Asche von einer Massenverbrennung. Aber wie sehr ich es auch versuchte – ich konnte meine Mutter nicht vergessen. Ich hasse den Krieg jetzt aus tiefstem Herzen. Nur der Krieg ist schuld daran, daß meine gute Mutter und meine Schwestern getötet wurden. Ich hasse niemanden, weil Mutter tot ist, aber ich hasse den Krieg. Ich möchte, daß es nie wieder einen so verabscheuungswürdigen Krieg gibt.

Yoshihiro Kimura, Schüler der neunten Klasse, damals 3. Klasse. Aus: „Als die erste Atombombe fiel...“ Kinder aus Hiroshima berichten.“ Herausgegeben von Hermann Vinke im Otto Maier Verlag Ravensburg. Der Journalist Hermann Vinke hat damalige Berichte von Kindern und Jugendlichen ausgewählt, kommentiert und durch Interviews mit den heute Erwachsenen aktualisiert. Das Buch wurde als Sachbuch in die Empfehlungsliste des „Deutschen Jugendliteraturpreises“ aufgenommen.

'ran-Bücher

'ran 1
IN CITY



Der Renner
120 Seiten,
kartoniert
nur 9,80 DM

Der Treffer
208 Seiten,
kartoniert
nur 9,80 DM

'ran 2
IN CITY



Der Dauerhit
172 Seiten
kartoniert
nur 9,80 DM

'ran 3
IN CITY



Der Knüller
76 Seiten,
kartoniert
nur 8,80 DM

'ran 5
IN CITY



'ran 6
IN CITY



Erlebte Geschichte
112 Seiten,
kartoniert
nur 9,80 DM

Bestellungen per Post-
karte an: 'ran-Shop
Postfach 2601
4000 Düsseldorf 1

'ran bleibt dran

Für alle Freunde von 'ran und alle,
die etwas für 'ran tun wollen,
stehen diese Werbemittel zur
Verfügung



Dieses Poster gibt es in
den Größen DIN A 3
(für schwarze Bretter)
und DIN A 1 (für große
Flächen). Wir sen-
den es jedem, der es in
sein Zimmer hängen
möchte.
Besser ist es natürlich,
das Poster irgendwo
aufzuhängen, wo es
von mehr Leuten ge-
sehen werden kann.
'ran wird dadurch
noch bekannter.



Der Clou und belieb-
testes Werbemittel
ist dieser Aufkle-
ber für das Auto
und und und ...
(Originalgröße
10,5 x 10,5 cm)
Wo 'ran-Leser
hinkommen,
sollte man diesen
Aufkleber finden.
Bitte anfordern.



Eine erste Informa-
tion für alle, die 'ran
noch nicht kennen,
enthält dieser Pros-
pekt im Originalfor-
mat von 'ran. Wer die
Möglichkeit hat, Pros-
spekte auszulegen,
oder zu verteilen, um
damit Abonnenten
für 'ran zu werben:
Bitte anfordern.



Es gibt auch
'ran-Buttons! Hier
abgebildet in
Originalgröße. Je
Button bitten wir um
Voreinsendung von
50 Pfennig in Briefmarken.
Bitte anfordern und
anstecken.

Poster, Prospekte und Aufkleber sind
nicht billig. Bitte daher nur soviel
anfordern, wie wirklich gebraucht wird.

Redaktion 'ran
Postfach 26 01,
4000 Düsseldorf 1

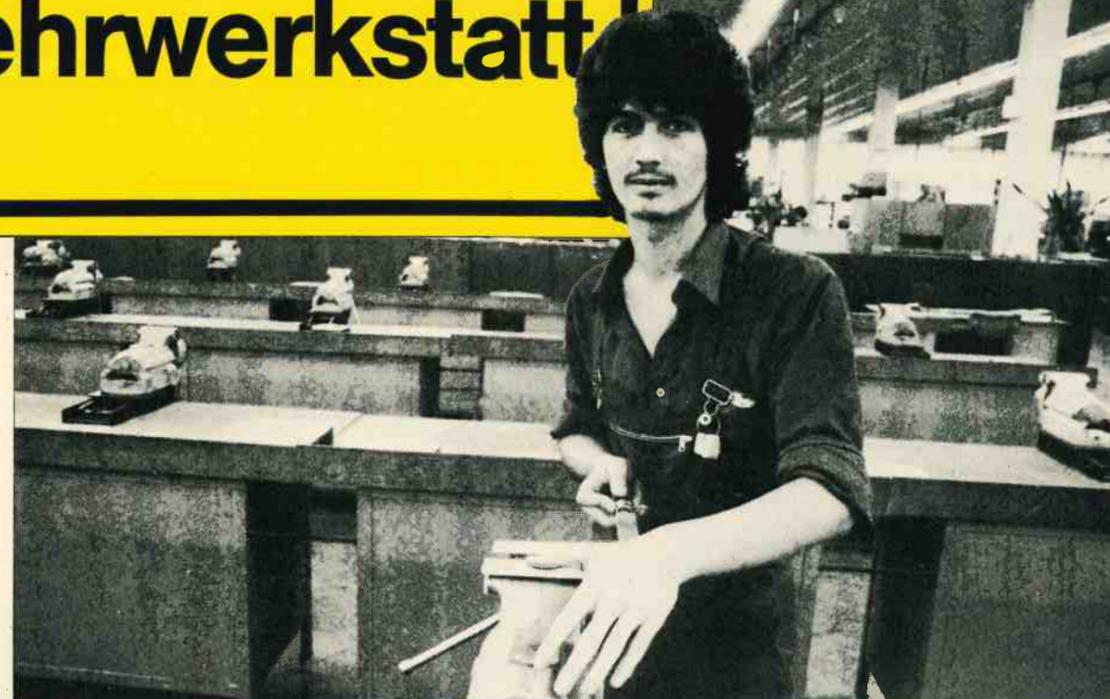
PATE

**Paten
für 'ran
gesucht!**

Ich will Pate werden
und übernehme vom 1. _____ an
_____ Patenschafts-Abonnement(s) von
_____ Patenschafts-Abonnement(s) von
'ran für die Dauer eines Jahres. Das Paten-
'ran erscheint monatlich. Das Paten-
schafts-Abonnement kostet für ein Jahr
17,00 DM. Mein Name soll dem Empfänger
des Patenschafts-Abonnements mitge-
teilt/nicht mitgeteilt werden (Nichtzutref-
fendes bitte streichen).

Vor- und Zuname _____
Straße _____
Postleitzahl und Ort _____
Datum _____
Unterschrift _____
Kundennummer
(bitte angeben, wenn Sie selbst Abonnent sind)
Name und Adresse des Abo-Empfängers:

Atomwaffenfreie Lehrwerkstatt



Stadt Oberhausen,
atomwaffenfreie Zone",
steht seit einem Jahr
auf dem gelben Ortsschild
am Stadtrand. Die In-
driestadt im westlichen
Ruhrgebiet zählt zu den
wenigen bundesdeutschen
Großstädten, die per Rats-
beschluß bekundeten, daß
sie gegen die Aufstellung
neuer Atomwaffen hiezulande
eintreten.
Zwei Kilometer hinter dem
Ortsschild liegt das Werks-
gelände der Thyssen-Nie-
derrhein AG. Die Azubis und
Jungarbeiter des Stahl-
produzenten wollten sich
nicht damit begnügen, daß
ihre Stadt und somit automa-
tisch auch ihr Betrieb als
atomwaffenfrei deklariert
werden. Parallel zu der Kam-
pagne auf städtischer Ebene
forcierten sie eine ähnliche
Initiative in ihrer Firma.
Auf einer Jugendbeleg-
schaftsversammlung Ende
letzten Jahres stimmten die

rund 380 Auszubildenden
einstimmig dafür, die beiden
Lehrwerkstätten zu „atom-
waffenfreien Zonen“ zu er-
klären. „Nur der geringste
Teil der Jugendlichen setzt
sich eigentlich mit dem The-
ma auseinander“, sagt Tho-
mas, 19, von der Thyssen-Ju-
gendvertretung. Das Be-
wußtsein für Frieden und Ab-
rüstung geschärft zu haben,
ist zum Teil das Verdienst der
Jugendvertreter vor Ort. „Die
leisten in dem Bereich sehr
gute Arbeit“, lobt Philipp Ha-
verkamp, Gewerkschaftssek-
retär der Oberhausener IG
Metall.
Von den fünf Jugendbeleg-
schaftsversammlungen, die
jedes Jahr stattfinden, ist
schon seit einigen Jahren ei-
ne regelmäßig ausschließ-
lich dem Thema Frieden ge-
widmet.
Besucher bei Thyssen-Nie-
derrhein bekommen von die-
sem Engagement allerdings
nichts zu sehen. Nichts weist

in den beiden Lehrwerkstät-
ten darauf hin, daß es „atom-
waffenfreie Zonen“ sind.
„Natürlich hätten wir gern
entsprechende Schilder an-
gebracht, am besten über
dem Haupteingang“, meint
Thomas. „Wir haben oft Be-
such, neulich war Ruhrbi-
schof Franz Hengsbach hier,
da hätte so ein Schild schon
Eindruck gemacht.“ Doch
auf solche Erfolgserlebnisse
müssen die Thyssen-Ju-
gendlichen verzichten.
Für Lehrwerkstätten gelte
nämlich dasselbe wie etwa
für Schulen: Bildungsein-
richtungen dürften nicht mit
Schildern politischen Inhalts
geschmückt werden, teilte
Arbeitsdirektor Friedel Kübel
den Jugendvertretern mit.
Diese Auskunft hätten ihm
Gewerkschaftsjuristen ge-
geben. Philipp Haverkamp
ist skeptisch: „Der hat das im
Konzernvorstand nicht
durchsetzen können.“
Für den Gewerkschaftssek-
retär ist die Beschilderung
letztlich aber nicht das ent-
scheidende Problem: „Ich
halte es für wichtiger, daß die
Jugendlichen über das Thema
Abrüstung diskutieren.“
Und auch die Thyssen-Ju-
gendlichen trösten sich: „Die
Initiative hat sowieso nur
symbolischen Charakter“,
meint Thomas, „und da
Oberhausen insgesamt ja
atomwaffenfreie Zone ist, ha-
ben wir auf den Schildern
dann nicht mehr bestanden.“
Mittlerweile ist die Einzelini-
tiative in kontinuierliche Frie-
densarbeit gemündet. Seit
rund vier Monaten gibt es ei-
ne Friedensgruppe im Be-
trieb, nicht nur für Jugendlie-
che. Für den Herbst plant sie,
unterstützt von der örtlichen
IG Metall, ihre ersten Ak-
tionen. So soll im Oktober ein
Theaterstück aufgeführt
werden, das den Zusammen-
hang von Rüstungspro-
duktion und Arbeitsplatz-
abbau verdeutlichen soll.

BERGPREDIGT

„Die Menschen trauen den Worten der Mächtigen nicht mehr. Zu viel und zu tödlich ist gelogen worden.“ Eine Erkenntnis, mit der die beiden Elektronik-Musiker Harald Zuschrader und Herbert Bognermayr sicher nicht allein dastehen. Wie Millionen

Menschen in aller Welt fühlen sie sich herausgefordert, wagten das Experiment, einen biblischen Text vom Staub 2000jähriger Kirchengeschichte zu befreien. Herausgekommen ist das elektronische Pop-Werk: BERGPREDIGT.

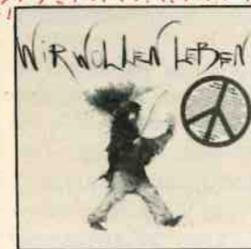


Selig, die Frieden stiften, denn sie werden Kinder Gottes genannt werden.“ Eine von acht Seligpreisungen aus dem Matthäus-Evangelium. Für Bognermayr/Zuschrader Ausgangspunkt für aktuelle Betrachtungen zum Thema Frieden, z. B. „Unselig sind, die ihre Feinde vernichten wollen, genauso wie die Anbieter des Gleichgewichts.“ Dazu elektronisch verfremdete Stimmen, Klänge aus dem Musikcomputer, Versatzstücke aus Umwelt-

geräuschen, instrumentale Collagen. Über sechs Monate bastelten die beiden an diesem „Oratorium für Musik und Stimmen“. Walter Karlberger, bekannt für seine peppigen Kirchengesendungen im österreichischen Rundfunk, half ihnen bei der Textauswahl. Dabei dienten Tonbandinterviews, aufgenommen in Krankenhäusern, Heimen und Jugendzentren als Basis für die Wortklangbilder. Text und Musik sind darauf an-

gelegt, Menschheits-träume in bizzaren akustischen Malereien auszudrücken. „Wir wollen die Leute aufrütteln, über die vielfältigen Formen geistiger Umweltverschmutzung nachzudenken.“ Bot sich dafür ausgerechnet ein Bibeltext an? „Es ist zu beobachten, daß vor allem junge Menschen unterschiedlichster weltanschaulicher Auffassung sich mit den Forderungen der Bergpredigt identifizieren. Frieden, Gewaltverzicht, Toleranz,

Solidarität und Engagement für die Entrechteten sind zu Überlebensfragen der Menschheit geworden.“ (Bognermayr) „Die christliche Botschaft kann gerade jungen Menschen Mut machen, an der Veränderung der Welt mitzuarbeiten!“ (Karlberger) Was bedeutet für das engagierte SPÖ-Mitglied Bognermayr Religion? „Toleranz, Liebe, Verständnis, Humanität – also weniger das, was in den Kirchen häufig noch im Mittelpunkt steht.“



Sampler – Wir wollen leben (Folk Freaks)

Die wohl schönste Zusammenstellung deutschsprachiger Friedenslieder. Historisches von Hein & Oss oder Liederjahn paart sich mit Brandaktuellem aus der Wader- und Schmetterling's-Feder, akut sind alle 23 allemal. Rockiges von Floh de Cologne und Sanftes von Z. Eigenhansl verbindet der Brückenschlag 'Untergangsdrohung'. Die Vielfalt der vertretenen Künstler spiegelt auch bewußt das politische Spektrum der Friedensbewegung wider.



Sampler – Songs for peace (Folk Freak)

Vierzehn Alt-Barden der amerikanischen Bürgerrechts- und Friedensbewegung steuerten ergreifende Balladen zu diesem Sampler bei. Ob G. & C. Caravan's realistisches „Nuclear Game“, Pete Seeger's kämpferisches „Quite early morning“ oder Tom Paxton's optimistisches „peace will come“ aus allen Liedern spricht das ermutigende „Trotz alledem“. Besonderes Lob an Folk-Freak-Macher Carsten Linde für die beigefügte deutsche Übersetzung aller Texte.

CRASS – alle Platten (EFA)

Bei uns nur in Insider-Kreisen bekannt, gibt es wohl keine wütenderen Manifeste gegen Krieg und ihre Verursacher als die Scheiben der englischen Anarcho-Punk Band. Ihre bitterböse Anti-Falklandkrieg-Hymne „How does it feel“ rief gar die Justiz auf den Plan. Sie machen aus ihrer Wut kein Hehl, bleiben mit Texten und Power-Musik kompromißlos auf ihrer Linie. Jede ihrer vier LPs und sechs Singles ist mit phantastischen Grafik-Postern eingecouvert, die allein schon das Geld wert sind.

In den Händen von Rockmusikern ist das OST-WEST-SESSION: Schicksal der Menschheit besser aufgehoben als in der Obhut machgeiler Polit-Opas. An dieser Erkenntnis kamen über 100 000 Teilnehmer des Berliner Friedens-Festivals nicht vorbei. Unter dem Motto „zusammenarbeiten statt gegeneinander kämpfen“ versammelten sich zu Abschluß die Mitglieder der CLIMAXBLUES BAND und der Ostberliner PUHDYS zu einer gemeinsamen Session. Höhepunkt war der alte CANNED-HEAT-Titel „Let's work together“.



Climax Blues Band



Puhdys

ROCKINITIATIVE

„GIVE PEACE-A-CHANCE“-AUSSTELLUNG



Laurie Anderson

Mit tatkräftiger Unterstützung verschiedener Rockmusiker, unter ihnen Elvis Costello, Randy Newman, Laurie Anderson und Clash, eröffnete in Chicago eine Ausstellung mit dem Titel „Give peace a

chance“ (ein alter John-Lennon-Titel) ihre Pforten. Das irische Rockquartett U 2, „berüchtigt“ durch radikalpolitische Livekonzerte, stiftete die komplette Bühnendekoration ihrer letzten US Tournee.

KÜNSTLER FÜR DEN FRIEDEN

SOUNDTRACK ZUM „HERBST“

Wie werden sich Künstler in den „heißen Herbst“ einmischen? Auf diese Frage gibt Konzertveranstalter Fritz Rau, selbst engagierter Friedenskämpfer, gegenüber 'ran zu Protokoll: „Auch ohne eine Serie großer Friedensfestivals, wird es in diesem Herbst eine nie dagewesene Vielzahl engagierter Konzerte geben. Jeder Abend mit Konstantin Wecker, Joan Baez, Ludwig Hirsch, Ulla Meinecke oder Ina Deter werden Manifestationen gegen die Raketenstationierung werden, auch ohne Kampfgesänge, die mir sowieso zu heavy und zu deutsch sind.

Es wird darum gehen, die Ideen und Gedanken z. B. eines Gandhis weiterzuführen, Mut zu machen, seine Ideen weiterzuleben. Viele Künstler, mit denen ich zusammenarbeite, haben sich im übrigen den 22. Oktober frei gehalten, um für die „Volksversammlungen für den Frieden“ in Hamburg,

Bonn und Stuttgart zur Verfügung zu stehen. Ich glaube, daß sich noch nie zuvor so viele Künstler so konkret in die politischen Verhältnisse eingemischt haben. So unterstützen die Künstler den gewaltfreien Widerstand auf ihre Weise. Das macht mir in dem ganzen Wahnsinn Hoffnung.“



Joan Baez

Rüstungsexport:

Wenige Wochen vor Kanzler Helmut Kohls Besuch in Saudi-Arabien diesen Monat, wo er vermutlich einmal mehr mit dem Wunsch nach Lieferung des deutschen Kampfpanzers „Leopard II“ konfrontiert werden wird, erreichte eine

seit fünf Jahren schwelende Rüstungsexport-Affäre ihren vorläufigen Höhepunkt: Wegen des Verdachts illegaler Waffenexporte, unter anderem auch in das Öl-Königreich am Persischen Golf, erhob die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft Anklage gegen vier leitende Mitarbeiter der zu den führenden Rüstungsproduzenten gehörenden

Firma Rheinmetall. Die beschuldigten Manager hatten in den siebziger Jahren mit Genehmigung der Bundesregierung Waffen und Anlagen nach Italien, Spanien und Paraguay geliefert. Doch letztlich war die heiße Ware in Länder ge-

gangen, für die Rheinmetall kaum eine Liefererlaubnis aus Bonn bekommen hätte. So landete eine Munitionsfüllanlage schließlich in dem von den Vereinten Nationen mit einem Waffenembargo bestrafte Apartheitsstaat

Südafrika; rund tausend Maschinengewehre gingen an die Saudis, etwa hundert Zwillingskanonen vom Kaliber 20 Millimeter fanden in Argentinien ihren endgültigen Abnehmer. Als Beute der Briten im Falkland-Krieg wurden einige der offiziell für Spanien bestimmten Waffen peinliche Beweisstücke für den mysteriösen Dreiecks-Deal.

Abgrenzung derartiger Krisenregionen, erst recht das Durchhalten der eigenen Grundsätze, bereitete den Bundesregierungen, gleich welcher Couleur, immer wieder Schwierigkeiten. So segnete Bonn, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die in Not geratenen deutschen Werften, auf dem Höhepunkt des argentinisch-chilenischen

schen Mirage-Piloten auf britische Schiffe abgefeuerten Raketen vom Typ EXOCET, die unter anderem den Zerstörer Sheffield versenkten, kamen zwar aus Frankreichs Waffenschmieden, sollen aber mit Näherungszünder von MBB ausgerüstet gewesen sein.

stungsindustrie: Die Motoren stammen von MTU, einer gemeinsamen Tochter von MAN und Daimler-Benz; die Getriebe liefert die GHH-Tochter Renk; die Elektronik steuert AEG bei, die Optik wird von Zeiss gefertigt und die Gleisketten von Diehl; für den Spezialstahl schließlich

Tod als Kassenschlager

Der „Fall Rheinmetall“ lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit wieder einmal auf das undurchdringliche Geflecht verschlungener internationaler Waffengeschäfte. Die in aller Regel kunstvoll verschlungenen Fäden zu entwirren, ist um so schwerer, als über alle ideologischen und politischen Grenzen hinweg Rüstungskonzerne und Regierungen bei ihren gut getarnten Geschäften brüderlich zusammenwirken.

Die deutsche Rüstungsindustrie, die einschließlich ihrer Zulieferer rund 300 000 Menschen beschäftigt (davon schätzungsweise 45 000 direkt für den Export) braucht sich in diesem Handel durchaus nicht als Zwerg zu fühlen. Hinter der Sowjetunion mit einer Rüstungsausfuhr von jährlich rund 8,8 Milliarden Dollar, den USA (6,6 Milliarden), Frankreich (2,9 Milliarden) und Großbritannien (1,8 Milliarden) liegt die Bundesrepublik mit 1,3 Milliarden Dollar weitweit an fünfter Stelle.

Zwar hat Bonn speziell die Waffenausfuhr in politische Spannungsgebiete einschneidenden Beschränkungen unterworfen. Aber schon die

Grenzkonflikte 1978 einen Milliardenauftrag aus Buenos Aires über zwei Fregatten vom Typ MEKO 360 H2 ab. Ähnlich wie in Österreich und anderen Ländern überläßt der Ruf „rettet die Arbeitsplätze“ auch in Bonn immer wieder mal die Stimme des Gewissens.

Einer konsequenten Kontrolle von Rüstungsexporten steht auch die zunehmende Zahl internationaler Kooperationen bei der Entwicklung und Fertigung von Waffen im Wege. Die Panzerabwehrflugkörper HOT und MILAN würden an ein rundes Dutzend Länder außerhalb der Nato, unter anderem nach Ägypten, Irak und Syrien geliefert, der Flugabwehrpanzer ROLAND nach Nigeria, Argentinien und Brasilien. Alle drei Waffensysteme werden von Frankreich aus durch die deutsch-französische Gemeinschaftsfirma Euromissile vertrieben und enthalten unter anderem Zulieferungen von Messerschmitt-Bölkow-Blohm.

Selbst wenn die Saudis den deutschen „Leo“ nicht erhalten sollten – der als Alternativmodell ins Auge gefaßte US-Panzer ist mit einer Rheinmetallkanone ausgerüstet. Die im Seekrieg um die Falkland-Inseln von argentin-

Noch stärker als Koproduktion behindert die Vergabe von Fertigungslizenzen und die Ausfuhr ganzer Fabrikanlagen eine Kontrolle unerwünschter Waffengeschäfte. So wird das Nato-Gewehr G3 von Heckler & Koch beispielsweise in Iran, Pakistan, Saudi-Arabien, Thailand und Brasilien produziert. Nach Experten-Schätzungen verfügen bereits über sechzig Armeen der Welt über dieses Modell. Die Lizenzproduktion bürgert sich zusehends auch bei Großwaffen ein. So sicherten sich die Argentinier mit dem Auftrag über zwei U-Boote der Typen Nordsee-Werke gleichzeitig das Recht, auf eigenen Werften vier weitere, etwas kleinere Ausführungen nach deutschem Know-how nachzubauen. In gleicher Weise verfahren sie bei ihrem Fregatten-Geschäft mit Blohm & Voss. Auch die Hamburger Staatswerft HDW vereinbarte 1981 mit Indien außer der Lieferung von zwei U-Booten den Bau von zwei weiteren Booten dieses Typs auf indischen Werften. Nach Lizenzen von Thyssen-Henschel bauen die Argentinier seit 1980 auch den Kampfpanzer TAM sowie den Schützenpanzer VCTP. Mit von der Partie ist nahezu die gesamte deutsche Rüs-

sorge die Thyssen-Edelstahlwerke, Experten befürchten, daß der in Argentinien montierte Lizenz-Panzer bald auch in weitere, nicht zur Nato gehörende Länder exportiert wird.

Selbst wenn Rüstungsgüter *Made in Germany* in Nato-Staaten und andere als unverdächtig geltende Länder geliefert werden, kann niemand sicher sein, daß diese Waffen nicht letztlich an unerwünschter Stelle auftauchen. Die Lieferanten der heißen Ware stehen bei ihren Geschäften immer mit einem Bein im Gefängnis. Viele Länder lehnen überdies bei Waffengeschäften mit deutschen Herstellern eine Endverbleibklausel als Einschränkung ihrer Souveränität rundweg ab. Dazu gehört beispielsweise Israel, über das stolze 26 Prozent des Waffenhandels mit den Ländern der Dritten Welt laufen. Auch Bonns im Waffenhandel führende Bündnispartner Frankreich und England lassen sich in aller Regel kaum auf die Verpflichtung

ANZEIGE

COMIC HEFTE FILMPLAKATE SCIENCE FICTION

Buchhandlung & Antiquariat
Comics von 1947 bis heute
SF von 1948 bis heute
Liste gegen -,80 DM
anfordern bei:

TRIVIAL BOOK SHOP
Postfach 72 11 69
3000 Hannover 72

Die Bundesrepublik präsentiert

DAS BESTE SEIT DEM 2. WELTKRIEG

Leopard 1
EIN KRAUSS-MAFFAI-PREIS!!
Vom Feinsten
Komplett Ab Fabrik
199 Mio. DM
ALPHA JET

WENDIG SPRITZIG SCHICK
128 Mio. DM
MARDER-THYSSEN
BLOHM & VOSS
CHILE HAT SCHON BESTELLT!
PREISE WIE BEI BOLLE!!
Tolles S
SONDERANGEBOT
STARFICHTER RABATTE!
100er Packung 32,-

ZUSCHLAGEN - SOLANGE VORRAT REICHT...

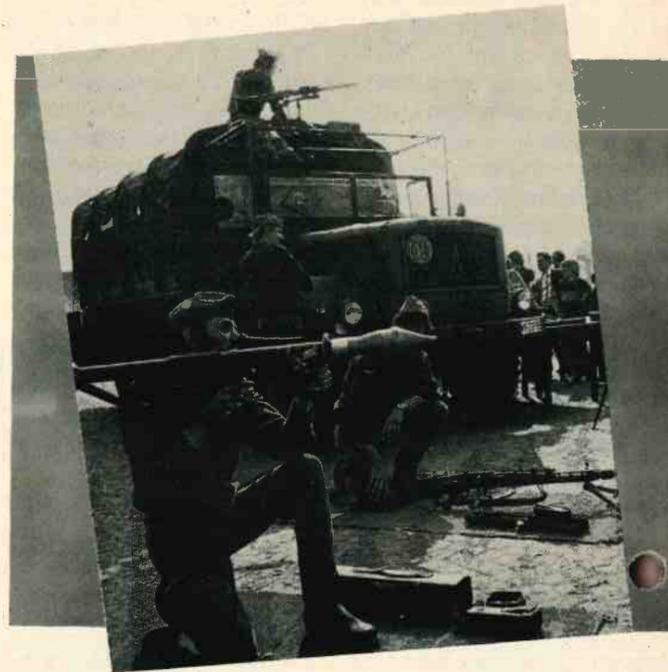
Alle reden vom Frieden



Wir nicht.

festlegen, aus der Bundesrepublik eingeführte Waffen nicht in Drittländer weiterzuverkaufen. Lediglich bei Geschäften mit Ostblockländern sorgen die für alle Nato-Länder und Japan bindenden Cocom-Bestimmungen dafür, daß vor Rüstungsgeschäften oder der Lieferung von Spitzentechnologie, die militärisch verwendet werden könnte, Beratungen mit den Partnern stattfinden. Problematisch wie die Kontrolle illegaler Waffenexporte ist auch deren strafrechtliche Ahndung. Denn das Kriegswaffenkontrollgesetz definiert nach Ansicht der meisten Fachjuristen nicht zweifelsfrei, wo die Illegalität beginnt. So ist nach Meinung des Düsseldorfer Rechtsanwalts und Rheinmetall-Beraters Jürgen Waldowski eine für die Lieferung von Bonn erteilte „Transportgenehmigung“ nicht deshalb nichtig, weil sich nach Abwicklung des Geschäfts herausstellte, daß die Lieferfirma über das Bestimmungsland unzutreffende Angaben gemacht hatte. Eine solche Unkorrektheit – so der auf das Waffenexportrecht spezialisierte Jurist – könne allenfalls als Ord-

nungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zu 10 000 Mark belegt werden, aber keinesfalls noch nachträglich eine strafbare Handlung begründen. Strafbar sei allein ein Waffengeschäft ohne Genehmigung. Genau diesen Vorwurf erheben die Düsseldorfer Staatsanwälte in ihrer Anklageschrift. Weilsie mit „Vertraulich“ gestempelte amtliche Beweisstücke enthält, wurde sie allerdings zur Verschlußsache erklärt und ist der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Daß die vier beschuldigten Rheinmetall-Manager für ihren Deal eine ordnungsgemäße Transportgenehmigungsvorweisen können, läßt die Ankläger offenbar unberührt. Sie glauben, nach einer von Fahndern des Bundeskriminalamtes vor zwei Jahren durchgeführten Durchsuchungsaktion in den Chefbüros des Konzerns genügend Belege beisammen zu haben, um den Angeklagten nachweisen zu können, daß ihre Lieferungen von vornherein für ganz andere Adressaten bestimmt waren als offiziell angegeben wurde. Daß die Staatsanwälte ihre Anklage nicht auf vage Ver-



dachtsmomente gründen, läßt sich im übrigen auch an der Reaktion der mit dem Fall befaßten Zehnten Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts erkennen. Nach dreiwöchiger intensiver Prüfung der Anklageschrift hielten die Richter nicht nur die Verhaftung der angeklagten Manager wegen Fluchtgefahr für gerechtfertigt; auch die Höhe der Kaution, die für deren Freilassung aus der

Untersuchungshaft verlangt wurde, läßt Rückschlüsse darauf zu, für wie schwerwiegend die Kammer den Fall hält. Ehe sich die Türen der Haftanstalt wieder öffneten, mußte Rheinmetall Bankbürgschaften über 22 Millionen Mark mobilisieren. Die Beschuldigten selbst mußten noch einmal 770 000 Mark beschaffen. **Hans Otto Eglau** (aus „Die Zeit“)

Der Rüstungs-Filz

Der Bundesverteidigungsminister greift der Rüstungsindustrie gern unter die Arme. Im „Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis“ (RAK) sitzen die Top-Manager aus den bundesdeutschen Waffenschmieden regelmäßig am Tisch des Ministers. Über die hochkarätige Zusammensetzung schrieb der Berliner Friedensforscher Ulrich Albrecht: „Wie die Namen verraten, sind in dem Arbeitskreis nicht irgendwelche Manager von Rüstungsfirmen, sondern in einem erstaunlich großen Anteil Firmeneigner repräsentiert. Der Verteidigungsminister hat es also nicht mit Kontrahenten zu tun, die im Auftrag von irgendwelchen Auftraggebern verhandeln, sondern er sieht Eigentümern großer Kapitalien ins Auge, die mit der Rüstung ihren persönlichen Besitz im Spiele haben.“

Rüstungswirtschaftlicher Arbeitskreis (Auszug)

Dipl.-Ing. Otto Voisard
Vorsitzender des Vorstandes
Maschinenfabrik
Augsburg-Nürnberg AG (MAN)

Hans-Joachim Bardehle
Direktor der
Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG,
München
Dr.-Ing. Friedrich Bauer
Stamberg
Dr.-Ing. E. h. Ludwig Bölkow
Grünwald b. München

Prof. Dipl.-Ing. Claudius Dornier jr.
Dornier GmbH, Friedrichshafen
Kurt Eichweber
Präzisionsgerätewerk, Hamburg
Dr.-Ing. Herbert Gassert
Vorsitzender des Vorstandes
Brown, Boveri & Cie AG, Mannheim
Dr.-Ing. Gerd Gassner
Mitglied des Vorstandes
Diehl GmbH & Co., Nürnberg
Dr. rer. pol. Hans-Heinz Griesmeier
Vorsitzender des Vorstandes
Krauss-Maffei AG, München
Dr. Ernst Grosch
Dynamit Nobel AG, Troisdorf
Dr. Norbert Henke
Vorsitzender des Vorstandes
Bremer Vulkan AG
Schiffbau- und Maschinenfabrik
Prof. Dr.-Ing. Jobst Herrmann
Vorsitzender des Vorstandes
Carl Zeiss, Oberkochen/Wittbg.
Dr.-Ing. Hans-Ludwig Hockel
Vorsitzender des Vorstandes
Rheinmetall Berlin AG
Heinz C. Hoppe
Mitglied des Vorstandes

Daimler-Benz AG, Stuttgart
Bodo Liebe
Vorsitzender des Vorstandes
Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln
Dipl. rer. pol. Helmut Metzger
Mitglied des Vorstandes
Fried. Krupp GmbH, Essen
Dr. Egon Overbeck
Vorsitzender des Vorstandes
Mannesmann AG, Düsseldorf
RA Karl Pfeiffer
Stv. Hauptgeschäftsführer des
Bundesverbandes
der Deutschen Industrie, Köln
Paul Schnitker
Präsident des Zentralverbandes
des Deutschen Handwerks, Bonn
GenLt. a. D. Dr.-Ing.
Helmut Schönefeld
Vorsitzender der Deutschen Ges.
für Wehrtechnik e.V., Bonn
Dr. Dieter Spethmann
Vorsitzender des Vorstandes
August-Thyssen-Hütte AG,
Düsseldorf
Dipl.-Ing. Joost Frhr. von Wrangel
Mitglied des Vorstandes
AEG-Telefunken
Aktiengesellschaft, Frankfurt/M.

Weitersagen...

Pannenhilfe. Weitersagen!

Pannenhilfe und Abschleppen. Weitersagen!

Pannenhilfe und Abschleppen und Fahrzeugrückholung. Weitersagen!

Pannenhilfe und Abschleppen und Fahrzeugrückholung und Mietwagen. Weitersagen!

Pannenhilfe und Abschleppen und Fahrzeugrückholung und Wildschadenhilfe. Weitersagen!

Pannenhilfe und Abschleppen und Fahrzeugrückholung und Kredit. Weitersagen!

Pannenhilfe und Abschleppen und Fahrzeugrückholung und Mietwagen und Wildschadenhilfe und Kredit. Weitersagen!

Wer drin ist, ist fein raus.

ACE
auto club europa

Für 60 Mark im Jahr umfassend geschützt. Im Inland.
In ganz Europa.
Beim ACE gibt es weder Extrakosten noch Einschränkungen. Im Clubbeitrag ist alles drin.

Coupons und einsenden

An den ACE • Postfach 50 01 06 • 7000 Stuttgart 50
Informiert mich ganz schnell über alle ACE-Leistungen und schickt mir einen Aufnahme-Antrag.

Name _____ Straße _____ PLZ/Ort _____

IMPRESSUM

'ran, ein politisches Jugendmagazin.
Redaktion: Dieter Gaarz (verantwortlich), Willi Dörr, Sabine Pahlke, Claudia Toppat-Reiners (Sekretariat).
Gestaltung: Hannelore Storma. Mitarbeit: Jean-Paul Vaillant-Guyonvard.
Redaktionelle Mitarbeiter dieser Ausgabe: Wolfgang Bock, Ina Deter, Hans Otto Eglau, Klaus-Peter Flügel, Ralph Görtler, Ursula Hürzeler, Udo Janiszewski, Roland Kirbach, Herbert Lederer, Helmut Löhlhöffel, Thomas Leif, Eckhard Löser, Leo A. Müller, B. Ronstein, Michael Schmelich, Klaus Staack/Gerhard Steidl, Michael Steinmann, Wolfgang Sternstein, Freimut Wössner.
Anschrift der Redaktion: 'ran, Postfach 26 01, 4000 Düsseldorf 1, Telefon (02 11) 430 1320, 430 1258.
Herausgeber: DGB.
Verlag: Bund-Verlag GmbH, Postfach 900840, 5000 Köln 90, Telefon (02203) 3 00 30 und 30 03, Konto: Postscheckkonto Köln, Kto.-Nr. 37973-501.
Verlagsleiter: Tomas Kosta.
Verantwortlich für Anzeigen: Markt-Kommunikation, Anzeigen-Verwaltung GmbH + Co. KG, Hohenzollernstr. 60, 8000 München 40, Telefon (089) 33 40 14.
Satz: Satzbetrieb Schäper GmbH, 5300 Bonn 1.
Druck: Parzeller & Co., 6400 Fulda.
'ran erscheint monatlich zum Preis von 1,50 DM (Jahres-Abonnement: 17,- DM, einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer und Postzustellung). Abo-Bestellung genügt formlos. Abbestellung vierteljährlich. Die zur Abwicklung von Abonnements erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Bitte Rückporto beilegen.
Für diese Ausgabe fotografiert: Baatz (2) S. 52, 53, Castro S. 12, dpa (5) S. 12, 26, 27, 34, 36, Glaser (2) S. 12, 45, Herold S. 5, IG Metall S. 20, Klesse S. 31, Krewitt S. 10, Laif (3) S. 8, 9, 10, 26, Morik S. 26, ÖTV-Erlangen S. 54, Rieth (2) S. 10, roebild S. 12, Schmelich S. 39, Schneider S. 30, Sternstein S. 12, Süddeutscher Verlag S. 27, Sülberg S. 12, Tack S. 12, Teldec S. 47, Vogler S. 52. Zeichnungen: Rauch S. 3, Ruge S. 27. Titelmontage: Klaus Staack/Gerhard Steidl. 'ran-Poster: Rabe/Steidl.

WER ABONNIERT IST INFORMIERT

Bestellung
Ich/Wir bestellen vom 1. _____ an monatlich _____ Exemplar/e des Jugendmagazins 'ran.
'ran erscheint monatlich. Das Einzelheft kostet beim Bezug frei Haus 1,50 DM monatlich, das Jahres-Abonnement 17,- DM. Abbestellung vierteljährlich.

Mitglieder welcher Gewerkschaft _____ Schüler Student

Vor- und Zuname: _____

Straße: _____

Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Den 'ran-Bestellschein bitte ausschneiden, in einem Briefumschlag stecken und adressieren an Bund-Verlag, Abt. Zeitschriften, Postfach 900840, 5000 Köln 90.

'ran deckt auf

VORSICHT SATIRE

AN EINEM KÜHLEN
SEPTEMBERABEND IM
HINTERZIMMER EINER
DÜSSELDORFER KNEIPE...*

LASS DOCH DEN QUATSCH! EIN BISSCHEN MEHR ERNST! EUGEN,
SAG DU'S NOCHMAL VOR!



O GOTT, O GOTT! UND MIT DENEN AUF'NE DEMO?!

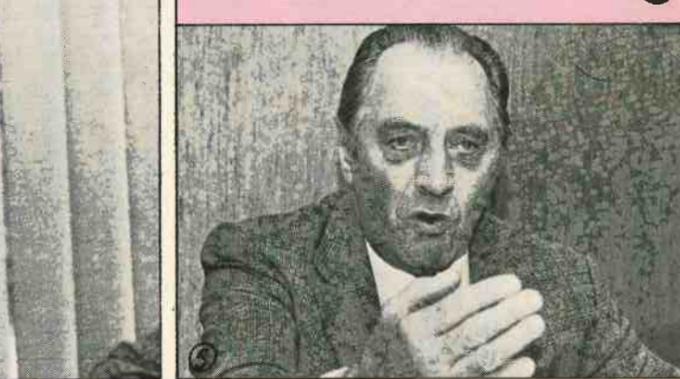


*PERSONEN IN DER REIHENFOLGE IHRES AUFTRITTS: IGM-BEZIRKSLEITER FRANZ STEINKÜHLER, DRUPA-VORSITZENDER LEONHARD MAHLEIN, EX-ÖTV-VORSITZENDER H

UND JETZT NOCH EINMAL: HOPP-HOPP-HOPP! ATOMRAKETEN STOPP!
LOS, LONI!



HOOOPP - HOOOPP - HOOOPP ...



ACH, ILSE! BIS ZUR DEMO HABEN WIR DAS DOCH VOLL
DRAUF! AUSSERDEM HABE ICH HIER SCHON...



ALSO, MIR GEHT DAS ZU SCHNELL!
MEIN GOTT, EUGEN! GUCK MAL, LONI KANN'S
JETZT AUCH SCHON.



AU MANN! WIE WAR DAS? HO-HO-HO-TSCHI... NE, FALSCH!
VERDAMMT...



S... MAL, GÜNTER, HAST DU EIGENTLICH SCHON EIN TRANSPA-
RENT?



... EIN PAPIER VORBEREITET, DA STEHT'S NOCHMAL
DRIN: HOPP-HOPP-HOPP...



GENAU! STOP-STOP-STOP! ATOMRAKETEN
HOPP!



WEIN, SO: HOPP-HOPP-HOPP! REITER IM GALOPP! HA HA HA!



NA KLAR! SOOO GROSS!



... ATOMRAKETEN STOPP! IST DOCH GANZ EINFACH!



GUT, JUNGS! UND JETZT SAGEN WIR'S DER
BASIS!



KURZ VOR SCHLUSS

Erbschaft

Der mittelständische Unternehmer Theo Düppe aus Essen stiftete 10000 Mark für Demonstranten gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Damit sollen Anwalts- und Gerichtskosten sowie mögliche Kosten eines Polizeieinsatzes erstattet werden. Theo Düppe, SPD-Mitglied, hinderte eine schwere Krebskrankung, selbst an friedlichen Demonstrationen und Blockaden teilzunehmen. Kurze Zeit nach der Anweisung des Spendenbetrages starb er. Danach stockten Belegschaftsmitglieder seines Betriebes den Fonds mit gesammelten 600 Mark auf. Erhard Eppler und Gert Bastian können gemeinsam über das Spendenkonto verfügen.

Umbenennung

Viele Straßen in unseren Städten tragen den Namen von Militaristen, die am Tode vieler Menschen schuld haben, und Kriegsschauplätzen. Darauf wollte die Duisburger ÖTV-Jugend mit einer symbolischen Straßenumbenennung aufmerksam machen. Die „Bismarckstraße“ machten sie zur „Carl-von-Osietzky-Straße“ (nach dem engagierten Pazifisten, der in den Nazi-KZs brutal mißhandelt wurde), die „Weißenburger Straße“ zur „KZ-Ratingsee-Straße“ (ein zum Teil vergessenes KZ im Duisburger Stadtteil Meiderich). Stellvertretend für zahlreiche andere Beispiele griffen die Gewerkschaftsjugendlichen Bismarck und Weißenburg heraus. Bismarck war als Reichskanzler verantwortlich für mehrere Kriege des Deutschen Reiches, in denen Hunderttausende ihr Leben verloren. Bei Weißenburg fand die erste Schlacht des deutsch-französischen Krieges (1870/71) statt, mit hohen Menschenopfern auf beiden Seiten.

Garantieschwindel

„Es ist an der Zeit, mit den Politikern abzurechnen, die allen ‚ausbildungswilligen‘ und ‚ausbildungsfähigen‘ Jugendlichen eine Lehrstelle versprochen und hierfür eine Garantie übernommen haben. Unter diesem Motto plant die DGB-Jugend am 26. Oktober in den Bonner Rheinterrassen eine Aktion zur Lehrstellengarantie“. Betroffene berichten von ihren Erlebnissen bei der Lehrstellensuche, zeigen die gesammelten Absagen und schildern ihre Gefühle. Gewerkschafter und Selbsthilfegruppen erläutern ihre Erfahrungen und Aktivitäten.

Im nächsten 'ran

'ran-vor-Ort in Springe bei Hannover:
CDU-Regierung verhindert außerbetriebliche Ausbildung

Totalverweigerer:
„Warum wir auch keinen Zivildienst leisten“

Satire von Gabriel Laub:
1984 ist Weltuntergang

Staeck-Poster:
Waldsterben: „Laßt uns nicht im Regen stehen“

Kann der deutsche Rüstungs-Etat gekürzt werden?
Interview mit Hermann Scheer, MdB

'ran-Kontrovers:
Was ist dran am Atomumschlagplatz Nordenham?

TIPS

„Thema 3. Welt“ heißt die Broschüre aus der Schriftenreihe „Materialien Jugendliteratur und Medien“, die die GEW erstellt hat. Das 40 Seiten starke Heft kann bei Voreinsendung von 3 Mark in Briefmarken bestellt werden bei:
H. Dörr
Bahnhofsstraße 43
7770 Überlingen

„In der Fremde zu Haus – Ausländische Kinder und Jugendliche im Identitätskonflikt“, ist das Thema der zentralen Jahrestagung der **Aktion Jugendschutz** Baden-Württemberg. Sie findet statt am 20. 10. in der Schwabenlandhalle in 7012 Fellbach bei Stuttgart.

„Rechtsgrundlage für Jugendzeitungsredakteure“ ist der Titel einer neuen Broschüre der Arbeitsgemeinschaft Junge Presse Nordrhein-Westfalen. Sie enthält u. a. die wichtigsten Paragraphen des Schulverwaltungsgesetzes und das komplette Pressegesetz. Das 32seitige Heft ist kostenlos zu erhalten bei:

Junge Presse Nordrhein-Westfalen
Postfach 14 14 04
4100 Duisburg 14

Die **DGB-Jugendbildungsstätte Grömnitz** an der Ostsee kann auch 1984 wieder für Schulungen und Jugendfreizeiten genutzt werden. Infos über Unterbringung und Tagessätze sind zu erfragen bei:
Gesellschaft für Jugendheime mbH
Verwaltungsstelle Hamburg
Tel.: (0 40) 28 58-2 14

Das Motiv unserer **Titelseite** von Klaus Staek ist auch als Plakat im Format DIN A 1 erhältlich. Es kostet 6 Mark. Ab 10 Stück gibt es 30 %, ab 50 Stück 40 % Rabatt. Bestellungen sendet an:
Steidl Verlag
Düstere Straße 4
3400 Göttingen

„Jugendarbeitslosigkeit in NRW“ ist das Thema einer umfangreichen Broschüre, die der DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen herausgegeben hat. Sie ist zu beziehen bei:
Deutscher Gewerkschaftsbund Nordrhein-Westfalen
Friedrich-Ebert-Straße 34-38
Postfach 2602
4000 Düsseldorf 1

Im Rahmen des Wettbewerbs „Jugend forscht“ können auch Erfahrungen aus Betrieb und Lehrwerkstatt gewinnbringend einfließen. Für das Sonderpreisthema „Arbeitswelt“ werden Beiträge prämiert, die „zur Humanisierung der Arbeitswelt“ beitragen. Anmeldeschluß ist der 30. 11. 83. Informationsmaterial und Themenvorschläge gibt es kostenlos bei:

Stiftung Jugend forscht e.V.
Notkestraße 31
2000 Hamburg 52

Vier Tage voll mit **Kultur, Aktion, Politik und Friedensbewegung** sind vom 7.-10. 10. im Zirkuszelt des Zirkus Bonanza in Wendlingen zu erleben. Infos über Programm und Eintrittspreise bei:
Jugendhaus, Neuffenstraße 74
7317 Wendlingen
Tel.: (0 70 24) 5 20 01

Das Zurechtfinden im Dschungel der vielen „Sonderprogramme“ für **jugendliche Arbeitslose** soll eine Broschüre erleichtern, die das „Kiezbündnis gegen Arbeitslosigkeit“ in Kreuzberg zusammengestellt hat. Tips und Hinweis wurden auch ins Türkische übersetzt. Das Heft ist zum Preis von 5 Mark zu bestellen bei:
Buchvertrieb, Grimmstraße 27
1000 Berlin 61
Tel.: (0 30) 6 93 30 69

„Wir machen eine Jugendzeitung“, „Materialien zum Thema: Jugendarbeitslosigkeit IV“ und „Informationen für Teamer in der Bildungsarbeit“ heißen die neuen Publikationen der Abteilung Jugend des DGB. Interessenten können sie beziehen bei:
DGB-Bundesvorstand
Abteilung Jugend
Hans-Böckler-Straße 39
4000 Düsseldorf 1



„Harte Zeiten erfordern harte Gewerkschaften.“ Dieser Spruch, kombiniert mit dem Bildnis von Humphrey Bogart, ist auf Plakaten und Aufklebern der ÖTV-Jugend-Erlangen zu finden. Es besteht die Möglichkeit, das Plakat mit den Motiven der anderen Einzelgewerkschaften nachzudrucken.
ÖTV-KJA, c/o Roland Hornauer
Schwabstraße 25
8520 Erlangen
Tel.: (0 91 31) 8 67 98

Friedensblockaden ohne Arbeiter?

Grüß Gott, ihr Schwäbisch-Gmünder Obergurus!

Spontanblockierer sind bei Euch also unerwünscht, denn diese machten bei Eurem unersetzlich-intensivem Training nicht mit, haben sicherlich keine Ahnung vom Bezugsgruppensystem, unterlaufen den Sinn des Camps und die ganze Vorbereitung, die meisten davon sind eh nur Provokateure und Krawallbrüder. Ich hab' eine verdammte Wut im Bauch! Was müßt ihr für Leute sein, die Idee des gewaltfreien Widerstands so zu pervertieren und zu einem Privileg der nichtarbeitenden, vielzeithabenden Bevölkerung zu machen, wo es doch unheimlich wichtig ist, daß beim gewaltfreien Widerstand ALLE beteiligt sind. (Stellt Euch mal vor, Gandhi wäre mit 150 gut durchtrainierten Studenten zum Meer gelaufen, um Salz aufzuheben, und King hätte mit 80 prominenten Farbigen die Busse boykottiert). Eure Blockade ist eine Selbstbeweihräucherung ersten Ranges! Da bin ich z. B. in der unglücklichen Lage, zu arbeiten (Arbeiter sind diese Wesen, von denen Ihr in den Büchern gelesen habt, daß sie ausgebeutet werden). Euer Zugeständnis, daß ich nun nur eine Woche Urlaub machen muß, ist wirklich toll, aber leider nicht möglich. Ihr sperrt damit die gesamte Arbeiterklasse von EUREN Blockaden aus. Der Rest der Bevölkerung muß erst noch ein Lernprogramm durchmachen, vier Wochen, ansonsten darf mensch sich nicht auf die Straßen setzen. Ihr isoliert Euch und Eure Aktion aktiv, und weint nachher, daß ein Bewußtsein bei der breiten Masse immer noch nicht vorhanden ist. Euer Friedenscamp und die Blockade kommt mir vor wie eine Selbsterfahrungsgruppe für ängstliche Gymnasiasten (zwei Freunde von mir sind entgeistert vom Camp wiederabgehauen, als einer der Oberfriedensgewaltfreien in einem persönlichen Gespräch prüfen wollte, ob sie auch genehm seien). Es ist einfach zum Kotzen: Da diskutierst du jahrelang, um zu einem vernünftigen basisdemokratischen System zu kommen, blockierst hier und da, sammelst Erfahrungen, leistest leidlich Widerstand, und jetzt werden vor deiner Haustür Raketen stationiert und du darfst nicht mal was dagegen tun, weil so ein paar Friedensheinis nicht viel kapiert und das Recht auf Widerstand für sich gepachtet haben. Aber Euch ist es wahrscheinlich wichtiger, Geschichten für die langen Nächte beim „Saufen für den Frieden - Schwerter zu Zapfhähnen“ parat zu haben, als eine Veränderung. Keine Angst, ich will Euch Eure Blockade nicht wegnehmen!

Dietrich Duppel
7133 Maulbronn

(Original-TAZ-Leserbrief vom 26. August 1983)